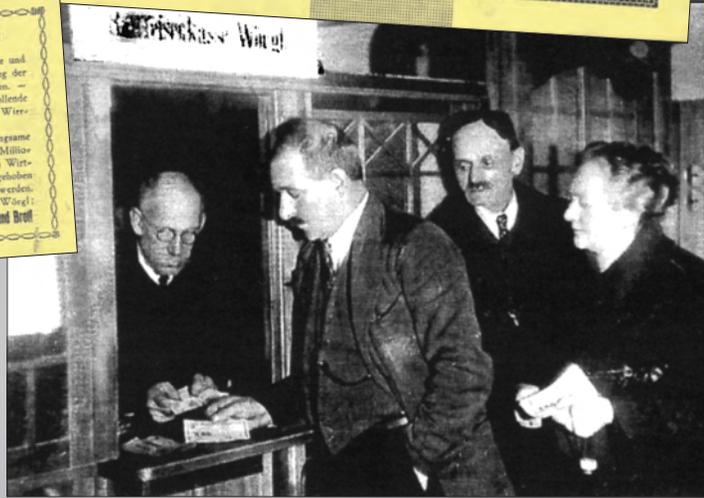


№ 2703 *

An Alle!

Langsam umlaufendes Geld hat die Welt in eine unerhörte Wirtschaftskrise und Millionen schaffender Menschen in unagüthliche Noth gestürzt. — Der Untergang der Welt hat (sein wirtschaftlich gesehen) seinen furchtbaren Anfang genommen. — Es ist Zeit, durch kläres Erkennen und entschlossenes Handeln die abwärtsrollende Wirtschaftsmaschine zu retten, damit die Menschheit nicht in Bruderkriege, Wirtschaftsauflosung und Auflösung ihrer Leistungen. — Der langsame Die Menschen leben vom Austausch ihrer Leistungen. — Der Leistungs- und Geldumlauf hat den Leistungsanstoss zum großen Teil unterbunden und Millionen arbeitsbreiter Menschen haben dadurch bereits ihren Lebensraum in Wirtschaftsgetriebe verloren. — Der Leistungsanstoss muß daher wieder gehoben und der Lebensraum für alle bereits Ausgestoßenen wieder zurückgewonnen werden. Diesem Ziele dient der Arbeitsbestätigungschein der Marktgemeinde Wörgl: Er lindert die Noth, gibt Arbeit und Brot!



Gebhard
Ottacher

Der Welt ein Zeichen geben Das Freigeldexperiment von Wörgl 1932/33

VERLAG FÜR
SOZIAL
ÖKONOMIE

An der vorliegenden Arbeit haben mehrere Personen großen Anteil. An erster Stelle möchte ich dem Stadtarchivar von Wörgl, Herrn Hans Gwiggner, und Frau Veronika Spielbichler, die sich speziell der Erforschung des Freigeldes angenommen hat, danken. Weiters gilt mein Dank Dipl.-Ökonom Werner Onken, ohne den diese Veröffentlichung nicht möglich gewesen wäre, sowie Christoph Gauke vom Verlag für Sozialökonomie für seine wertvolle und geduldige Lektoratsarbeit.

Cambridge / US im Mai 2007

Gebhard Ottacher

Gebhard Ottacher studierte Geschichte, Soziologie und Handelswissenschaften an der Universität Wien, Wirtschaftsuniversität Wien und Universität Perugia. Nach mehreren Jahren Praxis als Strategieberater in den Bereichen Telekommunikation und Öffentlicher Sektor absolviert er derzeit einen Master of Public Administration Studiengang an der John F. Kennedy School of Government, Universität Harvard.

Gebhard Ottacher

**Der Welt ein Zeichen geben
Das Freigeldexperiment von
Wörgl/Tirol 1932/33**



Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek:

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie, detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten



Diese Publikation erscheint mit freundlicher Unterstützung der
Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung | Hamburg
www.stiftung-geld-boden.de

© 2007 Gauke GmbH | Verlag für Sozialökonomie
jetzt: Rettberg-Gauke Verlags- & Medienservice
eMail: info@rettberg-gauke.de
Internetnavigation: www.gauke.net

Dieses Buch basiert auf der Diplomarbeit "Der Welt ein Zeichen geben - Das Schwundgeldexperiment von Wörgl 1932/33". Diese wurde im August 2001 zur Erlangung des Magistergrades der Philosophie aus der Studienrichtung Geschichte unter der Leitung von Univ. Prof. Mag. DDR. Dieter Stiefel (Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte) an der Geistes- und Kulturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien eingereicht.

Im Jahr 2003 entstand in Wörgl ein nach dem Initiator des Freigeldexperiments benanntes Unterguggenberger-Institut. Es widmet sich der Dokumentation des historischen Wörgler Freigeldexperiments und der Sammlung von Informationen über aktuelle Komplementärwährungsprojekte. Informationen darüber gibt es auf der Website: www.unterguggenberger.org

Printed in Germany

ISBN 978-3-87998-450-3

INHALTSVERZEICHNIS

Einleitung	7
Abkürzungsverzeichnis	8
1 Situationsbeschreibung	9
1.1 Weltwirtschaft	9
1.2 Österreichs Wirtschaftslage 1932/33	11
1.3 Situation in der Marktgemeinde Wörgl	16
2 Michael Unterguggenberger – Hintergrund und Idee	19
2.1 Biographisches	19
2.2 Die Persönlichkeit Unterguggenberger	22
2.3 Unterguggenberger als Sozialdemokrat	23
3 Silvio Gesell und die Freiwirtschaftslehre	25
3.1 Biographisches	25
3.2 Die Theorie von Freigeld, Freiland und Festwährung	27
3.3 Praktische Umsetzung der Freiwirtschaftstheorie	30
4 Chronologie eines Experiments	33
4.1 VORLAUF	33
4.1.1 Propagierung der Idee	33
4.1.1.1 Politische Umsetzung	33
4.1.1.2 Gründung der freiwirtschaftlichen Ortsgruppe Wörgl	36
4.1.1.3 Die Wörgler Nachrichten	36
4.1.2 Das Programm	38
4.2 ABLAUF	41
4.2.1 Technische Umsetzung	41
4.2.1.1 Deckung	42
4.2.1.2 Kreislauf	43
4.2.2 Das Arbeitsbeschaffungsprogramm	45
4.2.3 Akzeptanz bei der Bevölkerung	46
4.2.4 Nationale und internationale Perzeption und Resonanz	47
4.2.4.1 Presseberichte	47
4.2.4.2 Film und Radio	48

4.2.4.3	Anfragen an die Gemeinde Wörgl	49
4.2.4.4	Verbreitung der Aktion	49
4.2.4.5	Internationaler Besuch und Freigeldtourismus	52
4.2.5	Ende der Aktion	53
4.2.5.1	Untersagung	53
4.2.5.2	Berufung	55
4.2.5.3	Verfahren und Urteil	57
4.2.5.4	Unterguggenbergers Resümee	59
4.3	ERGEBNIS UND NACHSPIEL	60
4.3.1	Auswirkungen auf den Gemeindehaushalt	60
4.3.2	Auswirkungen auf die Beschäftigung	61
4.3.3	Auswirkungen auf die Privatwirtschaft	61
4.3.4	Auswirkungen auf die Bevölkerung	62
4.3.5	Internationale Epigonen	63
4.3.6	Umgang Wörgls mit seinem Erbe	66
5	Bewertung	69
	Anhang	71
	Unterguggenbergers 12-Punkte-Programm	71
	Literatur	74
	Monographien, Aufsätze und Zeitschriftenartikel	74
	Zeitungsartikel	77
	Ungedruckte Quellen	78

Einleitung

Auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise fand im Zeitraum zwischen Sommer 1932 und Sommer 1933 in der Marktgemeinde Wörgl in Tirol etwas statt, das als "Wörgler Freigeldexperiment" in die Wirtschaftsgeschichte einging. Diese Arbeit dokumentiert dieses Experiment und widmet sich im besonderen dem lokalen sozio-ökonomischen Umfeld in dem es stattfinden konnte. Das Wörgler Freigeldexperiment ist wegen seiner Bedeutung schon in zahlreichen Arbeiten behandelt worden. Die bisherige Forschung widmete sich vor allem der Analyse der finanz- und währungstechnischen Seite des Experiments. Daher legt diese Arbeit ihren Schwerpunkt mehr auf die politische als die technische Umsetzung der Nothilfe-Aktion und beschäftigt sich infolge primär mit der Frage, wie und warum die lokalen Entscheidungsträger und die betroffene Bevölkerung in Wörgl und Umgebung das Experiment in so starkem Maße mittragen. Bgm. Unterguggenberger wollte "der Welt ein Zeichen geben". Das scheint im angesichts der breiten internationalen Resonanz gelungen zu sein. Wie es ihm gelang gegen den Widerstand seiner eigenen Partei und quer über alle ideologische Gräben dieses Experiment von bis heute anhaltender internationaler Bedeutung durchzuführen, ist Gegenstand dieser Arbeit.

Im Kapitel eins wird zunächst die Wirtschaftssituation Anfang der Dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts im globalen und regionalen Kontext beschrieben. Die folgenden Kapitel zwei und drei behandeln den Werdegang und die Ideen des praktischen (Bgm. Michael Unterguggenberger) und des theoretischen Protagonisten (Silvio Gesell) des Wörgler Freigeldexperiments. Im Anschluss daran folgt Kapitel vier in dem Vorlauf, Ablauf, Ergebnis und Nachspiel des Experiments aufgearbeitet werden. Hier wird besonders auf die lokalen Umstände sowie die internationale Ausstrahlung der Freigeldausgabe eingegangen. Das Kapitel fünf schließlich widmet sich einer abschließenden Bewertung und Zusammenfassung der Ergebnisse.

Die Arbeit verzichtet im Sinne der Lesbarkeit darauf, bei Gruppenbezeichnungen das -Innen anzufügen. Die Begriffe sind also – obwohl grammatisch meist männlich – als geschlechtsneutral zu verstehen und schließen sowohl Frauen als auch Männer ein. Die Rechtschreibung orientiert sich an den Grundsätzen der Neuen Deutschen Rechtschreibung. In Zitaten wurde die alte Rechtschreibung beibehalten.

Abkürzungsverzeichnis

Abb.	Abbildung
Anm. d. A.	Anmerkung des Autors
ATS	Österreichischer Schilling
AZ	Arbeiterzeitung
Bgm.	Bürgermeister
BH	Bezirkshauptmannschaft
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BKA	Bundeskanzleramt
BSP	Bruttosozialprodukt
Bzw.	beziehungsweise
Ca.	zirka
CA	Creditanstalt
d.h.	das heißt
Dipl.-Arb.	Diplomarbeit
Diss.	Dissertation
Entn.	entnommen
FFF	Freiland – Freigeld – Festwährung, Losung der Freiwirtschaftsbewegung
GZ	Geschäftszahl
Hrsg.	Herausgeber
Ing.	Ingenieur
Inkl.	Inklusive
INWO	Internationale Vereinigung für Natürliche Wirtschaftsordnung
Jg.	Jahrgang
Kap.	Kapitel
Km	Kilometer
Nr.	Nummer
o.A.	ohne Autor
o.J.	ohne Jahresangabe
o.O.	ohne Ort
s.	siehe
S.	Seite
SP	Sozialdemokratische Partei
Vgl.	Vergleiche
WN	Wörgler Nachrichten
VZ	Volkszeitung
z. B.	zum Beispiel
Zit.	Zitiert

1 Situationsbeschreibung

1.1 Weltwirtschaft

Nach dem "Schwarzen Freitag" im Oktober 1929 kündigten die US-amerikanischen Banken ihre Auslandskredite, was besonders die österreichische und deutsche Wirtschaft in Schwierigkeiten brachte. Dort waren nämlich kurzfristige Kredite langfristig veranlagt worden. Das Geld wurde knapp, die Preise fielen und die Zinsen stiegen. Der hohe Zinssatz hielt die Unternehmen davon ab, Geld zu leihen und Investitionen zu tätigen, was die Nachfrage nach Investitionsgütern reduzierte und den Geldmangel verschärfte. In manchen Ländern kam es zu **Deflation** ^[2], d.h. das Geld wurde von Tag zu Tag mehr wert. Daher schoben die Konsumenten ihre Käufe auf und begannen, das Geld zu horten, wodurch immer weniger Geld im Umlauf war. Nach dem Zusammenbrechen einiger Banken hatten die Konsumenten auch das Vertrauen in die Banken verloren und behielten ihr Geld lieber zu Hause. So konnten die Banken keine Kredite mehr ausgeben und der Zinsfuß stieg weiter an. Trotz des großen Bedarfs wurden immer weniger Güter abgesetzt, was die Unternehmen veranlasste, die Produktion herunterzufahren, Mitarbeiter zu entlassen oder den Betrieb ganz stillzulegen.

Die Krise nahm nicht zufällig in den USA ihren Ausgang. Die USA standen 1929 für 42 Prozent der Weltproduktion und waren der größte Gläubiger der Welt. ^[3] Die USA wurden auch vom Rückgang des **Welthandels** besonders stark getroffen. Dieser brach in den Jahren 1929–1933 um 60 Prozent ein. ^[4] Dafür waren einerseits der allgemeine Preisverfall und andererseits der Rückgang der Warenmenge verantwortlich. ^[5] Um sich vor den Stürmen der Weltwirtschaft zu schützen, gaben die meisten Staaten das Freihandelskonzept auf und suchten ihr Glück in Devisenbewirtschaftung ^[6] und dem Aufbau von Zollmauern. Dazu kamen zusätzliche Handelshemmnisse in Form von Einfuhrkontingenten oder Einfuhrverboten.

[2] Deflation ist eine Wirtschaftslage, in welcher der Wert der Geldeinheit zunimmt, weil die Preise fallen. Der Geldwert kann steigen, wenn die Produktivität stärker zunimmt als das Geldeinkommen, da dann das Angebot größer als die Nachfrage ist. (Vgl.: Horst Claus RECKTENWALD: Wörterbuch der Wirtschaft (Stuttgart 1975), 89.

[3] Eric HOBBSBAMM: Age of Extremes. The Short Twentieth Century (1914–1991), 97.

[4] HOBBSBAMM: Age of Extremes, 94.

[5] Dieter STIEFEL: Die große Krise in einem kleinen Land (= Studien zu Politik und Verwaltung, Band 26), (Wien Köln Graz 1988), 376.

[6] Unter Devisenbewirtschaftung werden Maßnahmen zur Regelung des Verkehrs mit ausländischen Zahlungsmitteln verstanden. Das Ziel ist die Aufrechterhaltung der Stabilität des Wechselkurses nach außen. Die Devisenbewirtschaftung arbeitet mit der Kontrolle, Einschränkung oder dem Verbot von Devisentransaktionen.

Meistbegünstigtenklauseln^[7] gehörten der Vergangenheit an. Ziel all dieser Maßnahmen war es, den Import zu drosseln und gleichzeitig den Export zu fördern. Der Zusammenbruch der Österreichischen Creditanstalt 1931 löste dann zusätzlich zur internationalen Industriekrise eine internationale **Finanzkrise** aus. Die Panikstimmung unter den österreichischen Anlegern sprang auf die ganze Welt über. Trotz der Hartwährungspolitik musste die österreichische Nationalbank im März 1933 nach dem Abfließen von großen Devisen- und Goldbeständen als Folge des CA-Krachs den Schilling um 22 Prozent abwerten.^[8] Durch die internationale Finanzkrise ging auch der internationale Fluss an Finanzkapital drastisch zurück – zwischen 1927 und 1933 um über 90 Prozent.^[9]

Die Regierungen antworteten zumeist mit Fatalismus auf die Krise. Der Goldstandard blieb sakrosankt, die Währungsstabilität war vielen Regierungen wichtiger als der Geldbedarf ihrer Nationalökonomien. Besonders in den Ländern, die unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg eine Phase der Hyperinflation erfahren hatten (z. B. Polen, Ungarn, Deutschland, Österreich), war man besonders auf die Stabilität der Währung bedacht und verfolgte deshalb eine deflationistische Geldpolitik. Diese vertiefte die Krise jedoch noch zusätzlich.^[10] Weder sozialdemokratische noch klassisch-liberale Ökonomen fanden Antworten auf die wirtschaftliche Depression. Allein die sozialdemokratische Regierung Schwedens bildete eine Ausnahme. Durch frühe Abwertung der Krone und die Verwirklichung einer reflationären Währungspolitik^[11] fand Schweden schneller den Weg aus der Krise als andere Länder. Die Weltwirtschaftskrise erreichte von Amerika ausgehend dramatische Ausmaße: Die US-amerikanische Industrieproduktion sank zwischen 1929 und 1931 um ein Drittel, die Tee- und Weizenpreise fielen um zwei Drittel, in Brasilien wurden die Dampflok anstatt mit Kohle mit Kaffeebohnen beheizt, um den Preisverfall zu dämpfen.^[12] Die am meisten spürbare Konsequenz der Weltwirtschaftskrise aber war die Massenarbeitslosigkeit.^[13]

[7] Meistbegünstigung bedeutet, dass kein anders Land bessergestellt wird als der Vertragspartner. Die vertragsschließenden Staaten erhalten damit die gleiche Stellung wie das bisher meistbegünstigte Land.

[8] Hans KERNBAUER (u.a.): Die wirtschaftliche Entwicklung, in: Erika WEINZIERL, Kurt SKALNIK (Hrsg.): Österreich 1918–1938, Geschichte der Ersten Republik Band 1 (Graz Wien Köln 1983). 343–380, 368.

[9] HOBBSAWM: Age of Extremes, 89.

[10] Mark MAZOWER: Dark Continent, Europe's twentieth century (London 1998) 114–115.

[11] Reflation ist eine Währungspolitik, die den übermäßig geschrumpften Geldumlauf einer Volkswirtschaft wieder erweitern und das zu tiefe Preisniveau anheben will. In diesem Sinne ist Reflation ein Mittel zur Beseitigung von Schäden der Deflation. Der Geldumlauf wird solange erhöht, bis er wieder dem Geldbedarf entspricht. (Vgl.: RECKTENWALD: Wörterbuch, 401).

[12] HOBBSAWM: Age of Extremes, 91–92.

[13] Das traumatische Erleben der Massenarbeitslosigkeit durch die Zwischenkriegsgeneration sollte nach dem Krieg dazu führen, dass "Vollbeschäftigung" zu einem weit verbreiteten wirtschaftspolitischen Ziel wurde.

1.2 Österreichs Wirtschaftslage 1932/33

Nach dem Ersten Weltkrieg war der neuentstandene Kleinstaat Österreich mit etlichen wirtschaftlichen Problemen konfrontiert. Unmittelbar nach Kriegsende musste die Wirtschaft von Kriegs- auf Friedensproduktion umgestellt werden. Die zurückkommenden Soldaten wollten beschäftigt werden, selbiges galt für die Tausenden Wiener Beamten, die kürzlich noch ein Gebiet von 55 Millionen Menschen verwaltet hatten. Dazu kamen die im Frieden von St. Germain von den Siegermächten beschlossenen Reparationszahlungen und das Verkraften des Zerfalls des historisch gewachsenen Wirtschaftsgebietes der Donaumonarchie. Der Desintegrationsprozess des Habsburger-Reiches war für die kleine österreichische Volkswirtschaft kaum zu verkraften. Ende 1921 deckten die Staatseinnahmen nur mehr 35 Prozent der Staatsausgaben und im Jahr darauf stand die Republik Österreich vor dem Staatsbankrott.^[14] Die Regierung setzte die Notenpresse in Gang und entledigte sich auf diese Weise der Staatsschulden auf Kosten der Sparer, Hausbesitzer, Importeure und Beamten. In der Zeit der Hyperinflation wurden Privateinlagen der österreichischen Sparer fast wertlos, was die in Folge auftretende Abhängigkeit der Österreichischen Wirtschaft von Auslandskrediten erklärt. Die Nachkriegsinflation zeitigte aber auch positive Effekte. Sie half, die anfängliche Wirtschafts lähmung zu überwinden und begünstigte die Entwicklung der österreichischen Exportwirtschaft.^[15]

1924 wurde infolge der "Genfer Sanierung" mit der Einführung der Schillingwährung die schwer inflationäre Kronenwährung abgelöst. Die Staatsausgaben wurden gekürzt (z.B. Beamtenabbau) und die Steuern erhöht. Das finanzpolitische Ziel hieß nunmehr: ausbalancierter Staatshaushalt. Die Geldpolitik verschrieb sich den Zielen Aufrechterhaltung eines hohen Zinsniveaus und Aufbau von möglichst hohen Gold- und Devisenreserven. Beides zielte darauf ab, die österreichische Kreditfähigkeit im Ausland zu erhöhen und Auslandskapital ins Land zu bringen. Der vom Völkerbund bestellte holländische Kommissar Alfred Zimmermann überwachte die Einhaltung der an die Auslandsanleihen geknüpften Bedingungen. Er spielte aber auch eine große innenpolitische Rolle, was Österreich den Ruf einer "Völkerbundkolonie" einbrachte.^[16] Die zentralen wirtschaftspolitischen Entscheidungen waren stark von den Interessen der Kapitalgeber und Großbanken geleitet, folgten also der Politik eines "dogmatischen Wirtschaftsliberalismus". Diese

[14] STIEFEL: Die große Krise, 15.

[15] Karl BACHINGER, H. HEMETSBERGER-KOLLER, Herbert MATIS: Grundriss der österreichischen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte (Wien 1987), 56.

[16] Erich ZÖLLNER: Österreich, sein Werden in der Geschichte (Wien 1961), 500.

hatte eine Sanierung der Wirtschaft gar nicht zum Ziel. Vielmehr wurde davon ausgegangen, dass der Staat eine stabile Währung und geordnete Staatshaushalten schaffen müsse, der Rest aber von der Wirtschaft im "freien Spiel des Marktes" erledigt würde.^[17] Diese Politik wurde auch nach Aufhebung der Volkerbundkontrolle konsequent weiterverfolgt: die Budgets waren ausgeglichen und die Nationalbank konnte zwischen 1924 und 1930 das Deckungsverhältnis des Notenumlaufs um 24 Prozent erhöhen.^[18]

1929 brach die zweitgroste österreichische Bank, die Boden-Creditanstalt zusammen, woraufhin sie mit der Creditanstalt für Handel und Gewerbe zwangsfusioniert wurde. Zwei Jahre später, am 11. Mai 1931 kollabierte auch diese Großbank und löste mit ihrem Zusammenbruch eine internationale Bankenkrise aus. Es kam zum Abziehen ausländischer Kredite und zu einer großen Kapitalflucht, d. h. der Umwandlung inländischer Guthaben in ausländische. Der völlige Zusammenbruch der CA konnte nur durch die Übernahme der Verbindlichkeiten durch den Staat verhindert werden. Es gab verschiedene Ursachen für die Bankenkrise: Missgluckte Spekulationen, enttuschende Geschäfte mit den Nachfolgestaaten der Donaumonarchie und fehlende Kapitalkraft nach der Inflationszeit. Dazu kam der Umstand, dass die Banken kurzfristige Auslandsdarlehen in langfristigen Investitionen veranlagten. Als nun nach 1929 die überseeischen Gläubiger ihre Gelder einforderten, ging den Banken, banal gesagt, "das Geld aus". Die Währungsreserven der österreichischen Nationalbank gingen von ATS 513 Millionen auf ATS 41 Millionen zurück.^[19] Die Gesamtgeldmenge in Österreich ging zurück und auch die Geschwindigkeit des Notenumlaufs nahm ab. Der Rückgang der Geldumlaufgeschwindigkeit lässt sich am Nachlassen der Giroumsatze der wichtigsten Bankinstitute feststellen. Die Giroumsatze gingen bis 1935 auf etwa die Hälfte des Jahres 1929 zurück.^[20]

Unmittelbar nach dem Bankenkrach erhöhete die Nationalbank den Diskontsatz von sieben auf zehn Prozent, was das Kreditnehmen teuer machte und die Unternehmen von Investitionen abhielt. Das Ergebnis lässt sich in Zahlen ablesen: von den Jahren 1929 bis 1933 fiel das Bruttonationalprodukt in Österreich um 22 Prozent, die Industrieproduktion um 38 Prozent. Die Arbeitsmarktlage war katastrophal, hatte die Arbeitslosenrate 1929 schon 9,8 Prozent betragen, so stieg sie bis 1932 auf 24,7 Prozent, was einer Zahl von 557.000 Arbeitslosen entsprach. Bis zum Jahr darauf (1933) stieg sie

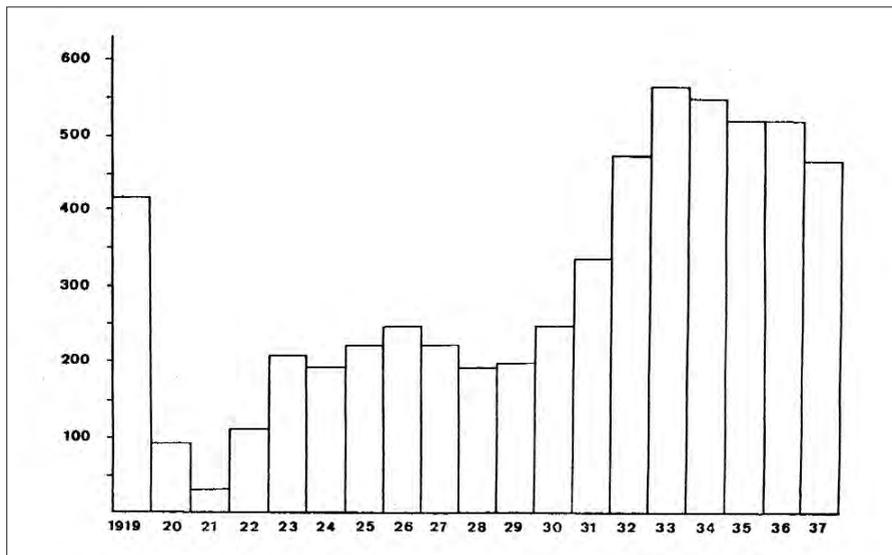
[17] BACHINGER: Grundriß, 77.

[18] BACHINGER: Grundriß, 78.

[19] Zit. Nach: Dieter STIEFEL: Konjunkturelle Entwicklung und struktureller Wandel der österreichischen Wirtschaft in der Zwischenkriegszeit (= Forschungsberichte des Instituts für Höhere Studien, Nr. 135), (Wien 1978), 59.

[20] STIEFEL: Konjunkturelle Entwicklung, 71.

noch weiter bis auf 27,2 Prozent, was einer Zahl von 598.000 Arbeitslosen gleichkam.^[21] (siehe Abbildung unten: Gesamtzahl der Arbeitslosen) 40 Prozent der 598.000 waren entweder in Frühpension oder bereits "ausgesteuert", d.h. sie hatten den Anspruch auf staatliche Unterstützung verloren und waren auf die Fürsorge der Gemeinden angewiesen.^[22] Trotzdem begegnete die Regierung der Massenarbeitslosigkeit fatalistisch. Sie wurde mehr als eine **"zwangsläufige Begleiterscheinung der handelspolitischen Schwierigkeiten definiert"** oder als **"unbehebbares Schwächesymptom der österreichischen Kleinstaatlichkeit"** abgetan.^[23]



Gesamtzahl der Arbeitslosen in Österreich (1919–1937) ^[24]

Am 15. Juli 1932 unterschrieb Bundeskanzler Engelbert Dollfuß in Lausanne einen zweiten Anleihevertrag mit dem Völkerbund. Der Erlös von ATS 308,6 Millionen floss jedoch nicht in Investitionen sondern wurde ausschließlich zur Schuldenrückzahlung verwendet. Die Österreichische Finanz-

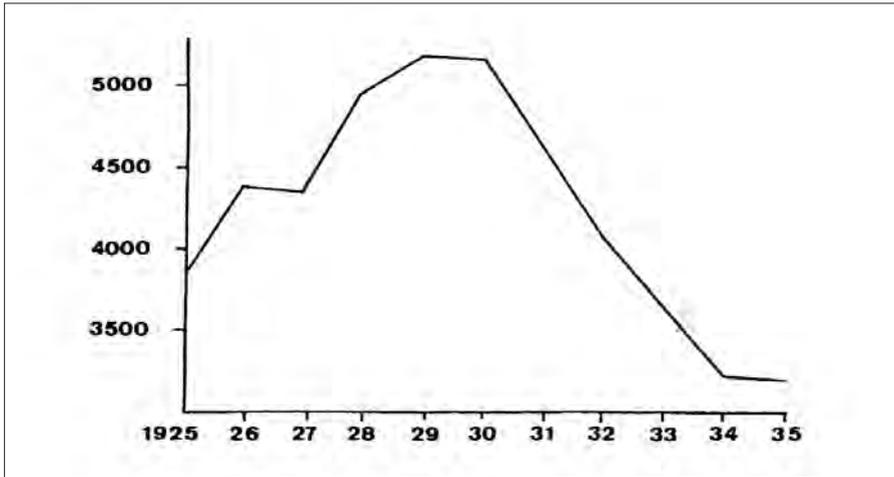
[21] Felix BUTSCHEK: Statistische Reihen zu Österreichischen Wirtschaftsgeschichte (Wien 1996), ohne Seite, Kapitel 3.3.

[22] KERNBAUER: Die wirtschaftliche Entwicklung, 369.

[23] Karl BACHINGER: Anmerkungen zur Wirtschaftspolitik der Ersten Republik. In: Christliche Demokratie (Wien 1/1983). 42–53, 48.

[24] Entnommen aus: Dieter STIEFEL: Arbeitslosigkeit. Soziale, politische und wirtschaftliche Auswirkungen – am Beispiel Österreichs 1918–1938 (= Schriften zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Band 31), (Wien 1979), 24.

politik wurde wieder der Kontrolle des Völkerbundes unterstellt ^[25], wiederum nahm ein Holländer die Rolle des Völkerbundkommissars in Österreich ein (Rost van Tonningen). Um das Budget weiterhin balanciert zu halten, wurden die Staatsausgaben gesenkt, anstatt sie – keynesianisch gedacht – zu erhöhen.



Durchschnittliches Jahreseinkommen eines Arbeiterhaushalts in ATS ^[26]

Die vorstehende Abbildung lässt erkennen, wie rapide die Einkommen der Arbeiter in den Jahren 1930 bis 1935 zurückgingen.

Die liberale Krisenstrategie der Regierung bedeutete eine Erhöhung der Verbrauchssteuern, Abbau der Löhne, Abbau der Sozialausgaben und Kürzung der staatlichen Investitionen auf ein Minimum. Diese prozyklische Politik verschärfte die Krise, führte zu einem Zunehmen der Arbeitslosigkeit, zu weiteren Budgetkürzungen und Gehaltsabbau von Staatsangestellten. Dennoch waren auch die Sozialdemokraten teilweise damit einverstanden, selbst Otto Bauer führte aus, dass "**man die Forderung nach öffentlichen Investitionen zurückstellen müsse, bis bessere Zeiten kommen**". ^[27]

Das Festhalten der österreichischen Wirtschaftspolitik während der Weltwirtschaftskrise an der liberalen Doktrin ausgeglichener Budgets und stabiler Währungen, hatte auch historische Gründe: Während der Nachkriegsinflation von 1918–1922 waren viele Vermögenswerte, besonders des Mittel-

[25] Felix BUTSCHEK: Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert. (Wien Stuttgart 1985), 50.

[26] Entnommen aus: STIEFEL: Arbeitslosigkeit, 148.

[27] Zit. nach: BACHINGER: Grundriß, 79.

standes, vernichtet worden. Diese bittere Erfahrung hatte auch ein psychologisches Moment. Demgemäß war es eine Priorität der Zwischenkriegsregierungen, Erinnerungen an die Inflationszeit nicht aufkommen zu lassen, indem sie ihre Ausgaben balancierte.^[28] Dadurch konnte zwar eine wiederholte Inflationskrise vermieden werden, doch führte die Finanzpolitik der Regierung Buresch Österreich stattdessen in eine Deflationskrise mit den dargelegten Folgen.

Die österreichische Währungspolitik setzte in der Krise deflationistische Maßnahmen, um die Goldparität des Schillings aufrecht zu erhalten. Dazu wurden der Notenumlauf reduziert und die Kredite eingeschränkt, was die österreichische Industrie besonders hart traf. Der Schilling musste 1933 dennoch um 22 Prozent abwerten^[29], was aber Dr. Buresch nicht daran hinderte 1934 bei einer Industriellentagung auszuführen: "**Schilling unantastbar! Der österreichische Schilling hat sich in den Zeiten der schwersten Bedrängnis, die vor zwei Jahren begann, wie ein Held gehalten.**"^[30] Am Index der Verbraucherpreise (Tabelle 1) der Jahre 1930–1934 lässt sich die Deflation des Österreichischen Schillings ablesen. In den Jahren 1931 und 1933 fiel der Index um 4,5 Prozent bzw. 2,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

Tabelle 1:
Index der Verbraucherpreise^[31]

JAHR	Index der Verbraucherpreise – Veränderung gegen das Vorjahr in Prozent.
1927	+ 2,9
1928	+ 1,9
1929	+ 2,8
1930	0
1931	- 4,5
1932	+ 1,9
1933	- 2,7
1934	0

[28] Erich KAUFFER: Wörgl macht Geschichte, In: Tiroler Tageszeitung: Innsbruck, am 25./26. Mai 1991.

[29] BACHINGER: Grundriß, 79.

[30] Karl BURESCH in Neues Wiener Journal, Wien, am 20. April 1934.

[31] Entnommen aus: BUTSCHEK: Statistische Reihen, ohne Seitenzahl, Kapitel 8.1.

1.3 Situation in der Marktgemeinde Wörgl

Wörgl liegt im unteren Inntal ca. 40 km östlich von Innsbruck an der Schnittstelle zwischen dem Inntal und dem Brixental. Wörgl ist durch seine Lage in zweifacher Hinsicht Verkehrsknotenpunkt: Es treffen sich hier zwei wichtige Eisenbahnlinien (Triest–München, Innsbruck–Wien). Dasselbe galt damals wie heute für die Straßenverbindungen. Die günstige Verkehrslage führte zu einer schnellen Industrialisierung der Gemeinde Anfang des 20. Jahrhunderts. 1911 wurde Wörgl Marktgemeinde. Es siedelten sich eine Zellulosefabrik, eine Zementfabrik, eine Sandziegelfabrik, eine Bierbrauerei und zwei Sägewerke an. Von 1900 bis 1910 stieg die Einwohnerzahl von 648 auf 4.427 Einwohner an. 1934 zählte Wörgl ca. 4.200 Gemeindeglieder.^{[32] [33]} Die arbeitende Bevölkerung war zu ca. einem Drittel in der Landwirtschaft und zu zwei Dritteln als Arbeiter, Angestellte und Kleingewerbetreibende beschäftigt.^[34] Mit dem Übergreifen der Weltwirtschaftskrise auf Österreich mussten auch die großen Arbeitgeber in der Gemeinde Wörgl beginnen, Arbeitskräfte abzubauen. Schon 1929 waren infolge der Elektrifizierung der Inntalstrecke das Wörgler Heizhaus der Bundesbahn stillgelegt und etliche Eisenbahner entlassen worden. Von 1930 bis 1933 sank die Zahl der Bundesbahnangestellten in Wörgl von 310 auf 190. Im Zementwerk Kirchbichl wurde die Beschäftigtenzahl gar von ca. 50 (1930) auf 2 (1933) reduziert. Die Brauerei baute im selben Zeitraum ein Drittel der Arbeitskräfte ab. Die Zellulosefabrik, die 1930 noch ca. 400 Menschen Arbeit gegeben hatte, musste den Betrieb zur Gänze einstellen und unterhielt 1933 nur noch vier Arbeiter zur Bewachung der stillgelegten Maschinen. Der Wegfall der Wirtschaftsleistung der großen Betriebe traf die gesamte Region, die Gewerbetreibenden litten unter den Konsumbeschränkungen der Bevölkerung, die örtliche Wirtschaft erlahmte zunehmend, die Warenpreise sanken. Die Situation spiegelte sich auch in den Gemeindekassen – immer mehr Leute konnten ihre Steuern nicht bezahlen. Der Fremdenverkehr spielte in Wörgl damals wie heute eine untergeordnete Rolle.^[35]

Die Investitionen der Vorjahre (Bau der Bürgerschule, Kanal- und Straßenarbeiten, Legen neuer Wasserleitungen) hatten die Gemeindeschulden bei der Sparkasse der Stadt Innsbruck auf ATS 1,3 Millionen ansteigen lassen. Seitdem die Nationalbank nach dem Zusammenbruch der Creditanstalt 1931 den Diskontsatz von 7% auf 10% erhöht hatte, konnte die Gemeinde den

[32] Fritz SCHWARZ: Das Experiment von Wörgl (Bern 1951), 27.

[33] Heute (2007) leben in der Gemeinde Wörgl 12.400 Menschen.

[34] Alfred HORNING: Das Ergebnis des Wörgler Schwundgeldversuchs. Ist Wörgl ein Freigeldexperiment? (Diss., Innsbruck 1934), 6.

[35] SCHWARZ: Wörgl, 34.

Zinszahlungen für die Millionenschuld nicht mehr nachkommen.^[36] 1931 war ein Rückstand an Zinszahlung von ATS 50.000,- entstanden.^[37] Gleichzeitig waren die Steuerrückstände ständig gewachsen und betrug 1932 ATS 118.000,-.

Tabelle 2 gibt einen Überblick über die Entwicklung der Steuerrückstände in Wörgl. Die Steuerkraft der Bevölkerung machte keine Anzeichen, sich zu erholen. Im Gegenteil: Wörgl zählte 400 Arbeitslose (inkl. der näheren Umgebung waren es sogar 1.500). Von den 400 Arbeitslosen waren über 200 bereits "ausgesteuert", d.h. sie bekamen keine Arbeitslosenunterstützung mehr vom Staat. Für ihre Fürsorge musste allein die Gemeinde aufkommen. Dazu war sie aber immer weniger imstande.

Tabelle 2: **Steuerrückstände bei der Gemeinde Wörgl 1927–1931.**^[38]

1927	ATS	26.000,-
1928	ATS	28.000,-
1929	ATS	31.000,-
1930	ATS	61.000,-
1931	ATS	118.000,-

Wörgl war beim Land Tirol und beim Bund verschuldet, weshalb die der Gemeinde gebührenden Anteile an den Landessteuern und den Bundes-Ertragsanteilen von Bund und Land kurzerhand einbehalten wurden, d. h. als Kompensation für die Rückstände verrechnet wurden. Somit musste die Gemeinde auch auf diese Einkommensquelle verzichten. Gleichzeitig wurden immer mehr Gemeindebürger zahlungsunfähig und konnten ihre Steuerrückstände nicht mehr begleichen. Die Gemeinde stand vor der Zahlungsunfähigkeit.^[39]

Im Juli 1932 richteten die Gemeinden Häring, Kirchbichl, Langkampfen und Wörgl einen Hilferuf an das Bundesministerium für Handel und Verkehr. Darin wurde die katastrophale Wirtschaftslage der Region beschrieben. Am Ende des Schreibens sind folgende Sätze zu lesen: ***"Möge das verehrliche Bundesministerium schließlich noch zur Kenntnis nehmen, daß unser vorstehendes Ansuchen ein Notschrei um Hilfe in letzter Stunde ist. (...)***

[36] Thomas WENDEL: Gesellschaftspolitische Bedeutung und technische Funktionsweise umlaufgesicherter Zahlungsmittelsysteme: die Schwundgeldexperimente von Wörgl 1932 und Cabricán 1994 im Vergleich (Dipl.-Arb., Berlin 1994), 32.

[37] SCHWARZ: Wörgl, 38.

[38] Entnommen aus: Hans R. L. COHRSSSEN: Mayor Unterguggenberger's Plan. In: New Outlook (o.O., März 1933) 42–44, 42.

[39] WENDEL: Gesellschaftspolitische Bedeutung, 32.

Nunmehr sind wir am Ende unserer Kräfte, wir können aus eigenem nicht mehr und sind unrettbar dem Untergange verfallen, wenn nicht rasche Hilfe von höherer Stelle kommt." ^[40]

Doch von höherer Stelle kam keine Hilfe. Der Gemeinderat von Wörgl hatte an die Tiroler Landesregierung die Bitte um Gewährung einer mit vier Prozent verzinnten Kaufkraftanleihe in der Höhe von ATS zwei Millionen gestellt, um die Zinsenlast von nunmehr zehn Prozent auf vier Prozent zu verringern. Die Landesregierung verwies die Gemeinde weiter an das Bundesministerium für Finanzen. Aber auch dort fand das Ansuchen kein Gehör. ^[41] Die Gemeinde bekam nur einen Notstandskredit im Betrag von ATS 12.000,- vom Land bewilligt. Die Regierung setzte keine effektiven Maßnahmen zur Linderung der Arbeitslosigkeit oder zum Ausbrechen aus der Unterkonsumptionskrise. Sie verfolgte weiterhin eine deflationäre Geldpolitik und kürzte die Staatsausgaben. Bgm. Unterguggenberger war einer der ersten der erkannte, daß von der Regierung keine Hilfe zu erwarten war, und begann nach neuen Wegen zu suchen, um die Krise auf kommunaler Ebene zu überwinden.

[40] o.A.: Gegen die Arbeitslosigkeit, Eine Denkschrift der Gemeinden Häring, Kirchbichl, Langkampfen und Wörgl an das Bundesministerium für Handel und Verkehr. Abgedruckt in: Wörgler Nachrichten: Kitzbühel, am 23. Juli 1932.

[41] Wörgler Nachrichten: Kitzbühel, am 30. Juli 1932.



Wohnhaus von Michael Unterguggenberger,
Wörgl, Unterguggenberger Straße 3

2 Michael Unterguggenberger – Hintergrund und Idee

2.1 Biographisches

Michael Unterguggenberger wurde am 15. August 1884 in Hopfgarten/Tirol, einer Nachbargemeinde Wörgls, als Sohn eines Bauern geboren. Schon mit 12 Jahren endete seine nur zweijährige Schullaufbahn und er begann als Hilfsarbeiter in einem Sägewerk zu arbeiten^[42]. Mit fünfzehn Jahren bekam er eine Lehrstelle bei einem Mechanikermeister in Imst im oberen Inntal. Das zu bezahlende Lehrgeld musste er selbst aufbringen. Nach Abschluss seiner Lehre ging er auf die Walz, die ihn zunächst zum Bodensee, dann über Wien an die rumänische Grenze und von dort wiederum über Galizien ins Deutsche Reich führte. In Liegnitz in Schlesien lernte er den Gewerkschaftsgedanken kennen und trat dem Metallarbeiterverband bei. Nach seiner Rückkehr nach Tirol 1905 bekam der 21jährige eine Anstellung bei der Bundesbahn in Wörgl, das fortan sein beruflicher und privater Wohnsitz wurde.^[43] 1908 heiratete er seine erste Frau, Maria Ender aus Hopfgarten, mit der er zwei Söhne (Johann und Michael) hatte. Maria Ender verstarb

[42] Hans JÜLLIG: Wörgl im Schnee (Manuskript, o.O., o.J.) 5 Seiten, 3.

[43] Hans BRAMBÖCK: Das Experiment von Wörgl. Zum 99. Geburtstag von Altbürgermeister Michael Unterguggenberger, in: ohne Angabe (o.O., 1983), 9 Seiten, 1.

1917 an Lungentuberkulose. Die beiden Söhne wuchsen fortan bei einer Tante auf. ^[44]

Im Jahre 1912 wurde Unterguggenberger in die Personalkommission der österreichischen Bundesbahnen gewählt. Der Gewerkschaftsverband in Wörgl wuchs unter seiner Führung von ursprünglich 100 auf 800 Mitgliedern an. Schließlich trat er auch der Sozialdemokratischen Partei bei, die ihn schon 1919 in den Gemeinderat entsandte. ^[45] Im Jahr 1922 heiratete er zum zweiten Mal. Mit seiner zweiten Frau Rosa Schnaiter hatte er drei Kinder (Alois, Rosa Augusta und Silvio). 1928 entstand zwischen den Sozialdemokraten und den bürgerlichen Parteien im Gemeinderat von Wörgl ein Patt (12 gegen 12 Stimmen), weshalb der Bürgermeister per Los bestimmt werden sollte. Unterguggenberger wurde von den Sozialdemokraten als Kandidat aufgestellt, doch entschied das Los für den Bürgerlichen Josef Gollner. Unterguggenberger besetzte den Posten des Vizebürgermeisters, doch drei Jahre später 1931 entschied das Los gegenteilig und er wurde zum Bürgermeister von Wörgl. Er war zu diesem Zeitpunkt 47 Jahre alt. ^[46] Nach seiner



© Heimatmuseum Wörgl

Michael Unterguggenberger

Wahl ließ er sich als Bundesbahnrevident wegen Herz-Lungenschwäche in den Ruhestand versetzen. ^[47] Seinem Wirken als Bürgermeister von Wörgl ist das Kapitel 4 "Chronologie eines Experiments" gewidmet.

[44] Klaus ROHRBACH: Freigeld. Michael Unterguggenberger und das "Währungswunder von Wörgl" (Paderborn 2001), 32.

[45] SCHWARZ: Experiment von Wörgl (Bern 1951), 27.

[46] Silvio UNTERGUGGENBERGER: Das Freigeldexperiment von Wörgl, in: Josef ZANGERL: Wörgl, ein Heimatbuch (o.O. 1998), 259–278, 262.

[47] Thomas WENDEL: Das Wörgeler Schwundgeldexperiment 1932–1933 <http://www.ruhrgas.de/kontext/>, 11 Seiten, 2 [online 6. April 2001 | 2007 nicht mehr aktiv].

Am 7. Februar 1929 trat Unterguggenberger mitsamt seiner Familie aus der katholischen Kirche aus. Das auslösende Moment dafür war gewesen, dass der Grazer Bischof dem Freiwirtschafter und Theologen Prof. Johannes Ude aus politischen Gründen öffentliches Redeverbot erteilt hatte. Unterguggenberger war ein persönlicher Freund Udes und wollte mit seinem Kirchenaustritt gegen die Maßnahmen des Bischofs protestieren.^[48]

Während der Tage des Februaraufstandes 1934 versuchte Unterguggenberger zur Deeskalation der Lage beizutragen. Er wollte keine Gewaltanwendung, doch gelang es ihm nicht, seine Parteigenossen vom bewaffneten Widerstand abzuhalten. In seinen Lebenserinnerungen an den 13. Februar 1934 zitiert der damalige Kooperator von Wörgl, Franz Wesenauer, Unterguggenberger: "**Herr Kooperator, aus ist es; meine Leute folgen mir nicht mehr. Seit einer Stunde wird geschossen**".^[49] Es gelang ihm aber, eine Verschiebung der Ausrufung des Standrechts um eineinhalb Stunden bei Oberstleutnant Steiner, dem Chef der Tiroler Gendarmerie, zu erwirken. Bei den folgenden Scharmützeln gab es fünf Verletzte. Auf Vermittlung Wesenausers ergaben sich die ca. 90–100 Schutzbündler und wurden wegen Aufruhrs angeklagt.^[50] Sie erhielten im Vergleich zum Standrecht "milde" Urteile zwischen ein und drei Jahren Zuchthaus.^[51] Die Tiroler Landesregierung löste umgehend den Gemeinderat von Wörgl auf und bestellte einen vorläufigen Amtsverwalter.^[52] Bgm. Unterguggenberger wurde für zwei Tage unter Hausarrest gestellt. Nach seiner Absetzung fand Bgm. Unterguggenberger in den Wörgler Nachrichten eine kurze Würdigung:

"Nun hat auch Wörgl einen Regierungskommissär. Der bisherige Bürgermeister Maschinenführer Michael Unterguggenberger hat die Geschäfte bereits übergeben. Er war ein ruhiger, objektiver Mann, der mit großer Hingebung seine Pflicht erfüllte. Er war wohl auch vielen seiner Genossen zu wenig radikal und tat beim Aufstand nicht mit, sondern versuchte zu beruhigen."^[53]

Nach dem Verbot der Sozialdemokratischen Partei zog Unterguggenberger sich aus dem politischen Leben zurück. Er hielt noch einige Vortragsreisen über das Freigeld von Wörgl in die Schweiz und die Tschechoslowakei ab, doch verschlechterte sich sein Gesundheitszustand zusehends. Kuraufenthalte an der Adria, in Meran und Gleichenberg brachten nur vorüberge-

[48] ROHRBACH: Freigeld, 135.

[49] Josef HOFMANN: Prälat Franz Wesenauer – Ein Priesterleben 1904–1991, (Salzburg 1998), 79.

[50] HOFMANN: Wesenauer, 81.

[51] Gerhard OBERKOFLE: Die Tiroler Arbeiterbewegung von den Anfängen bis zum 2. Weltkrieg (= Materialien zur Arbeiterbewegung 13), (Wien 1979), 245.

[52] ROHRBACH: Freigeld, 131.

[53] Wörgler Nachrichten: Kitzbühel, o.J., Zit. Nach: ROHRBACH: Freigeld, 132.

hend Besserung. Am 19. Dezember 1936 verstarb Michael Unterguggenberger in Wörgl im Alter von 52 Jahren an Lungenembolie. Er hatte schon jahrelang an einem Lungenleiden laboriert und war die letzten drei Monate vor seinem Tod im Koma gelegen.^[54] Die Einäscherung erfolgte in Salzburg, wo sich das nächste Krematorium befand. Ein Jahr lang verblieb die Urne im Hause Unterguggenberger, weil sich der Wörgler Ortspfarrer weigerte, den aus der Kirche Ausgetretenen ein Grab in der geweihten Friedhofserde zuzuweisen. Allein die Ecke für Selbstmörder kam für ihn in Frage. Erst als sich Rosa Unterguggenberger bereit erklärte, mit ihren Kindern wieder in die Kirche einzutreten, konnte die Urne am Wörgler Waldfriedhof beigesetzt werden.^[55]

2.2 Die Persönlichkeit Unterguggenberger

Unterguggenberger war von kleiner, fast zierlicher Statur. Er wurde von seinen Zeitgenossen für seine Schlichtheit, Aufrichtigkeit und seinen Humor geschätzt.^[56] Auch von sehr Freiwirtschafts-kritischen Autoren wurde er als sympathisch, objektiv und sachlich beschrieben.^[57] Unterguggenberger war ein musikalischer Mensch. Er spielte Querflöte, Trompete, Harmonium und Zither. Als junger Mann trat er der Arbeitermusikkapelle bei, deren Kapellmeister er später wurde. 1912 komponierte er anlässlich des 10jährigen Jubiläums der Arbeitermusik Wörgl einen Marsch, der später zum Unterguggenberger-Marsch wurde.

Er war ein bescheidener Mensch. Es war ihm nicht wichtig, selbst im Rampenlicht zu stehen, sondern er wollte eine Idee praktisch umsetzen. In einem Brief an seinen Grazer Amtkollegen, in dem er ihn von den freiwirtschaftlichen Ideen zu überzeugen suchte, schrieb er: "***Ich bitte noch, sehr verehrter Genosse Bürgermeister, versichert zu sein, dass es mir nicht etwa um die Herausreichung einer Sache zu tun ist, die zufällig ich gemacht habe. Mein Name braucht dabei nicht berührt werden. Es ist auch nicht mein Geistesprodukt, sondern mit einer zeitlichen und lokalen Anpassung der Freiwirtschaftslehre Gesells entnommen.***"^[58]

[54] WENDEL: Wörgler Schwundgeldexperiment, 9.

[55] ROHRBACH: Freigeld, 134 - 135.

[56] Arbeiter-Zeitung: Basel, am 31. Oktober 1933.

[57] Basler Landwirtschaftliche Zeitung: Basel, am 1. November 1933.

[58] Michael UNTERGUGGENBERGER: Brief an Grazer Bgm. Vinzenz Muchitsch, am 6. Oktober 1932, 2 Seiten, 2.

2.3 Unterguggenberger als Sozialdemokrat

Unterguggenbergers Ansichten wichen in manchen Bereichen stark von jenen der österreichischen Sozialdemokraten ab. Dies brachte ihn Kritik in den Parteireihen ein. Sein Freigeld-Programm in Wörgl wurde von der Parteileitung in Innsbruck weder gutgeheißen noch unterstützt. Vielmehr rieten die Tiroler Parteigenossen Unterguggenberger, **"von der fragwürdigen, im Parteiprogramm nicht vorgesehen Schwundgeldsache abzustehen"**.^[59] Er fand für sein Programm auch keine Resonanz in den Parteimedien. Während die bürgerlichen Zeitungen der Sache große Aufmerksamkeit widmeten, scheint in der Arbeiterzeitung (AZ) jener Jahre kein Artikel zum Thema auf. In der "Volkszeitung, sozialdemokratisches Tagblatt für Tirol" jener Jahre fand das Freigeldexperiment wenig Berücksichtigung. In der Berichterstattung der Volkszeitung kommt Unterguggenberger nur als "Bürgermeister von Wörgl" vor, seine Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei wird nicht erwähnt. Der Umstand, dass seine Aktivitäten in Wörgl von der Parteileitung in Innsbruck kein großes Gehör fanden, kommt am besten in dem Umstand zum Ausdruck, dass er in einem Artikel in der Volkszeitung (VZ) **"Anton"** anstatt **"Michael"** Unterguggenberger genannt wird.^[60] In der Woche nach Unterguggenbergers Ableben findet sich in der Volkszeitung kein Vermerk und kein Nachruf auf ihn.

Unterguggenberger konnte mit der Marxschen Lehre wenig anfangen. Er hatte die Ratlosigkeit der Sozialdemokratie gegenüber der Inflationskrise der Nachkriegszeit und der Deflationskrise nach 1929 erlebt. Die Parteilinie, allein **"Bankengauereien und bürgerliche Misswirtschaft"** für die Wirtschaftskrise verantwortlich zu machen, war Unterguggenberger zu einfach.^[61] Er wandte sich lieber anderen Theorien zu. Dazu gehörten auch jene des deutschen Sozialreformers Silvio Gesell.

In einem Interview mit der Wiener Morgenpost sagte Unterguggenberger, er habe **"bei keiner anderen Partei so viel Anstoß gefunden, wie bei seiner eigenen, der Sozialdemokratischen, die vom 'Abwege' des Schwundgeldes nichts wissen wollte und ihm auch jetzt noch Schwierigkeiten mache."**^[62] Unterguggenbergers Handeln war stets von Pragmatismus geleitet. Er hielt nichts von parteipolitischen Dogmen. In einem Brief an den sozialdemokratischen Bürgermeister von Graz schrieb er: **"Dass es aber Gesell war, der diese ungeheuer wirkungsvolle Waffe gegen das Arbeitslose-**

[59] Alex von MURALT: Der Wörgler Versuch mit Schwundgeld, in: Ständisches Leben am (6, 1933), Nachdruck in: SCHMITT: Silvio Gesell, 275–288, 282.

[60] Volkszeitung: Innsbruck, am 20. November 1933, S. 7.

[61] Volkszeitung: Innsbruck, am 5. Jänner 1933, S. 1.

[62] Morgenpost: Wien, am 20. Mai 1933.

Einkommen und gegen die Krisen gezeigt hat und nicht Marx, das darf den für das Wohl der Schaffenden besorgten Politiker, sei er auch in welchem Lager immer, nicht abhalten, dafür einzustehen." [63] In dem Brief führte Unterguggenberger weiter seine Einstellung zu Marx aus:

"Der voll verantwortungsbewußte Führer kennt keine Heiligen mit Ewigkeitsgeltung. Wir verehren Marx als den Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus – aber nicht in blinden Glauben, sondern mit Überlegung. Was wir als falsch erkannt haben, muß fallen, was unzureichend ist, muß ergänzt werden (sic)." [64]

Bei einem Vortrag im Oktober 1933 in Basel erklärte Unterguggenberger, er sei *"nicht Marxist, sondern Freigeldler"*. [65]

[63] UNTERGUGGENBERGER: Brief an Grazer Bgm., 2.

[64] UNTERGUGGENBERGER: Brief an Grazer Bgm., 2.

[65] Arbeiter Zeitung Basel: Basel, am 30. Oktober 1933.

3 Silvio Gesell und die Freiwirtschaftslehre

3.1 Biographisches

Silvio Gesell wurde am 17. März 1862 in St. Vith bei Malmedy in der Eifel (heutiges Belgien, damals Deutschland) geboren. Er war das siebente von neun Kindern einer wohlhabenden Familie. Nach Bürgerschule und Gymnasium nahm der 16jährige Gesell eine Stelle bei der deutschen Reichspost an, wechselte aber bald in das Unternehmen seines älteren Bruders, das mit zahntechnischem Gerät und Kinderartikeln handelte. Dort lernte er das Kaufmannshandwerk. Auf Vermittlung seines Bruders kam er ins spanische Malaga, wo er als Korrespondent arbeitete. Im Alter von 25 Jahren wanderte er nach Buenos Aires aus, wo er eine neueröffnete Filiale seines Bruders übernahm. Gesell erwies sich als guter Geschäftsmann und konnte die "Casa Gesell", noch um eine Kartonagefabrik erweitern. In den Neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts schrieb Gesell seine ersten politischen Schriften.^[66] Nachdem er sich eine Zeitlang mit dem Gedanken getragen hatte, nach Neuseeland auszuwandern, kehrte er 1900 doch nach Deutschland zurück, übersiedelte aber noch am Ende desselben Jahres in die Schweiz. Dort widmete er sich der Vieh- und Bienenzucht sowie dem Studium der großen Ökonomen.

Nach Übergabe des Gesellschen Unternehmens an seine Söhne zog Gesell in die Obstbaukommune Eden bei Oranienburg nahe Berlin. 1912 wurde er zum Mitherausgeber der Zeitschrift "der Physiokrat". In den Artikeln jener Zeit wird erstmals seine ideologische Nähe zum Sozialisten und "Vater des modernen Anarchismus" Pierre Joseph Proudhon deutlich. Zu Beginn des Ersten Weltkriegs wurde die Zeitschrift verboten und Gesell übersiedelte wieder in die Schweiz. Dort entstand sein Hauptwerk: "Die Natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld", das 1916 erstmals erschien und seitdem als Standardwerk der Freiwirtschaftslehre gilt.^[67] Als Gesell sich 1919 wieder in Berlin aufhielt, bekam er das Angebot, als Mitglied der Sozialisierungskommission in die sozialdemokratische Regierung in Bayern einzutreten. Bis Gesell in München ankam, war aber schon die Räterepublik ausgerufen. Gesell wurde auf Vorschlag des Präsidenten der Räterepublik Ernst Niekisch sowie Gustav Landauers zum Volksbeauftragten für das Finanzwesen.^[68] Er bereitete eine 100prozentige Enteignung aller Vermögen über 300.000 Mark vor, wollte den Zinsfuß senken und die Löhne erhöhen. Nach wenigen Woch-

[66] 1891 erschien seine erste Veröffentlichung "Die Reformation im Münzwesen als Brücke zum sozialen Staat".

[67] Silvio GESELL: Die Natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld (Nürnberg 1949).

[68] Werner ONKEN: Ein vergessenes Kapitel der Wirtschaftsgeschichte. Schwanenkirchen, Wörgl und andere Freigeldexperimente, in: Zeitschrift für Sozialökonomie (o.O. 57-58/1983) 3-20, 4.

en war das Ende der Räterepublik da, Gesell verhaftet und des Hochverrats angeklagt. In seiner Verteidigungsrede beschrieb er sich selbst als "Lastenträger" der vom Schicksal dazu auserkoren bzw. "verurteilt" worden sei, der Menschheit ein Stück Wahrheit zu bringen.^[69] Es folgte zwar ein Freispruch, doch wurde er von der Schweiz mit Einreiseverbot belegt, woraufhin er nach Rehbrücke nahe Potsdam zog.

Mittlerweile war er zum Kopf der freiwirtschaftlichen Bewegung geworden, die 1923 den ersten Internationalen Freiwirtschaftlichen Kongress abhielt. Silvio Gesell starb am 30. März 1930 im Alter von 67 Jahren an einer Lungenentzündung. Die Öffentlichkeit nahm von seinem Tod kaum Notiz. Gesell war von der wissenschaftlichen Fachwelt Zeit seines Lebens weitgehend ignoriert worden. Er war kein ausgebildeter Ökonom sondern gelernter Kaufmann gewesen, was ihm den Vorwurf mangelnder Wissenschaftlichkeit einbrachte. Tatsächlich bediente er sich zum Teil unwissenschaftlicher Begriffe und einer zuweilen sehr saloppen Ausdrucksform.^[70]

Der Gemeinderat von Wörgl beschloss am 22. Jänner 1932 zum Andenken an Silvio Gesell eine Straße nach ihm zu benennen. Die bisherige "Schulgasse" wurde in "Silvio Gesell Straße" umbenannt. Bgm. Unterguggenberger gab seinem 1935 geborenen Sohn den Namen "Silvio".^[71]



Silvio Gesell um 1928

[69] Zitiert nach: Werner ONKEN: Silvio Gesells Leben und Werk in der europäischen Geistesgeschichte, in: Internationale Vereinigung für Natürliche Wirtschaftsordnung, Gerechtes Geld – Gerechte Welt, Auswege aus dem Wachstumszwang und der Schuldenkatastrophe 1891–1991 (Lütjensburg 1992) 33–51, 39.

[70] Andreas SCHIEFER: Die Freigeldreform Silvio Gesells (Dipl.-Arb., Wien 1999), 87.

[71] NACHRUF auf Michael Unterguggenberger, in: FREIWIRTSCHAFT, Österreichische Freiwirtschaftliche Zeitung (44, Dornbirn 1936) 1–3, 3.

3.2 Die Theorie von Freigeld, Freiland und Festwahrung

Ziel der freiwirtschaftlichen Theorie ist die Herstellung einer "natürlichen Wirtschaftsordnung". Dieser "Vision" stehen laut Gesell primär das Privateigentum am Boden und das zinstragende Geld als **"Wurzel der Aufspaltung der Menschheit in Arme und Reiche"** im Wege.^[72] Dementsprechend führt der Weg zur Realisierung der Vision auch über die Verwirklichung des Mottos der Freiwirtschaftsbewegung FFF (Freigeld, Freiland, Festwahrung).



Logo der deutschen Freiwirtschaftsbewegung (Zwischenkriegszeit)^[73]

Eine Säule in der von Gesell angestrebten neuen Wirtschaftsordnung war Freigeld. Er wollte damit das althergebrachte Geld, welches einen ungerechtfertigten Vorteil gegenüber den Waren hat, ersetzen. Dies sollte geschehen, indem das Geld automatisch denselben Wertverlust erleide wie Waren. So wie Waren durch Rost, Fäulnis, Nässe, Hitze, Kälte, Schädlinge, etc. angegriffen und im Wert gemindert werden, so sollte auch das Geld "rostern". Damit wollte Gesell das Geldhamstern verhindern. Durch die fortwährende Entwertung des Freigeldes wären alle angehalten, es ständig in Umlauf zu halten. Niemand könnte das Kapital dem Angebot-Nachfrage-Kreislauf auf Dauer entziehen, ohne massive Verluste zu riskieren. Das Gesparte würde sofort auf die Bank getragen und von der Bank alsbald weiterverliehen werden. Ziel der Freigeldeinführung wäre also die Degradierung des Tauschmittels Geld zur Ware, die erreicht wird durch die Einführung eines Umlaufzwangs für Geld. Die Position des Kapitalisten würde dadurch geschwächt. Er wäre gezwungen, sein Geld zu verleihen und der Wettbewerb unter den Geldanbietern würde den Zins bald gegen null treiben.^[74]

"Ware ist durch stete Wertminderung im Nachteil gegenüber dem Geld, das nur Tauschmittel sein soll, sich aber infolge seiner Unverwüstlichkeit zum Erpressen von Zins (Mehrwert) zurückhalten läßt. Das Freigeld beseitigt diese Mißstände."^[75]

[72] ONKEN: Gesells Leben, 36.

[73] Entnommen aus: SCHMITT: Gesell, 30.

[74] Andreas SCHIEFER: Freigeldreform, 28.

[75] GESELL: Natürliche Wirtschaftsordnung, 383.

Das Konzept der "rostenden Banknoten" sollte nicht mit Inflation verwechselt werden. Gesell sagte vielmehr voraus, dass Inflation und Deflation durch die Einführung von Freigeld der Vergangenheit angehören würden. Das Freigeld gäbe nämlich der Notenbank ein Mittel zur Hand, die umlaufende Geldmenge fortlaufend an die Gütermenge anzupassen und so die Preise stabil zu halten.^[76]

Zum Thema Sparen äußerte sich Gesell folgend: **"Deshalb fordere ich (...) eine vollkommene, sachliche Trennung des Tauschmittels vom Sparmittel. Den Sparern stehen alle Güter der Welt zur Verfügung, warum sollen sie also ihre Ersparnisse gerade in Geld anlegen. Das Geld wurde doch nicht gemacht, damit es gespart werden könnte!"**^[77]

Gesell hatte auch genaue Vorstellungen, wie die Freigeldidee praktisch umsetzbar wäre. Auf jedem neuemittierten Geldschein sollten Leerfelder eingefügt werden, auf die jede Woche Marken im Wert von einem Promille des Nominale geklebt würden. Das würde zu einem Wertverlust von ca. 5,3% pro Jahr führen. Für das in Folge erläuterte Freigeldexperiment von Wörgl sind Gesells Ausführungen zur Deflation besonders interessant:

"Die Ware ist unter allen Umständen zum Tausch bereit, einerlei ob Gewinn oder Verlust dabei winkt. Das Geld aber streikt, sobald die gewohnte Abgabe unsicher ist, und das trifft ein, wenn aus irgendeinem Grunde das Verhältnis zwischen Nachfrage und Angebot gestört wird und die Preise sinken. (...) Das Geld zieht sich tatsächlich vom Markte zurück, der Umlauf des Geldes ist unmöglich, rechnerisch unmöglich, sobald das Angebot des Geldes ungenügend ist und ein Rückgang der Warenpreise eintritt oder erwartet wird."^[78]

Folgt man Gesell, so könnte diese Spirale durch Freigeld gebrochen werden. Durch die stetige Entwertung würde die Umlaufgeschwindigkeit erhöht und die Nachfrage gesichert. **"Das Geld soll wie die Eisenbahn sein, weiter nichts als eine staatliche Einrichtung, um den Warenaustausch zu vermitteln; wer sie benutzt, soll Fracht bezahlen."**^[79]

Neben dem Zins stellt auch die Bodenrente "arbeitsloses Einkommen" dar, weshalb die zweite Säule der Freiwirtschaft die Forderung nach Freiland ist. Wie der Kapitalzins beraube auch die Grundrente laut Gesell die Arbeit ihres vollen Ertrags und begünstige die Grundrentner auf Kosten der Arbeitenden.^[80]

[76] ONKEN: Gesells Leben, 35.

[77] GESELL: Natürliche Wirtschaftsordnung, 202.

[78] GESELL: Natürliche Wirtschaftsordnung, 191.

[79] Silvio Gesell 1892, Zitiert nach: Silvio UNTERGUGGENBERGER: Das Freigeldexperiment von Wörgl, in: Josef ZANGERL: Wörgl, ein Heimatbuch (o.O. 1998) 259–278, 264.

[80] Gerhard MÜLLER: Die wichtigsten Gegensätze innerhalb der sogenannten Schwunggeldtheoretiker (Diss. Wien 1959), 21.

Um die Verbindung zwischen Mensch und Erde wiederherzustellen schlug Gesell vor, den gesamten Grundbesitz zu verstaatlichen.^[81] Die Enteigneten sollten mit verzinslichen Staatsschuldscheinen entschädigt werden und der Boden sollte vom Staat an die Meistbietenden weiterverpachtet werden. Die Einnahmen aus der Verpachtung sollten dann für die Tilgung der Staatsschuldscheine und für die Auszahlung einer Mutterrente (nach der Kinderzahl) verwendet werden. Dadurch sollte die finanzielle Unabhängigkeit der Frauen sichergestellt werden. Ein modernes Äquivalent dazu ist die Forderung nach gesellschaftlicher Anerkennung und Entlohnung der bisher unbezahlt durchgeführten Erziehungsarbeit.^[82]

Das Wirtschafts-
leben frei nach
Silvio Gesell ^[83]



Die dritte Säule im Programm der Freiwirtschaftstheorie ist die Forderung nach einer Festwährung. Damit ist eine Währung gemeint, die garantieren soll, dass die Kaufkraft des Geldes dauernd gleich bleibt. Sie steht damit im Widerspruch zu einer schwankenden oder relativen Währung, die zu steigender oder fallender Kaufkraft führt. Die Freiwirtschaft sieht eine der dringendsten Aufgaben der Währungspolitik darin, für eine feste bzw. absolute Währung, also ohne große Kaufkraftänderungen zu sorgen.^[84] Das Ziel Festwährung sollte durch die Koppelung der Geldmenge an die Ent-

[81] Gerhard Senft bezeichnet das Modell treffend als "Pächtersozialismus". Gerhard SENFT: Marktwirtschaft ohne Kapitalismus, in: Nikolaus PIPER (Hrsg.): Die großen Ökonomen, Leben und Werk der wissenschaftlichen Vordenker (Stuttgart 1996) 223–234, 225.

[82] MÜLLER: Gegensätze, 23.

[83] In: Internationale Vereinigung für Natürliche Wirtschaftsordnung (Hrsg.): Katalog der Silvio Gesell-Ausstellung (Hann.Münden 1988) 26. Entnommen aus: Hans-Joachim WERNER: Geschichte der Freiwirtschaftsbewegung. 100 Jahre Kampf für eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus (Münster/NewYork 1989) 8.

[84] Georg OTTO: ohne Titel, in: INWO (Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung), (Frankfurt 1999), <http://www.subventionsberater.de/marktlex/gesell.html> [online 22. Juli 2001], 4 Seiten, 2.

wicklung des Preisindex erreicht werden. Wenn also die Preise steigen, würde die Geldmenge verkleinert werden, wenn die Preise fallen würde sie vergrößert. Dadurch würde die Kaufkraft stabil bleiben, so die Überlegung.

3.3 Praktische Umsetzung der Freiwirtschaftstheorie

Bereits 1926 gab es Vorbereitungen von Deutschen Freiwirten, ein umlaufgesichertes Geld im Sinne Gesells zu schaffen. Im Oktober 1929 wurde dann in Erfurt die Wära-Tauschgesellschaft gegründet. Sie hatte das Ziel, neben der deflationären Reichsmark einen zweiten Geldkreislauf zu installieren. Die Hilfswährung "Wära"^[85] sollte die Probleme, die sich in der deutschen Wirtschaft durch Kreditbeschränkung und Geldknappheit ergeben hatten, mildern helfen. Wie bei Gesell vorgesehen waren die Wära-Geldscheine einem Umlaufzwang unterworfen. Jeden Monat musste der Geldbesitzer den Nennwertverlust mittels Aufkleben einer Marke im Wert von ein Prozent des Nennwerts auf den Wära-Schein ausgleichen. Nach Ablauf eines Jahres, wenn alle zwölf Felder beklebt waren, wurden die alten Wära-Scheine gegen neue umgetauscht. Der Wertverlust betrug also jährlich zwölf Prozent des Nennwertes. Es gab nur zwei Möglichkeiten, um den Schwund zu entgehen: Rasches Umsetzen des Geldes oder Sparen ohne Gewinn durch Hinterlegung bei einer der rund fünfzehn Geschäftsstellen der Tauschgesellschaft. Nachdem aufgrund der allgemeinen Deflationspolitik von den Banken kaum Kreditkapital zu bekommen war und die Wirtschaft Geld dringend benötigte, griff die Wära-Idee schnell um sich. Nach zwei Jahren gehörten bereits mehr als 100 Unternehmen in Deutschland dem Tauschverband an. Sie führten das Hinweisschild "**Hier wird Wära angenommen**". Zum Teil bezahlten die Unternehmen auch ihre Beschäftigten in Wära, sodass neben der Reichsmark ein kleiner separater Geldkreislauf zu entstehen begann.^[86]

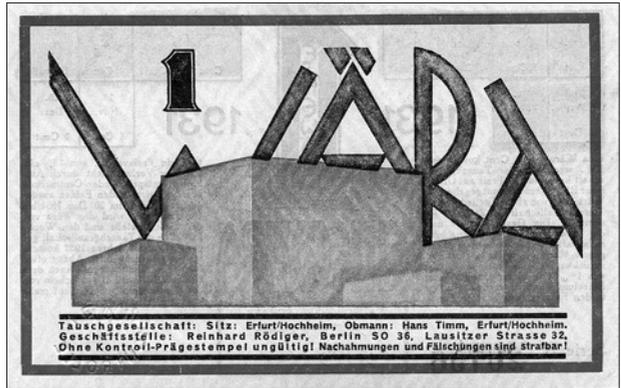
Das Bekanntwerden des Wära-Projekts in **Schwanenkirchen**^[87] im Bayerischen Wald rückte die "Wära" zusätzlich ins Lichte der Öffentlichkeit. Dort war 1927 das Braunkohlebergwerk stillgelegt worden, andere Betriebe entließen ebenso Arbeiter, der Konsum ging zurück. Die Region litt massiv unter der Unterbeschäftigung und deren Auswirkungen auf die lokale Wirtschaft. Der Bergwerksingenieur Max Hebecker kaufte das stillgelegte Bergwerk, bekam aber von den Banken nicht den nötigen Kredit für eine Wiederaufnahme der Produktion. Er wandte sich an die Wära-Tauschgesellschaft, die ihm die erforderlichen Mittel (in Wära und Reichsmark) verschaffte.

[85] "Wära" ist ein Hybrid aus den Worten "Währung" und "Ware".

[86] SCHIEFER: Freigeldreform, 59.

[87] Ortschaft in Niederbayern mit damals ca. 500 Einwohnern.

Deutscher
Wära-Schein,
Vorderseite.



Deutscher
Wära-Schein,
Rückseite.

So konnte Hebecker das Bergwerk wieder in Betrieb setzen und stellte etwa 45 Bergleute ein, deren Löhne zum Großteil in Wära ausbezahlt wurden. Anfangs waren die örtlichen Geschäftsinhaber nicht zur Annahme der Wära-Scheine bereit. Deshalb bestellte Hebecker verschiedene Waren des täglichen Bedarfs von mitteldeutschen Mitgliedsfirmen der Wära-Tauschgesellschaft und ließ sie in der Werkskantine gegen Wära an seine Arbeiter verkaufen. Als die lokalen Geschäftsleute merkten, dass ihnen dadurch Kundenschaft entging, erklärten sie sich nach und nach zur Annahme von Wära-Scheinen bereit. So kam die lokale Wirtschaft in Schwanenkirchen und Umgebung langsam wieder in Gang.^[88] Doch Hebecker hatte die Kosten der Wiederinbetriebnahme des Bergwerks zu niedrig angesetzt, was die Wära-Gesellschaft mit immer höheren Geldforderungen konfrontierte. Das Ausgreifen der Aktion führte zunehmend zu einem Konflikt mit der Reichsbank. 1931 erließ der deutsche Finanzminister Dietrich im Rahmen der Brüning-

[88] Werner ONKEN: Modellversuche mit sozialpflichtigen Boden und Geld (Lütjenburg, 1997).

schen Notverordnungen das Verbot der Herstellung, Ausgabe und Benützung allen Notgeldes. Von dem Verbot waren auch die Wära-Scheine betroffen.^[89] Die Tauschgesellschaft löste sich auf und Ende 1931 musste Ing. Hebecker das Bergwerk in Schwanenkirchen schließen.

Bgm. Unterguggenberger gab in einem Interview an, dass ihm die "Wära-Aktion" in Deutschland Vorbild für die Freigeld-Aktion in Wörgl gewesen sei.^[90] Er hatte über die Aktion aus der Presse erfahren und sich mit Max Hebecker in Briefverbindung gesetzt.^[91] Über Pfingsten 1931 fuhr er gemeinsam mit zwei Innsbrucker Freiwirten nach Schwanenkirchen, um vor Ort Informationen zu sammeln, die ihm bei der Durchführung seiner Aktion helfen würden.^[92] Seit 1917 hatte sich Unterguggenberger mit der Freiwirtschaft beschäftigt. Der Besuch in Schwanenkirchen zeigte ihm, dass sich die Theorie auch praktisch umsetzen ließ. Er beschloss, dies auch in Wörgl zu versuchen.

[89] SCHIEFER: Freigeldreform, 60.

[90] 8 Uhr Blatt der Neuen Zeitung: Wien, 31. Mai 1933.

[91] ONKEN: Ein vergessenes Kapitel, 8.

[92] NACHRUF auf Michael Unterguggenberger, 1.

4 Chronologie eines Experiments

4.1 VORLAUF

4.1.1 Propagierung der Idee

Eigenes Gemeindegeld herauszugeben, war eine einschneidende Maßnahme, die gut vorbereitet werden musste. Die Bevölkerung, die Ortswirtschaft und die politischen Entscheidungsträger mussten gewonnen werden. Dazu bedurfte es vor allem des persönlichen Kontakts. Bgm. Unterguggenberger war sich dessen bewusst und ging entsprechend vor.

4.1.1.1 Politische Umsetzung

Unterguggenberger hatte im Gemeinderat 12 Parteigegner^[93] und 12 Parteigenossen. Er wollte alle 24 von seinem Plan überzeugen. Dies tat er durch eine Reihe von Einzelgesprächen und das Gewinnen der Meinungsträger. Zu diesen gehörte der Ortspfarrer Matthias **Riedelsberger**, der einer der beiden Treuhänder der Aktion wurde. Er sagte später: "*Ich bin gerne mit dem sozialdemokratischen Bürgermeister zusammengegangen – denn wo eine gute Sache zum Nutzen der Bevölkerung durchgeführt werden soll, darf ein anständiger Mensch keine Parteirücksichten gelten lassen*".^[94] Der zweite Treuhänder der Aktion war der Apotheker und Leiter der Heimwehrortsgruppe Dr. Georg **Stawa**. Stawa war auch Heimwehrführer des Bezirks Kufstein und Vizebürgermeister von Wörgl. Als ehemaliger Oberfinanzrat in Wien übernahm er zunächst den rechtlichen Teil der Aktion. Weiters unterhielt er gute Beziehungen zu vielen bürgerlichen Landespolitikern. Der Redakteur der Wiener Morgenpost zitiert Stawa im Mai 1933: "*Schließlich ist das Experiment von internationalem Interesse – Österreich wird sich den Dank der Nationalökonomien der ganzen Welt erobern, wenn wir hier endlich zu klaren Resultaten kommen*".^[95] Die beiden Treuhänder waren strategisch gut gewählt, sie galten in der Gemeinde als zuverlässig und besonnen und hatten großen Einfluss auf die Meinungsbildung in der Gemeinde.^[96]

Zurück ins Jahr 1932. Unterguggenberger hielt im Vorfeld der Gemeinderatssitzung viele Treffen mit Kaufleuten, Arbeitern und Gewerbetreibenden ab, um seine Pläne darzulegen. Als nächster Schritt musste der Plan vom Wohlfahrtsausschuss genehmigt werden, was nach "längerer Debatte" am 5.

[93] Die 12 bürgerlichen Mandate verteilten sich auf 6 bürgerliche Parteien, die sich zu einer gemeinsamen Liste zusammengeschlossen hatten.

[94] Zitiert nach: MORGENPOST: Wien, am 20. Mai 1933.

[95] Zitiert nach: MORGENPOST: Wien, am 20. Mai 1933.

[96] ROHRBACH: Freigeld, 62.

Juli 1932 einstimmig geschah. Am 8. Juli 1932 kam der Plan im Gemeinderat zur Abstimmung. Der bürgerliche Block brachte einige ergänzender Anträge zu den geplanten Notstandsarbeiten und Bedingungen zur Absicherung der Unternehmen ein. Nach Aufnahme der Anträge wurde der Plan auch vom Gemeinderat mit den Stimmen aller Parteien genehmigt.^[97] Bei all den politischen Gräben zwischen den Parteien und Weltanschauungen jener Zeit, kann dies als politisches Meisterstück gewertet werden. Unterguggenberger setzte sogleich den Bezirkshauptmann in Kufstein und den Landeshauptmann in Innsbruck Dr. Stumpf von dem Gemeinderatsbeschluss in Kenntnis.^[98] Am 19. August 1932 traf Bgm. Unterguggenberger im Rahmen einer Konferenz zu Währungsfragen in Wien mit dem Unterrichtsminister Anton Rintelen zusammen. Die Wörgler Nachrichten berichteten über das Treffen: ***"Die Ausführungen fanden allgemeines Verständnis und Zustimmung und sagte Minister Rintelen Herrn Bürgermeister Unterguggenberger seine Unterstützung zu und versicherte ihn, dass die Regierung die Aktion der Gemeinde Wörgl nicht stören werde."***^[99]



© Heimatmuseum Wörgl

Bgm. Unterguggenberger und die Treuhänder der Aktion

Unterguggenberger (zweiter von links) mit den beiden Treuhändern Dr. Stawa (ganz links) und Pfarrer Riedelsberger (ganz rechts). Mit im Bild Gemeindesekretär Winkler (zweiter von rechts).

[97] ROHRBACH: Freigeld, 63.

[98] 8 Uhr Blatt der Neuen Zeitung: Wien, 31. Mai 1933.

[99] Wörgler Nachrichten: Kitzbühel, am 28. August 1932, zit. nach: ROHRBACH: Freigeld, 86.

Es gelang Unterguggenberger vier Kaufleute im Ort für das Freigeldexperiment zu gewinnen. Sie erklärten sich bereit, die Arbeitswertbestätigungen (AB-Scheine) an Zahlungsstatt anzunehmen. Dies setzte die anderen Gewerbetreibenden unter Druck, nachzuziehen, wollten sie nicht die Gemeindebediensteten als Kundschaft verlieren.^[100] Schon bald waren in den meisten Geschäftsauslagen Wörgls weiße Tafeln mit der Aufschrift: "**Hier werden Arbeitsbestätigungsscheine der Gemeinde Wörgl in jeder Zahl zum vollen Betrag angenommen**" zu sehen.^[101] Weiters gelang es Unterguggenberger, einige Wiener Großlieferanten dazu zu bewegen, AB-Scheine in Zahlung zu nehmen, was die Akzeptanz des neuen Zahlungsmittels bei den Gewerbetreibenden in Wörgl zusätzlich erhöhte.^[102]

Der Kooperator^[103] von Wörgl, Franz **Wesenauer**, spielte ebenfalls eine wesentliche Rolle bei der Propagierung der Idee. Er entstammte selbst einer Eisenbahnerfamilie aus Vöcklabruck/Oberösterreich und hatte deshalb nicht nur zu den bürgerlich-christlichen sondern auch zu Arbeiterkreisen Zugang. Bevor er nach Wörgl gekommen war, war er Mitglied der Orelbewegung, einer radikalen Gruppe für christliche Sozialreformen geworden. Gemeinsam mit Ferdinand Kircher aus St. Johann in Tirol betrieb er den Verein "Watag" (Warenaustausch-Gesellschaft), der zum Ziel hatte, Kleinkredite zu geringem Zins anzubieten. Er war auch Mitherausgeber der Zeitschrift "Soziale Wende". Zeitschrift und Verein mussten aber bald wegen zu geringer Beteiligung eingestellt werden.^[104] Wesenauer sah seine Rolle bei der Propagierung der Freiwirtschaftsidee in Wörgl wie folgt: "**Unterguggenberger warb bei seinen Anhängern für die Sache und ich bearbeitete die Vertreter der Christlich-sozialen Partei**".^[105]

Um auch bei der Bevölkerung für das größtmögliche Verständnis zu sorgen, ließ Bgm. Unterguggenberger einen neunköpfigen **Aufklärungsdienst** einrichten, dem der Schulleiter, der Altbürgermeister, der Hauptschuldirektor, zwei Abgeordnete, drei Kaufleute und ein Kaffeehausbesitzer angehörten.^[106] Die Freigeld-Aktion bekam von Pfarrer Schlechter aus Westendorf^[107] auch einen patriotisch/religiösen Anstrich verpasst: Er sah darin einen "Befreiungsfunken gegen die Hochfinanz" ähnlich des Tiroler Funken gegen Napoleon Anfang des 19. Jahrhunderts, der genügte "**einen Brand auszulösen**,

[100] Vossische Zeitung: Frankfurt am Main, 24. Mai 1933.

[101] ROHRBACH: Freigeld, 99.

[102] Wörgler Nachrichten: Kitzbühel am 6. August 1932, 2.

[103] Veraltete Form für Diakon, Hilfspfarrer.

[104] HOFMANN: Wesenauer, 83–84.

[105] HOFMANN: Wesenauer, 84.

[106] SCHWARZ: Wörgl, 44.

[107] Nachbargemeinde Wörgls.

der vier Jahre später die zuerst wohl unbesiegbare scheinende Gewalt zerbrach. (...) Bald wird das friedliche, aber wirksame Mittel des mit Hamstersteuer belasteten Geldes seine wirtschaftliche Wunderkraft beweisen, und es wird gesorgt werden, dass die Erkenntnis wie ein Feuerbrand hervorbricht." [108] Somit bekam die Geldrevolution auch "Gottes Segen". [109]

4.1.1.2 Gründung der freiwirtschaftlichen Ortsgruppe Wörgl

Am 24. November 1932 wurde im Gasthaus Neue Post die Ortsgruppe Wörgl des österreichischen Freiwirtschaftsverbandes als Verein gegründet. Die Satzung gibt als Vereinsziel eine Wirtschaftsordnung an, **"in der das Recht auf den vollen Arbeitsertrag verwirklicht und alle wirtschaftliche Unfreiheit beseitigt ist"**. Weiters wollte der Verein die Einführung der Freiwirtschaft in Österreich unter **"Ablehnung jedweder Gewaltmaßnahmen"** vorbereiten. [110] Als Obmann fungierte Michael Unterguggenberger, Obmannstellvertreter war Kooperator Franz Wesenauer, Schriftleiter wurde Hanns Burgstaller (der Redakteur der Wörgler Nachrichten). Somit entstand in Wörgl nach Wien und Innsbruck die dritte freiwirtschaftliche Ortsgruppe. Das Politische Programm der freiwirtschaftlichen Ortsgruppe Wörgl findet sich im Anhang dieser Arbeit (siehe Anhang "Unterguggenbergers Programm"). Das genaue Auflösungsdatum des Vereins ist nicht bekannt, dürfte aber in das Jahr des Anschlusses Österreichs an das Deutsche Reich 1938 fallen, denn die Nationalsozialisten hatten zu dem Zeitpunkt bereits alle freiwirtschaftlichen Gruppen im Deutschen Reich aufgelöst.

4.1.1.3 Die Wörgler Nachrichten

Bei der Verbreitung des Nothilfe-Programms bei der Wörgler Bevölkerung spielten die Wörgler Nachrichten (WN) eine besondere Rolle. Dieses Medium setzte es sich zum Ziel, ein "Blatt für alle" zu sein und nicht zur Weltanschauungspresse zu zählen, wie etwa das zweite Regionalblatt, das katholische "Unterland". [111] Dies war in Zeiten, als fast alle Lebensbereiche ("von der Wiege bis zur Bahre") politisiert waren, eine mutige Vision. Im Editorial der ersten Ausgabe, die am 16. Juli 1932 erschien, nannten die Herausgeber ihre weiteren Ziele: Sie wollten zum "wirtschaftlichen Aufbau" beitragen und der Bevölkerung am Weg dorthin ein "Führer sein". Die WN sahen sich als ein "Volks- und Heimatblatt", eine "Interessensvertretung für den einzel-

[108] Zit. nach: Silvio UNTERGUGGENBERGER: Freigeldexperiment, 271 – 272.

[109] WENDEL: Wörgler Schwundgeldexperiment, 6.

[110] SATZUNGEN der Freiwirtschaftsgruppe Wörgl, 4 Seiten, 1.

[111] Wörgler Nachrichten: Kitzbühel, am 16. Juli 1932.



Die Freiwirtschaftsgruppe Wörgl

mit Bgm. Unterguggenberger (2. v. l. sitzend) seiner Frau Rosa (links von ihm) sowie Hans Burgstaller (rechts stehend).

nen" und als "unparteiisch und unbeeinflusst", so schrieben die Herausgeber. Das Blatt erschien jeden Samstag in Kitzbühel.

Der Herausgeber der WN Hans Burgstaller war ein wichtiger Träger der Wörgler Nothilfe-Aktion. Er bot Bgm. Unterguggenberger das Medium, über das er sein Programm publik machen und die Bevölkerung über die gemachten Fortschritte und erlittenen Rückschläge informieren konnte. Burgstaller bekleidete das Amt des Schriftführers in der freiwirtschaftlichen Ortsgruppe Wörgl. Er war auch Mitverfasser der Broschüre "**Die Rettung Österreichs. Das Wörgler Beispiel**", welche das Wörgler Freigeldexperiment als "**klaren Wegweiser zur wirtschaftlichen Rettung Österreichs**" pries.^[112] Burgstaller unterstützte zwar aktiv die Idee des sozialdemokratischen Bürgermeisters, zählte aber selbst zum christlich-sozialen Lager. Nach dem Zweiten Weltkrieg gründete er das Regionalblatt "Sonntagspost".

[112] Hans BURGSTALLER, H. K. SONDEREGGER: Die Rettung Österreichs – Das Wörgler Beispiel (=Aufwärts-Schriften 1) (Kitzbühel 1933) 55.

4.1.2 Das Programm

Bgm. Unterguggenberger hielt während der Sitzung des Wohlfahrtsausschusses am 5. Juli 1932, an deren Ende die Durchführung der Aktion einstimmig beschlossen werden sollte, folgende Rede, in der er seinen Plan darlegte:

"Langsamer Geldumlauf ist die Hauptursache der bestehenden Wirtschaftslähmung. Das Geld als Tauschmittel entgleitet immer mehr den Händen der schaffenden Menschen. Es versickert in den Zinskanälen und sammelt sich in den Händen weniger Menschen, die das Geld nicht mehr dem Warenmarkt zuführen, sondern als Spekulationsmittel zurückhalten.

Da das Geld ein unentbehrliches Rad in der Produktionsmaschine ist, bedeutet die Ansammlung von großen Summen in wenigen Händen eine ungeheure Gefahr für den ungestörten Produktionsbetrieb. Jede Geldstauung bewirkt Warenstauung und Arbeitslosigkeit. Unsicherheit in den Wirtschaftsverhältnissen macht den Geldbesitzer ängstlich, er gibt das Geld nicht mehr oder sehr ungern aus der Hand, er misstraut jeder Geldanlage. Der Geldumlauf wird so verlangsamt, der Gesamtumsatz an Ware und Leistungen schrumpft ein und der Lebensraum der Menschen im Wirtschaftsgetriebe schwindet. Bleibt es in der bestehenden Form, so lähmt es die Ernährung des Volkes, Friede und Wohlstand werden zerstört. Ganze Völker und Staaten werden dadurch vom Untergang bedroht. Da von hier aus die Welt nicht befreit werden kann, wollen wir wenigstens ein Zeichen geben.

Das träge und langsam umlaufende Geld der Nationalbank muß im Bereich der Gemeinde Wörgl durch ein Umlaufmittel ersetzt werden, welches seiner Bestimmung als Tauschmittel besser nachkommen wird als das übliche Geld. Es sollen Arbeitsbestätigungen in drei Nennwerten zu 1, 5 und 10 Schilling ausgegeben und in Umlauf gesetzt werden. Die Gemeinde wird das tun und die Privaten sollen gewonnen werden, die Arbeitsbestätigungen zum vollen Nennwert zu kaufen und in Zukunft möglichst alle Zahlungen in der Gemeinde damit zu leisten. Um das wirtschaftliche Leben in der Gemeinde wieder aufwärts zu bringen, sollen auch nach einem noch zu bestimmenden und aufzustellenden Plane öffentliche Arbeiten damit durchgeführt und bezahlt werden." ^[113]

Am Ende der Sitzung des Wohlfahrtssauschusses wurden einstimmig die folgenden 9 Punkte für die Durchführung der Nothilfe-Aktion beschlossen:

1. "Alle zur Krisenabwehr bereiten Frauen und Männer von Wörgl treten hiemit zur Nothilfe Wörgl zusammen.

[113] Zitiert nach: Wörgler Rundschau: o.O. 20. Dezember 1995.

Unterguggenbergers Programm

- gegen die Vernichtung des geistig und wirtschaftlich selbständigen
Für eine bodenständige Politik zur Mehrung der Volks- (Menschen-
gewalt, des Volksvermögens, der Volksgesundheit und der Volks-
bindung.
- Gegen jede Form eines kollektivistischen Obrkeitsstaates
für einen freien ~~Verkehr~~ sozialen Volksstaat auf der Grundlage
von Eigentum und Selbstverwaltung,
gegen die Wahl von unverantwortlichen Parteileuten eines formal-
demokratischen Parlamentarismus
für die Wahl von Persönlichkeiten im Rahmen kleiner Wahlkreise,
Gegen jegliche Zerstörung der bestehenden Selbstverwaltung durch
Eingriffe von oben.
- für die Verlegung des Schwergewichtes der unmittelbaren politischen
Betätigung des Volkes in die Gemeinden, Bezirke und Länder.
- gegen Kommunismus und Faschismus und seine utopischen Wirtschafts-
formen, seinen Staatskapitalismus, seine Bürokratie, seine wirt-
schaftliche Unfreiheit,
- für Verwirklichung des Rechtes auf den vollen Arbeitsertrag durch
Beseitigung der Ausbeutung durch Zins, Grundrente und Spekula-
tionsgewinne.
- Gegen den kapitalistischen Liberalismus, der nur die Freiheit der
Starken, der Truste, Kartelle, Grossgrundbesitzer und Grossbanken
ist,
- für Privatwirtschaft, Freihandel, sofortige Ankurbelung der Produk-
tion und eine aktive Währungspolitik, die die Stabilisierung
der Durchschnittspreise (Index) aller Waren garantiert.
- Gegen alle staatspolitischen Befugnisse religiöser und weltanschau-
licher Gesellschaften, gegen die völkerverderbende Ueberwertung
des nationalen Bekenntnisses,
- für die Freiheit aller religiösen, weltanschaulichen und nationalen
Anschauungen,
- gegen politische Bündnisse,
- Für Wirtschaftsbündnisse unter gleichzeitigem Abbau der Zollgrenzen.

S. T. 34

M. G. G.

2. Diese wird vom Wohlfahrtsausschuß durchgeführt und von der Gemeinde beaufsichtigt. In Durchführung der Nothilfe gibt der Wohlfahrtsausschuß Arbeitsbestätigungen heraus, die von den Teilnehmern an Zahlungsstatt gegeben und genommen werden.
3. Als Teilnehmer gilt, wer Arbeitsbestätigungen an Zahlungsstatt gibt und annimmt.
4. Die Arbeitsbestätigungen werden von der Gemeinde in Verwahrung genommen, woselbst sie in den Amtsstunden zum vollen Nennwert gekauft und gegen Rücklaß von 2% des Nennwerts (des Arbeitsbeschaffungsbeitrages) jederzeit rückverkauft werden können. Außerdem sind die Arbeitsbestätigungen auch beim Spar- und Darlehenskassenverein Wörgl jederzeit käuflich und verkäuflich.

5. Vom Wohlfahrtsauschuß und vom Gemeinderate wird je eine Vertrauensperson bestimmt, die gemeinsam mit dem Bürgermeister die Nothilfe leiten.

6. Die Auflage der Arbeitsbestätigungen wird dem jeweiligen Bedarfe angepasst. Erstmalg besteht diese aus drei Nennwerten zu 1,5 und 10 Schillingen Arbeitswert, wovon je 2000 Stück im Gesamtnominale von 32.000 Schilling aufgelegt werden

7. Die einzelnen Stücke tragen die Farben: 1 Schilling gelb, 5 Schilling blau, 10 Schilling rot. Jedes Stück erhält vom Bürgermeisteramt einen Kontroll-Prägestempel, ohne welchen kein Stück in Verkehr gesetzt werden darf. Stücke, die den Prägestempel nicht tragen, sind ungültig.

8. Die Arbeitsbestätigungen werden mit einer Notabgabe von monatlich 1 % des Nennwertes belastet, die der jeweilige Besitzer durch Aufkleben einer entsprechenden Klebemarke zu Monatsbeginn zu tragen hat. Scheine, die bei Weitergabe die Notabgabemarken nicht voll tragen, werden nur um den, den fehlenden Notabgabemarken entsprechend gekürzten Betrag in Zahlung genommen.

9. Die Teilnahme an der Nothilfe Wörgl ist freiwillig." ^[114]

Am 8. Juli wurde das Programm auch dem Gemeinderat zur Abstimmung vorgelegt und ebenfalls einstimmig beschlossen. Als Treuhänder der Aktion wurden Ortpfarrer Matthias Riedelsberger und Gemeinderat Dr. Georg Stawa bestellt.

Bgm. Unterguggenberger und die freiwirtschaftliche Ortsgruppe Wörgl machten sich auch zur generellen Gesellschaftsform in Österreich und über nötige Wirtschaftsreformen auf nationaler Ebene Gedanken und erstellten einen 12-Punkte "Vorschlag zur Aufrichtung der österreichischen Volkswirtschaft", der im Anhang abgedruckt ist.

[114] SCHWARZ: Wörgl, 41-42.

4.2 ABLAUF

4.2.1 Technische Umsetzung

Der Schwund der Arbeitswertbestätigungen (AB-Scheine) betrug also wie bei den Wära-Scheinen pro Jahr 12 Prozent und somit mehr als doppelt soviel, wie von Gesell ursprünglich vorgeschlagen. Zu Ende jeden Jahres mussten die Scheine gegen neue getauscht werden. Dies erfolgte ohne Abzug, sofern alle Felder mit Wertmarken beklebt waren. Bei der Gemeinde und der Raiffeisenkasse konnten AB-Scheine auch jederzeit in normale Schillinge umgetauscht werden, jedoch gegen einen Abzug von zwei Prozent, die dem Armenfonds zugeführt wurden. Die Ausgabe funktionierte so, dass der Wohlfahrtsausschuß die AB-Scheine gegen Schilling an die Gemeinde verkaufte, welche sie dann in Umlauf brachte. (siehe Kap. 4.2.1.2 "Kreislauf") Der Erlös aus dem Verkauf der Klebmarken wurde ebenso wie die zweiprozentige Umtauschgebühr als Notabgabe an den Armenfonds weitergeleitet.

Arbeitswert-
bestätigung,
Vorder- und
...



... Rückseite



Zur besseren Nachvollziehbarkeit des AB-Umlaufs wurden die AB-Scheine, die bei der Gemeinde einliefen, mit Zeichen versehen, sodass genau beobachtet werden konnte, wann dieselben Arbeitsbestätigungen wieder bei der Gemeinde einliefen. ^[115]

4.2.1.1 Deckung

Um das Risiko für die Teilnehmer an der Aktion so gering wie möglich zu halten, wurde bei der örtlichen Raiffeisenkasse ein Deckungskonto eingerichtet, wo entsprechend der Ausgabe von Freigeld, der gleiche Betrag in Schilling einbezahlt wurde. Die Deckung sollte 100 % betragen, weshalb die beiden Treuhänder Freigeld nur gegen denselben Betrag an Schillingen an die Gemeinde verkauften. Die Einnahmen zahlten sie dann auf das Deckungskonto ein. Die Raiffeisenkasse unter Direktor Steinbacher verrechnete für ihre Leistungen rund um die Abrechnung der Arbeitswert-scheine und die Führung des Deckungsdepots keine Gebühren. Der gesamte Gewinn floss der Nothilfe-Aktion zu. Die Eingänge auf das Deckungskonto verlieh die Bank an vertrauenswürdige Grossisten zu einem Zinsfuß von sechs Prozent weiter. Demnach lag Bgm. Unterguggenberger nicht richtig, als er im Oktober 1932 schrieb: ***"Durch die Ausgabe von A.B. ist zunächst keine Vermehrung der Zahlungsmittel eingetreten, denn es wurde der aus dem Verkaufe derselben erzielte Geldbetrag durch Anlage eines Depots dem Verkehre entzogen"***. ^[116]



Der Direktor der Sparkasse Wörgl Georg Steinbacher beim Einlösen von Arbeitswert-scheinen

[115] 8 Uhr Blatt der Neuen Zeitung: Wien, am 31. Mai 1933.

[116] Michael UNTERGUGGENBERGER: Nothilfe Wörgl 1932. Nur Kurzbericht, Wörgl am 15. Oktober 1932, 2 Seiten, 2.

4.2.1.2 Kreislauf

Der Wohlfahrtsausschuss ließ Ende Juli bei einer Wiener Druckerei AB-Scheine zu einem Nennwert von ATS 32.000,- drucken. Der Freigeldkreislauf wurde mit dem ersten Ankauf von AB-Scheinen im Wert von ATS 1.800,- durch die Gemeinde beim Wohlfahrtsausschuss am 31. Juli 1932 in Gang gesetzt. Die Gemeinde bezahlte die Gehälter und Löhne ihrer Angestellten und Arbeiter anfangs zu 50 Prozent und später zu 75 Prozent in AB-Scheinen aus. Die Empfänger hatten sich damit freiwillig einverstanden erklärt. Die Teilnehmer des Arbeitsbeschaffungsprogramms (siehe Kap. 4.2.2 "Das Arbeitsbeschaffungsprogramm") erhielten 100% ihrer Lohnsumme in AB-Scheinen.^[117]

Das Freigeld wurde von allen Gewerbetreibenden im Ort angenommen. Die Bürger konnten damit auch alle Gemeindesteuern^[118], Licht-, Wasser- und Kanalgebühren, sowie Mietzahlungen leisten. Landes- und Bundessteuern konnten damit nicht beglichen werden. Weiters wurde das Freigeld von Post und Bundesbahn nicht angenommen. Das ausgegebene Freigeld lief schon bald wieder in die Gemeindekasse zurück, weil die Bevölkerung es auch dazu verwendete, die aktuellen Steuern und ihre Steuerrückstände zu begleichen. Vereinzelt wurden von den Bürgern sogar Steuervorauszahlungen geleistet, um der einprozentigen Entwertung am Monatsanfang zu entgehen.^[119] Die Gemeinde ihrerseits bezahlte Schuldenbeträge innerhalb der Gemeinde und ihre Bediensteten in AB-Scheinen. Der Kreislauf beschränkte sich aber nicht auf Steuerzahler zu Gemeinde und zurück, sondern spielte sich zwischen Kaufleuten – Großhändlern – Bauern – Handwerkern – Arbeitern und Angestellten ab (siehe Abbildung auf der nächsten Seite).

Das Freigeld besaß eine derart hohe Umlaufgeschwindigkeit, dass es nicht erforderlich war, mehr als ATS 12.600,- in Umlauf zu setzen. Im Schnitt waren AB-Scheine im Wert von ATS 5.490,- in Umlauf. Auf jeden Bürger entfielen somit nur ATS 1,3 in Freigeld, während die Österreichische Nationalbank ATS 158,76 pro Staatsbürger in Umlauf hatte^[120]. Die AB-Scheine durchliefen jährlich durchschnittlich 36,43 mal die Gemeindekasse. Jeder offizielle Schilling sorgte in den 13,5 Monaten des Experiments für den Absatz von Waren in Wert von ATS 8,55 während ein Schilling in Freigeld jährlich ATS 73,- an Sozialproduktzuwachs schuf.^[121]

[117] MURALT: Wörgler Versuch, 277–278.

[118] Vergnügungssteuer, Grundsteuer, Zuschläge zu Landes-, Grund- und Gebäudesteuer, Plakatsteuer. Silvio UNTERGUGGENBERGER: Der Schwundgeldversuch von Wörgl (Dipl.-Arb. Wien 1957), 39.

[119] ONKEN: Ein vergessenes Kapitel der Wirtschaftsgeschichte, 9.

[120] Die Rede ist von der Geldmenge M1 = Münzen und Banknoten plus Giralgelder.

[121] WENDEL: Gesellschaftspolitische Bedeutung, 47–49.

4.2.2 Das Arbeitsbeschaffungsprogramm

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm war neben der Ausgabe von Freigeld die zweite Komponente der Wörgler Nothilfe-Aktion. Das Programm zielte nicht darauf ab, ein kommunales Unterstützungssystem zu installieren, sondern neue, zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen. Unterguggenberger: ***"Das Ziel ist, von der Gemeinde ausgehend, die wertschaffende Kraft der Arbeit wieder mobil zu machen, dem Arbeiter seinen Ehrenplatz wieder zu geben d. h. aus einem Unterstützungsempfänger wieder einen Verdiener zu machen"***.^[123]

Mit Hilfe der einlaufenden Steuerrückstände, der Zuschüsse aus der Arbeitslosenfürsorge und eines vom Land Tirol gewährten Kredits von ATS 12.000,- war es möglich, im Rahmen der Nothilfe-Aktion das Arbeitsbeschaffungsprogramm durchzuführen. Schon im Juli 1932 wurde mit den ersten Arbeiten begonnen. Sie umfassten die Kanalisierung einiger Gemeindestraßen, Straßenausbesserungsarbeiten, Asphaltierungsarbeiten und die Errichtung eines Wasserbassins für Feuerlöschreserven.^[124] Dieses erste Bauprogramm dauerte bis zum 29. Oktober 1932. In der zweiten Phase wurden ebenfalls Asphaltierungsarbeiten sowie Rohr- und Randsteinverlegungen durchgeführt. Weiters wurde im Norden Wörgls eine neue Schisprungsschanze angelegt. Die Gemeindemühle wurde mit einem Holzhaus versehen und ein Waschhaus errichtet. Im Rahmen des Programms wurde auch eine Notstandsküche eingerichtet sowie der Bahnhofsvorplatz neu gestaltet (Licht- und Parkanlagen).^[125] Die Gesamtausgaben des Arbeitsbeschaffungsprogramms für das Jahr 1932 beliefen sich auf ca. ATS 100.000,-. Die Lohnzahlungen für die Arbeiten im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms erfolgte ausschließlich in AB-Scheinen.

Im März 1933 wurde mit dem dritten Arbeitsprogramm begonnen. Im Zuge dessen wurde im Süden der Stadt, an der Wildschönauer Straße, eine Eisenbetonbrücke gebaut, die mit einer Gedenktafel versehen wurde. Die Tafel trug die Inschrift "Erbaut mit Freigeld im Jahr 1933" und ist heute im Heimatmuseum Wörgl zu besichtigen. Auch in den Aufbau des Tourismus wurde investiert: Ein neuer, rund zwei Kilometer langer Weg vom Anlauf der neuen Sprungsschanze bis zum Eisstein-Gipfel, ein Jägerstein-Rodelweg, ein Weg zu den Lehner-Wasserfällen sowie ein Weg in die bislang unzugängliche Aubachklamm wurden angelegt. Sprengarbeiten mussten durchgeführt und Brücken gebaut werden. Entlang der Wege wurden 120 Sitzbänke

[123] UNTERGUGGENBERGER: Nothilfe, 1.

[124] UNTERGUGGENBERGER: Schwundgeldversuch, 41.

[125] BURGSTALLER: Rettung Österreichs, 51-52.

errichtet. Durch die mit 1. Juni 1933 einsetzende 1000 Mark-Sperre und das Ausbleiben deutscher Urlauber blieb der wirtschaftliche Erfolg der Investitionen aber vorerst aus.^[126] Die Kosten für das Arbeitsbeschaffungsprogramm im Jahr 1933 beliefen sich auf ca. ATS 80.000,-.^[127] Bgm. Unterguggenberger hatte auch Pläne, die stillgelegte örtliche Zellulosefabrik mit Hilfe von A.B.-Scheinen wieder in Betrieb zu setzen. Er trat dazu in Kontakt mit den französischen Eigentümern, die dem Plan positiv gegenüberstanden. Das Verbot des Freigelds vereitelte die Umsetzung des Plans.^[128]

4.2.3 Akzeptanz bei der Bevölkerung

Wie wurde das Freigeld von der Bevölkerung aufgenommen? Nur wenige Einwohner von Wörgl waren mit der Freiwirtschaftslehre von Silvio Gesell vertraut. So wurde dem neuen Zahlungsmittel auch zunächst mit Misstrauen begegnet. Dieses wurde mit Hilfe von Unterguggenbergers Überzeugungsarbeit und der Unterstützung aus allen politischen Lagern im Gemeinderat aber schnell abgebaut. Schon bald überwog das Empfinden, dass es sich um ein brauchbares Mittel zur Steuerung der Notlage handelte. Laut Silvio Unterguggenberger wurde während des Verlaufes der Notstandsaktion kein Fall einer Annahmeverweigerung bekannt.^[129] Claude Bourdet, der Wörgl im Sommer 1933 besuchte, schrieb über die Akzeptanz des Freigelds bei der Bevölkerung: ***"Die Arbeiter (...) sind samt und sonders fanatische Freigeldler. Ich bin in den Läden gewesen: überall nimmt man die Arbeits-Bestätigungsscheine zum gleichen Wert an wie das offizielle Geld. Die Preise sind nicht gestiegen."*** Die allgemeine Stimmungslage beschreibend, fügte er hinzu: ***"... man ist begeistert über das Experiment, und man beklagt sich bitter, dass die Nationalbank neue Notenausgaben hintertreibt."***^[130]

Der Schweizer Stadt- und Kantonsrat Fritz Pfister aus Bern machte in Wörgl eine Umfrage bei der er der Frage nach der Akzeptanz des Freigeldes bei der Bevölkerung nachging. Er fragte quer durch alle Berufsgruppen (Pfarrer, Spengler, Apotheker, Kinobesitzer, Wirt, Polizeiinspektor, Kaufmann, Direktor, Schneider, Verwalter, Präsident des Gewerbeverbandes, Warenhausbesitzer und Bierdepothalter).^[131] Alle Befragten stufte die Aktion als

[126] Bernhard PASTER: Das Experiment von Wörgl, in: Wörgler Rundschau: o.O., am 10. Jänner 1996.

[127] Silvio UTERGUGGENBERGER: Freigeldexperiment, 270.

[128] ROHRBACH: Freigeld, 100.

[129] UTERGUGGENBERGER: Schwundgeldversuch, 47.

[130] Claude BOURDET: Une nouvelle Mecque Economique. Wörgl ou l' "argent fondant", in: L'illustration (Paris, 9. September 1933) 57–59, zitiert nach: SCHWARZ: Wörgl, 53.

[131] Frauen kamen in den Umfragergebnissen nicht zu Wort.

Erfolg ein, befanden, dass sie von der Bevölkerung gut angenommen worden war und sprachen sich für eine Ausweitung der Aktion aus. Als einziger Kritikpunkt wurde angegeben, die Marken sollten besser kleben. Pfister fasste am Ende seine Umfrageergebnisse zusammen: **"Wie man sieht, lehnte in Wörgl niemand diese Aktion ab."** [132]

Alfred Hornung, ein Freiwirtschafts-Kritiker, sah die Situation ein wenig anders: **"Im ganzen gesehen, kann jedoch weder von einer stürmischen Begeisterung der Bevölkerung für das Notgeld noch von einer allgemeinen Ablehnung gesprochen werden."** [133] Im Oktober 1932 zog der Bürgermeister selbst ein erstes Resümee über die Annahme des Experiments bei der Bevölkerung: **"Die Einführung der A.B. in der Gemeinde machte keinerlei Schwierigkeiten. Dieselben werden überall wie Geld in Zahlung genommen, nur mit dem Unterschied, dass Jedermann um die rasche Weitergabe derselben besorgt ist, um die Notabgabe womöglich dem lieben Nächsten aufzuhalsen."** [134]

4.2.4 Nationale und internationale Perzeption und Resonanz

4.2.4.1 Presseberichte

In einer Zeit als viele Regionen Europas und der Welt vor ähnlichen Problemen standen, auf die es scheinbar keine Antworten gab, wurden Nachrichten nach neuen Wegen zur Bewältigung der Krise sehr schnell aufgenommen. Das "Wörgler Experiment" gewann daher sehr schnell internationale Bekanntheit. Die Medien fassten die Neuigkeiten meist positiv, zum Teil sogar überschwänglich auf: So titelte das "12 Uhr Blatt" in Berlin am 18. April 1933: **"Das Geldwunder von Wörgl"**. [135] Die Neue Zeitung in Wien machte aus Bgm. Unterguggenberger den **"Zauberer von Wörgl"** [136] und Claude Bourdet betitelte seinen Aufsatz in der Pariser L'illustration mit **"Ein neues Mekka der Volkswirtschaft"**. [137]

Einige zumeist schweizerische Zeitungen, die der Freiwirtschaftsbewegung kritisch gegenüberstanden, titelten hingegen: **"Der Bluff von Wörgl"** [138] und

[132] Fritz PFISTER: Die Geldreform von Wörgl: Wie sie das Volk beurteilt In: Geld und Arbeit: (133, o.O., 1933). Zitiert nach: SCHWARZ: Wörgl, 54 – 59.

[133] HORNUNG: Ergebnis, 13.

[134] UNTERGUGGENBERGER: Nothilfe, 2.

[135] Das 12 Uhr Blatt: Berlin, am 18. April 1933.

[136] 8 Uhr Blatt der Neuen Zeitung: Wien, am 31. Mai 1933.

[137] BOURDET: Meque Economique 1933.

[138] Arbeiter-Zeitung: Basel, am 30. Oktober 1933.

"Der Schwindel mit dem Wörgler Schwundgeld" ^[139]. Ihre Kritik richtete sich aber nicht primär gegen die Wörgler Aktion selbst, sondern gegen deren propagandistische Ausschlichtung durch die Schweizer freiwirtschaftliche Presse, die in Wörgl alle freiwirtschaftlichen Thesen bewiesen sehen wollte.

Die Vorgänge in Wörgl fanden in der Internationalen Presse ein weites Echo: in Leipzig, Mediasch (heutiges Rumänien), Berlin, Paris, Budapest, Prag, Riga, London, Arad, Basel und Zürich wurden Artikel zum Thema veröffentlicht. Im März 1933 erschien in der US-amerikanischen Wirtschaftszeitung, die in den USA, Australien, Afrika und Asien erschien, ein Artikel über "Mayor Unterguggenberger's Plan" von Hans Cohnsen. Am 9. September 1933 erschien in der Pariser Zeitschrift "L'Illustration" ein vierseitiger Artikel über Wörgl mit dem Titel **"Ein neues Mekka der Volkswirtschaft – Wörgl oder das Schwundgeld"**. ^[140] Darin beschrieb Claude Bourdet die Situation in Wörgl ein Jahr nach Beginn des Versuchs in schillernden Farben. Die Lektüre des Artikels veranlasste Eduard Daladier dazu, Wörgl noch im selben Sommer einen Besuch abzustatten (siehe auch Kap. 4.2.3.4 "Internationaler Besuch"). Gegen Ende der Nothilfe-Aktion stieg das internationale Medieninteresse noch an. So waren bei der Urteilsverkündung des Verwaltungsgerichtshofs am 18. November 1933 Journalisten aus Holland, der Schweiz, England und den Vereinigten Staaten zugegen (siehe dazu Kap. 4.2.5.3 "Verfahren und Urteil").

4.2.4.2 Film und Radio

Die Wörgler Nothilfe-Aktion war so stark öffentlichkeitswirksam, dass der Wiener Regisseur Fritz Weiss den Plan fasste, eine Filmreportage darüber zu drehen. Er trat damit auch an Bgm. Unterguggenberger heran, der den Plan begrüßte. Weiss befürchtete, dass die Regierung, welche die Wörgler Aktion ja bereits verboten hatte, ihm dann die Filmförderung kürzen würde. Deshalb nahm Weiss Kontakt zu ausländischen Geldgebern auf. Der weitere Verlauf des Projekts ist dem Autor nicht bekannt. ^[141]

Am 17. Februar 1933 brachten einige deutsche Radiosender eine Übertragung aus den Vereinigten Staaten mit dem Titel **"Über was man in Amerika spricht!"** ^[142]. Dort führte der Assistent des US-Volkswirtes Irving Fisher von der Universität Yale, Hans Cohnsen, aus, wie es um die Freigeldkampagne

[139] Neue Zürcher Nachrichten: Zürich, am 17. Oktober 1933.

[140] Claude BOURDET: Une nouvelle Mecque Economique. Wörgl ou l' "argent fondant", in: L'Illustration (Paris, 9. September 1933). 57–59.

[141] Fritz WEISS: Brief an Bgm. Michael Unterguggenberger am 22. Mai 1933, 2 Seiten.

[142] Die Sendung war am 20. Jänner 1933 von NBC (National Broadcasting Company) in den USA ausgestrahlt worden.

in den Vereinigten Staaten stand. In den USA wurde Freigeld "stamp scrip" genannt. Cahrssen nahm in dem Interview auch auf Wörgl bezug: *"Sein (Bgm. Unterguggenbergers, Anm. d. A.) Erfolg hat hier in Amerika ganz bedeutendes Interesse geweckt. Alle Versuche, hier datiertes Marken-Notgeld einzuführen, sind im Prinzip eine Nachahmung des Wörgler Beispiels, mit dem Unterschied, dass die Markensteuer in Wörgl ein % im Monat beträgt, während wir hier zwei % pro Woche vorschlagen."* [143] Der Ablauf der US-amerikanischen Freigeldversuche wird im Kapitel 4.3.4 "Internationale Epigonen" genauer behandelt.

4.2.4.3 Anfragen an die Gemeinde Wörgl

Im Gemeindeamt kamen regelmäßig nationale und internationale Anfragen das Freigeldexperiment betreffend an. Die Freiwirtschaftsverbände in anderen Ländern waren besonders an der Entwicklung der Nothilfeaktion interessiert. Briefe aus Riga, Belgrad, Arad, Zürich, Texas, New York, der Türkei und England sowie von Zionisten aus Palästina wurden gewissenhaft vom Bürgermeister beantwortet. [144] Nachdem er aber weder Französisch noch Englisch sprach, musste er dazu einen eigenen Übersetzungsdienst einrichten. Besonders viel brieflichen Austausch gab es zwischen Unterguggenberger und Hans Cahrssen, dem Assistenten des US-amerikanischen Ökonomen Irving Fisher. [145] Dieser Austausch verlief aber nicht nur einseitig, d.h. es war nicht nur Unterguggenberger, der Cahrssen Informationen gab, sondern der Bürgermeister versuchte auch, seine neuen internationalen Kontakte für die Gemeinde zu nutzen. Aus einem Brief von Hans Cahrssen geht hervor, dass Unterguggenberger versuchte, über Cahrssen an der Wall Street einen Kredit für die Gemeinde zu bekommen. Kreditkapital war aber in Österreich wie in den Vereinigten Staaten schwer beizukommen, weshalb ihm Cahrssen ein abschlägiges Schreiben sandte. [146]

4.2.4.4 Verbreitung der Aktion

Die Nachbargemeinden Wörgls waren mit ähnlichen Schwierigkeiten konfrontiert und verfolgten aufmerksam das Fortschreiten der Nothilfe-Aktion. Die Treuhänder der Aktion, Pfarrer Matthias Riedelsberger und der Christ-

[143] Worüber Amerika spricht: Interview von Hans Cahrssen mit der National Broadcasting Company, abgedruckt in: Geld und Arbeit, Bern im Juli 1933.

[144] R. K. LINSKY: Schwundgeld – nichts als Schwund? Erinnerungen an eine Selbsthilfeaktion gegen Arbeitslosigkeit, in: Contraste (31, o.O. 1992).

[145] MURALT: Wörgler Versuch, 284.

[146] Hans COHRSSSEN: Brief an Bgm. Unterguggenberger, New Haven am 22. April 1933.

lich-Soziale Dr. Stawa, schufen das nötige Vertrauen der bürgerlichen Nachbargemeinden, um sich der Aktion anzuschließen: Am 1. Jänner 1933 führte die Gemeinde Kirchbichl mit etwa 3000 Einwohnern ebenfalls Arbeitswertscheine nach Wörgler Vorbild ein. Es wurden die gleichen Scheine wie in Wörgl verwendet, der einzige Unterschied war der Prägestempels des Kirchbichler Bürgermeisters. Die Scheine wurden in beiden Gemeinden akzeptiert. Vier weitere Gemeinden der Umgebung, Hopfengarten-Markt und – Land, Brixen und Westendorf, beschlossen ebenfalls die Ausgabe von Freigeld, wollten aber mit dem Beginn der Aktion abwarten, wie der Rechtsstreit zwischen Wörgl und der Nationalbank enden würde (siehe dazu Kap. 4.2.5 "Ende der Aktion"). Es tauchten auch falsche Arbeitswertscheine auf. Sie wurden aber sehr bald erkannt, weil sie nicht die vorgeschriebenen Prägestempel der Gemeinden Kirchbichl bzw. Wörgl trugen.^[147]

Im Juni 1933 hielt Bgm. Unterguggenberger in Wien einen Vortrag vor 170 österreichischen Bürgermeistern. Dazu berichtete der Wiener Tag am 20. Juni 1933: ***"Die schlichten Worte des Tiroler Bürgermeisters verfehlten ihre Wirkung nicht. Das zeigte die Diskussion. Ein Bürgermeister nach dem anderen stand auf, um zu bekunden, dass er als Ungläubiger nach Wörgl gepilgert und als Paulus zurückgekommen sei. Jeder aber hätte – noch bevor er etwas geplant oder unternommen hätte – von der Bezirkshauptmannschaft die Warnung, die Weisung, das Verbot erhalten, nur ja kein Schwundgeld auszugeben. Der Amtsschimmel galoppierte diesmal unheimlich schnell. In vorgerückter Stunde wurde die Versammlung geschlossen, die bei allen den Eindruck hinterließ: "Es kann die Spur von diesen Wörgler-Tagen nicht in Äonen untergehen." Eine Anzahl der anwesenden Bürgermeister aller Parteien beschloss, sich zum Aktionskomitee zusammenzuschließen, um von der Regierung eine Befugnis zur "Schwundgeldausgabe" zu fordern, falls der Verwaltungsgerichtshof zu einem negativen Entschluss käme"***.^[148]

Die Gemeinden Liezen (Steiermark), Lilienfeld (Niederösterreich) und Rechnitz (Burgenland) gaben ebenfalls Freigeld aus.^[149] Die Gemeinde Lilienfeld trat am 7. Juli 1933 einer Genossenschaft mit dem Namen ***"Selbsthilfefaktion in der Gemeinde Lilienfeld, reg. Ge.m.b.H."*** bei.^[150] Das Ziel der Genossenschaft war es, ***"durch die Schwundeinkaufsbriefe den Warenaustausch unter den Mitgliedern"*** zu beschleunigen. Der Bürgermeister von Lilienfeld wurde zum Obmann der Genossenschaft.^[151] Im September 1933

[147] ROHRBACH: Freigeld, 123.

[148] Wiener Tag: Wien, am 20. Juni 1933.

[149] Albert PICK: Schwundgeld, in: Geldgeschichtliche Nachrichten (o.O.1972) Nr. 29, 104–105, 105.

[150] Staatsarchiv: GZ: 24 5499 – 6/33.

[151] Staatsarchiv: GZ: 24 5499 – 6/33.

wurden ATS 10.000,- in Freigeld ausgegeben, doch wurde das Ersatzgeld nicht als solches gekennzeichnet, um nicht mit der Nationalbank in Konflikt zu geraten, wie es in Wörgl geschehen war. Der Geldersatz wurde stattdessen in Form von "Handelseinkaufsbriefen" organisiert.^[152] Diese Handelseinkaufsbriefe hatten Nennwerte von 1, 5, 10 und 20 Schillingen und unterlagen wie die AB-Scheine in Wörgl einem einprozentigen Schwund pro Monat. Sie waren bei der Gemeindekasse gegen zwei Prozent Abzug jederzeit umtauschbar. Im Gegensatz zu Wörgl war das Deckungskonto für das ausgegebene Freigeld nicht verzinst.^[153] Der Zeitpunkt der Untersagung der Nothilfeaktion von Lilienfeld ist dem Autor nicht bekannt.

Die Gemeinden Imst, Wattens, Schwaz und Liezen begannen ebenfalls mit der Ausgabe von Freigeld. In Imst und Wattens hieß das Notgeld wie in Wörgl Arbeitsbestätigung. Wattens hatte am 23. Juni 1933 und Imst am 24. Juli die Ausgabe von Freigeld im Gemeinderat beschlossen. Die Bezirkshauptmannschaft Imst untersagte bereits am Tag darauf die Aktion.^[154] Die Aktion in Wattens wurde am 15. November per Bescheid der Bezirkshauptmannschaft Innsbruck untersagt.^[155] Auch die Freigeldausgabe in Schwaz/Tirol wurde untersagt. Am 26. August 1933 berichtete das Amt der Tiroler Landesregierung an das Bundeskanzleramt in Wien, dass die Berufung gegen den Bescheid der Bezirkshauptmannschaft abgelehnt worden sei. Die Gemeinde Liezen hatte in ihrer Gemeinderatssitzung am 5. Mai 1933 die Ausgabe von "Anweisungen auf Waren und Leistungen" beschlossen.^[156] Die Anweisungen waren zu 100 Prozent durch Einlagen in der Gemeindekasse gedeckt und wurden mit den Nennwerten ATS 1, ATS 5 und ATS 10 ausgegeben. Die monatliche Entwertung belief sich auf ein Prozent, bei Rücktausch der Anweisungen wurden zwei Prozent des Nennwerts abgezogen. Am 23. August erfolgte die Untersagung durch die Bezirkshauptmannschaft Liezen.

Tabelle 3 (Seite 52) lässt erkennen, dass sich die "Reaktionszeit" der Bezirkshauptmannschaften verkürzte. Waren zwischen dem Gemeinderatsbeschluss in Wörgl und dem Verbot durch die Bezirkshauptmannschaft Kufstein noch sechs Monate vergangen (siehe dazu auch Kap. 4.2.5 "Ende der Aktion"), so untersagte die BH Imst die Notgeldausgabe der Gemeinde Imst bereits am Tag nach dem Gemeinderatsbeschluss.

In Landeck (Tirol), Rottenmann (Steiermark), Arnoldstein, Spittal a. d. Drau (Kärnten), Bad Gastein (Salzburg), Linz und Steyr (Oberösterreich)

[152] FREIWIERSCHAFT, Beilage für die Österreichische Freiwirtschaftsbewegung, 30. September 1933.

[153] Volkszeitung: Innsbruck, am 26. September 1933, Seite 6.

[154] Staatsarchiv: GZ: 184.179 - 6 /1933.

[155] Staatsarchiv: GZ: 212 837 - 6/1933 und GZ: 233 571 - 6/1933.

[156] Staatsarchiv: GZ: 204 392 - 6/1933.

Gemeinde	Gemeinderatsbeschluss	Untersagung durch zuständige Bezirks-hauptmannschaft	Zeit zwischen Gemeinderatsbeschluss und Untersagung
Wörgl	8. Juli 1932	5. Jänner 1933	6 Monate
Kirchbichl	1. Jänner 1933	20. April 1933	4 Monate
Wattens	23. Juni 1933	15. November 1933	4 1/2 Monate
Schwaz	-	-	-
Liezen	5. Mai 1933	23. August 1933	3 1/2 Monate
Lilienfeld	7. Juli 1933	-	-
Imst	24. Juli 1933	25. Juli 1933	1 Tag

Tabelle 3: **Freigeldausgabe in österreichischen Gemeinden 1932/1933.**

planten die Gemeindeverwaltungen, mit der Ausgabe von Freigeld zu beginnen. Sie sahen aber nach dem Verbot der Wörgler Aktion davon ab.^[157] Aufgrund der mangelhaften Quellenlage ist diese Liste vermutlich nicht vollständig.

4.2.4.5 Internationaler Besuch und Freigeldtourismus

Im Sommer 1933 besuchte der französische Ministerpräsident Edouard Daladier Wörgl. Die Lektüre eines Artikels in der Pariser Illustration hatte ihn auf das Wörgler Freigeldexperiment aufmerksam gemacht (siehe Kap. 4.2.3.1. "Medienberichte"). Im April 1935 nahm er in seiner Rede beim Kongress der Radikalsozialisten in Nantes auf seinen Besuch in Wörgl Bezug. Am Ende seiner sehr positiven Schilderung des Wörgler Versuchs zog er den Schluss: **"... und das ist der einzige Schluß, den ich heute aus der Sache ziehe: wir leben in einer Zeit, wo man versuchen muß, der Krise durch Vergrößerung des Geldumlaufs und Verstärkung der Kaufmöglichkeiten der Bevölkerung Herr zu werden."**^[158] Daladier sollte 10 Jahre später unfreiwillig ins Untere Inntal zurückkehren. Von 1943–1945 gehörte er als ehemaliger französischer Ministerpräsident zu der Gruppe von 18 prominenten

[157] Bernhard PASTER: Das Schwundgeld von Wörgl – Versuch einer Deutung aus heutiger Sicht (Dipl.-Arb., Wien 1991), 107.

[158] Eduard DALADIER: Wirtschaftsreform und Freigeld, Abdruck von Daladiers Rede anlässlich dem Kongress der französischen Radikalsozialisten in Nantes 1935, in: Die Freiwirtschaft (Kitzbühel, o. J.) 7–31, 30.

Franzosen, die im Schloss Itter unweit von Wörgl inhaftiert waren. Itter war damals ein Außenlager des Konzentrationslagers Dachau.

Franz Wesenauer schrieb 1991, dass auch der spätere deutsche Wirtschaftsminister Walther Funk, Wörgl besucht hätte.^[159] Durch die breite Öffentlichkeitswirksamkeit der Wörgler Aktion entstand auch eine Art Freigeldtourismus, hauptsächlich bestehend aus Wirtschaftswissenschaftlern^[160], die sich einige Zeit in Wörgl aufhielten, um das Experiment zu studieren. Viele erstanden auch AB-Scheine als Andenken oder zu Sammler- und Dokumentationszwecken. Von Muralt führt an, dass im Sommer 1933 bereits ein Drittel der ausgegebenen AB-Scheine verschwunden bzw. von Liebhabern erstanden worden waren. Dies widersprach zwar dem Grundgedanken des Freigelds (Anti-Hortungs-Gedanke) wurde von der Gemeinde aber dennoch nicht ungern gesehen, weil es für sie einen Reingewinn darstellte.^[161]

Im Mai 1933 reiste Bgm. Unterguggenberger in die Schweiz und hielt in Winterthur einen Vortrag vor einer Zuhörerschaft von "gegen tausend Personen".^[162] Am 3. September desselben Jahres sollte er wieder für eine Vortragsreise in die Schweiz kommen. Doch verbot ihm die Schweizer Bundesanwaltschaft zunächst die Abhaltung der Referate und dann sogar die Einreise in die Schweiz.^[163] Grund für das Einreiseverbot war die Angst der Schweizer Regierung, das Wörgler Beispiel könnte in der Schweiz Nachahmer finden und das Monopol der Schweizer Notenbank untergraben.

4.2.5 Ende der Aktion

4.2.5.1 Untersagung

Bgm. Unterguggenberger hatte unmittelbar nach dem Beschluss des Gemeinderats, die Freigeldaktion zu starten, seine vorgesetzten Behörden davon in Kenntnis gesetzt. Sowohl Bezirkshauptmann Janetschek als auch Landeshauptmann Stumpf wussten Bescheid und hatten keine Einwände.^[164] Schon am 21. Juli 1932, noch vor Anlaufen der Aktion, hatte die Zweiganstalt der Nationalbank in Innsbruck aus einem Zeitungsartikel^[165] erfahren, dass die Gemeinde Wörgl beschlossen hatte, Freigeld auszugeben. Sie meldete dies am Folgetag an das Direktorium in Wien. Dieses leitete die

[159] Franz WESENAUER: Das Experiment von Wörgl, In: Wörgler Rundschau: Wörgl am 19.Mai 1991.

[160] Daher das Schlagwort "Mekka der Volkswirtschaft", mit dem Claude Bourdet Wörgl betitelt – siehe BOURDET: Meque.

[161] MURALT: Wörgler Versuch, 278.

[162] SCHWARZ: Wörgl, 79.

[163] SCHWARZ: Wörgl, 79.

[164] PASTER: Wörgl, 82.

[165] Und zwar aus: Neueste Zeitung: Innsbruck, am 21. Juli 1932.

Angelegenheit an das Bundesministerium für Finanzen weiter, welches noch am selben Tag (den 22. Juli 1932) an den Landeshauptmann von Tirol telegraphierte, er möge diese Ausgabe von Geldzeichen "schleunigst" einstellen und eine "entsprechende" Untersuchung einleiten.^[166] Tags darauf erging ein Schreiben von der Notenbankzentrale in Wien an die Zweiganstalt in Innsbruck, in der ihr angezeigt wurde, dass **"wegen Abstellung dieses Unfugs im Wege der Regierung Veranlassung getroffen worden ist"**.^[167] Die Landesregierung in Tirol gab also der zuständigen Bezirkshauptmannschaft den Auftrag, der Sache nachzugehen.

Am 9. August 1932 erstattete Bezirkshauptmann Janetschek dem Landeshauptmann Bericht: In dem Schreiben nahm er die Nothilfe-Aktion von Wörgl in Schutz: **"Die Bezirkshauptmannschaft vermag in der geplanten Ausgabe von Arbeitsbestätigungen nicht eine Ausgabe von Notgeld zu erblicken, wodurch das Banknotenprivileg der Nationalbank verletzt würde, da es sich nicht um ein allgemein verwendetes Tauschmittel handelt, das von allen Personen der Gemeinde zum Nennwerte angenommen werden muß, sondern eher die Einführung einer Art bargeldlosen Zahlungsverkehres ..."** Die Bezirkshauptmannschaft (BH) sah also mit Bezug auf die zitierte Begründung von einer Untersagung der Aktion ab. Vielmehr bezeichnete der Bezirkshauptmann die Aktion als einen **"anerkennenswerten Versuch"** und empfahl denselben im öffentlichen Interesse zu fördern und den Erfolg abzuwarten. Er berief sich dabei auf die **"außerordentlich schwierigen Verhältnisse, welche die Ausnützung jeder sich bietenden Möglichkeit zur Linderung der Notlage den Behörden zur Pflicht machen"**.^[168] Das Bundeskanzleramt (BKA) teilte diese Meinung nicht und erteilte der Tiroler Landesregierung erneut die Weisung, die Ausgabe von Freigeld in Wörgl auszusetzen. Die Gemeinde Wörgl reagierte aber nicht auf die Weisung und so berichtet die Zweigstelle der Nationalbank in Innsbruck, ein "Vertrauensmann" hätte ihr mitgeteilt, dass das Wörgler Freigeld doch noch im Umlauf sei.^[169]

Erst am 5. Jänner 1933, fünf Monate nach dem Start der Nothilfe-Aktion erging der Untersagungsbescheid durch die BH Kufstein an die Gemeinde Wörgl. Die Bezirkshauptmannschaft Kufstein stützte sich in ihrem Verbotsbescheid auf den Paragraphen 207 der Tiroler Gemeindeordnung, wonach politische Bezirksbehörden berechtigt und verpflichtet waren, Beschlüsse von Gemeinden aufzuheben, die gegen bestehende Gesetze verstießen. Durch die

[166] KERSCHAGL: Brief an Generaldirektor-Stellvertreter Dr. Bartsch, Wien, am 22. Juli 1932.

[167] O.A.: Schreiben von der Notenbank Wien an die Zweigstelle Innsbruck, Wien, am 23. Juli 1933.

[168] JANETSCHEK: Brief an das Amt der Tiroler Landesregierung, Kufstein am 9. August 1932, 2.

[169] Brief der Zweiganstalt Innsbruck an die Nationalbank: Innsbruck, am 27. Oktober 1932.

Ausgabe von AB-Scheinen, die auf Inhaber ausgestellt waren und im Verkehr als Geldzeichen verwendet wurden, hatte die Gemeinde Wörgl gegen den Artikel 122 der Satzung der Österreichischen Notenbank verstoßen. Dieser besagte, dass **"Banknoten oder andere auf den Inhaber lautende Anweisungen oder unverzinsliche Schuldverschreibungen, die im Verkehr als Geldzeichen verwendet werden könnten"** ausschließlich von der Nationalbank ausgegeben werden dürfen.^[170] Die Wörgler Nachrichten titelten daraufhin empört: **"Freie Bürger oder Knechte der Nationalbank? Die Ausgabe der Wörgler Arbeitswertscheine soll untersagt werden! Arbeitsbeschaffung in Österreich gesetzlich untersagt"**.^[171]

4.2.5.2 Berufung

Der Gemeinderat Wörgl beschloss daraufhin einstimmig, beim Landeshauptmann Berufung gegen den Bescheid einzubringen. In der Begründung der Berufung wird zunächst auf den bisher **"ausgezeichneten Erfolg"** der Aktion verwiesen und angezeigt, dass an eine Einstellung derselben derzeit nicht gedacht werden kann, weil ansonsten befürchtet werden müsse, dass **"die Bande der Ordnung"** gesprengt würden. Das Berufungsschreiben führt auch das Arbeitsbeschaffungsprogramm und das Einbringen der Steuerrückstände der vergangenen Jahre als Erfolge an, bevor es näher auf den Text des Verbotsbescheides eingeht: **"Von einer Verletzung des Banknotenprivilegs der Nationalbank kann nach Auffassung des Gemeinderates keine Rede sein, da die Arbeitsbestätigungen ja nur auf den an der Nothilfe beteiligten Personenkreis beschränkt ist und ihnen alle Merkmale eines Geldzeichens (Deckungswerte, allgemeine Verwendbarkeit, Annahmewang usw.) fehlen."** Am Ende wird noch der obengenannte Bericht der BH Kufstein an die Landesregierung vom 9. August 1932 zitiert, indem die Wörgler Aktion ein anerkennenswerter Versuch genannt worden war.^[172]

Die Berufung wurde am 22. Februar 1933 vom Landeshauptmann abgewiesen. Im betreffenden Bescheid hieß es: "Dieser Bescheid ist endgültig (sic)".^[173] Damit wollte sich der Wörgler Gemeinderat nicht abfinden und beschloss am 7. März 1933, den Untersagungsbescheid bei der Höchstinstanz, dem Österreichischen Verwaltungsgerichtshof, anzufechten und beauftragte zu diesem Zweck den Wiener Rechtsanwalt Dr. Hollitscher, eine Verwaltungsbeschwerde gegen den Bescheid der Tiroler Landesregierung einzu-

[170] JANETSCHKE: Bescheid der Bezirkshauptmannschaft Kufstein, Kufstein, am 5. Jänner 1933.

[171] Wörgler Nachrichten: Kitzbühel am 21. Jänner 1933.

[172] Michael UNTERGUGGENBERGER: Berufungsschreiben, Wörgl, am 18. Jänner 1933.

[173] TRAGSEIL: Bescheid vom Amt der Tiroler Landesregierung, Innsbruck am 22. Februar 1933.

bringen. Hollitscher schätzte die Chancen auf einen Erfolg vor dem Verwaltungsgerichtshof als **"unwahrscheinlich, allein nicht gänzlich aussichtslos"** ein.^[174] Unterguggenberger versuchte indessen in einem ausführlichen Schreiben an das Finanzministerium, die Untersagung zwar in Kraft zu lassen, aber die Vollstreckung auszusetzen, solange kein Missbrauch getrieben werde. Er berief sich in dem Schreiben wiederum auf den Erfolg der Aktion und dessen mittlerweile gewachsene wissenschaftliche Bedeutung. Um letzteres zu untermauern verwies er auf Wörgls Kontakte zum US-Ökonomen Irving Fisher. Die Antwort aus dem Bundeskanzleramt war negativ.^[175]

Mittlerweile hatte die Nationalbank mehrmals beim Bundeskanzleramt auf Einstellung der Notgeldausgabe in Wörgl urgiert. Das hatte einige Schreiben der Bezirkshauptmannschaft, die darauf hinwiesen, dass der Verwaltungsgerichtshofbeschwerde keine aufschiebende Wirkung zukam und daher die Ausgabe der Arbeitswertscheine sofort einzustellen sei, zur Folge. Wörgl aber betrieb das AB-Programm – nunmehr illegalerweise – weiter. Am 12. Juni berichtete die Zweigstelle der Nationalbank an das Direktorium in Wien, **"dass die Propagandatätigkeit des Wörgler Bürgermeisters unangenehme Folgen zeitigen könne, da einzelne Raiffeisenkassen anscheinend mit der Idee des Genannten zu liebäugeln beginnen"**.^[176] Im Juni 1933 hatte der Wörgler Bürgermeister in Wien vor 170 Bürgermeistern für seine Aktion geworben und im Juli referierte Dr. Hollitscher vor einer Versammlung von Gemeindevertretern, die am Ende eine Resolution verabschiedete, in der die Regierung aufgefordert wurde, durch eine Notverordnung eine gesetzliche Grundlage für die Ausgabe von Freigeld zu schaffen.^[177] Die Nationalbank urgierte angesichts dieser Entwicklungen immer energischer beim Finanzministerium mit der Forderung, das Ministerium solle energischer einschreiten, um ein weiteres Umsichgreifen der Aktion zu verhindern und ohne Rücksicht auf das Verfahren vor dem Verwaltungsgerichtshof eine sofortige Einziehung der Wörgler AB-Scheine erwirken.^[178]

Am 5. Juli 1933 gab das BKA der Landesregierung Tirol die Weisung, die ausgegebenen Scheine sofort einziehen zu lassen. Dementsprechend erging am 27. Juli 1933 ein Schreiben vom Bezirkshauptmann/Kufstein an Bgm. Unterguggenberger, in dem die Gemeinde Wörgl aufgefordert wurde, die ausgegebenen Scheine sofort einzuziehen und unter keinen Umständen AB-

[174] Hans HOLLITSCHER: Brief an Bgm. Unterguggenberger, Wien am 14. April 1933.

[175] PASTER: Wörgl, 86.

[176] Schreiben der Zweiganstalt Innsbruck an das Direktorium der Österreichischen Nationalbank, Innsbruck am 12. Juni 1933.

[177] Schwundgeld marschiert in Österreich. Gemeindetagung in Österreich folgt Wörgl's Beispiel, in: Letzte Politik, Leipzig am 22. Juli 1933.

[178] Schreiben der Nationalbank an das Finanzministerium, Wien am 16. Juni 1933.

Scheine weiter in Verkehr zu setzen. Der Gemeinde wurde eine Frist bis 10. August 1933 gewährt.^[179] Unterguggenberger antwortete auf das Schreiben mit der Bitte um eine Erstreckung der Frist bis Ende August.^[180] Bis zum **15. September 1933** wurden die Arbeitsbestätigungen endgültig aus dem Verkehr gezogen nachdem die Behörden in Wien und Innsbruck mit dem Einsatz der Polizei gedroht hatten.^[181] Die Volkszeitung, die Tageszeitung der Tiroler Sozialdemokraten hieß das Verbot gut: ***"Da nach dem selbstverständlichen Standpunkt des Finanzministeriums Ausnahmen nicht gemacht werden können, könnte dann ebenso gut die Gemeinde Wien Schwundgeld im allergrößten Umfange ausgeben, aber auch die einzelnen Länder könnten von diesem Recht Gebrauch machen – kurz, es würde der größte Währungswirrwarr entstehen, der schließlich in einer Inflation enden müsste. Um eine derartige Zerrüttung der Geldwirtschaft zu verhindern, musste das Kanzleramt energisch eingreifen und die Ausgabe des Schwundgeldes verbieten."***^[182] (Siehe auch Kapitel 2.3 Unterguggenberger als Sozialdemokrat)

4.2.5.3 Verfahren und Urteil

Die Beschwerde beim Verwaltungsgerichtshof richtete sich sowohl gegen die Rechtswidrigkeit des Verfahrens als auch jene des Inhalts des Untersagungsbescheids. Bezüglich des Verfahrens richtete sich die Beschwerde gegen die Anwendung des Artikels 122 der Notenbanksatzung^[183] auf den Wörgler Fall. Weiters wurde die Zuständigkeit des Bundeskanzleramts zur Entscheidung dieser Frage verneint. Dr. Hollitscher berief sich dabei auf eine Vollzugsanweisung aus dem Jahre 1918, die die Zuständigkeit für solche Fälle dem Finanzministerium zuwies. Schließlich focht der Beschwerdeführer auch die Anwendung von Paragraphen 207 der Tiroler Gemeindeordnung an. Er führte dazu aus, dass die Gemeinde Wörgl keinesfalls ihren Wirkungsbereich überschritten hatte, weil die Nothilfeaktion ***"nichts anderes als eine, nicht einmal sämtlichen Gemeindeangehörigen auferlegte, frei-***

[179] JANETSCHKE: Schreiben an Bgm. Unterguggenberger, Kufstein am 27. Juli 1933.

[180] Michael UNTERGUGGENBERGER: Schreiben an die Bezirkshauptmannschaft Kufstein, Wörgl am 6. August 1933.

[181] WENDEL: Wörgler Schwundgeldexperiment, 8.

[182] Volkszeitung: Innsbruck, am 4. September 1933, Seite 3.

[183] Der Wortlaut des Artikels 122 der Gesetzeskraft habenden Satzung der Österreichischen Nationalbank lautete: "Wer unbefugt Banknoten oder andere auf den Inhaber lautende Anweisungen oder unverzinsliche Schuldverschreibungen, die im Verkehr als Geldzeichen verwendet werden könnten, ausgibt, macht sich sofern darin nicht eine in den Strafgesetzen mit strengerer Strafe bedrohten Handlung gelegen ist, eines Vergehens schuldig und wird mit einer Geldstrafe belegt, die dem Zehnfachen der von ihm ausgegebenen Wertzeichen gleichkommt, mindestens aber Schilling 10.000,- beträgt."

willing übernommene und freiwillig zu zahlende Gemeindeabgabe für Zwecke der Armenpflege sei".^[184]

Das Bundeskanzleramt führte in der Gegenschrift zu der Wörgler Beschwerde aus, dass die Ausgabe von Freigeld sehr wohl gegen den Artikel 122 der Notenbanksatzung verstieße und somit gesetzeswidrig war. In der Aktion wurden "***höchst gefährliche Bestrebungen inflationistischer Natur***"^[185] erkannt. Die Gegenschrift argumentierte, dass zwar "***auch dann, wenn sie*** (die Ausgabe von Ersatzgeld, Anm. d. A.) ***im einzelnen Falle unter Umständen nicht von Belang sein mag, doch durch ihre allgemeine Anwendung und Nachahmung die unerfreulichsten Erscheinungen zu zeitigen in der Lage wäre.***"^[186] Gegen das Argument der Beschwerdeschrift, die Nothilfe-Aktion wäre eine "Wohltätigkeitsaktion", führt die Gegenschrift an, dies würde nichts an der Gesetzeswidrigkeit ändern. Der Zweck würde die Mittel in diesem Falle nicht heiligen.^[187]

Die Urteilsverkündung des Verwaltungsgerichtshofs war für den **18. November 1933** angesetzt. Die Verhandlung erregte großes Medieninteresse: neben den inländischen saßen holländische, schweizerische, englische und US-amerikanische Journalisten im Saal.^[188] Die beiden Parteien hatten noch einmal die Möglichkeit, ihre Standpunkte darzulegen. Dr. Hollitscher bezeichnete zum Abschluss seines Plädoyers die Aktion als "***epochenmachenden Versuch***" und unterstrich, dass es einem kleinen Tiroler Landbürgermeister gelungen sei, der Krise auf einem kleinen Gebiet Einhalt zu tun. An dieser Stelle wurde dem anwesenden Bgm. Unterguggenberger im Auditorium laut Beifall geklatscht, sodass sich der Vorsitzende gezwungen sah, das Publikum zur Ruhe zu rufen.^[189] Nachdem das Bundeskanzleramt Gelegenheit gehabt hatte, den Behördenstandpunkt nochmals darzulegen, kam es zur Urteilsverkündung:

"Die Beschwerde wird als unbegründet abgewiesen"

Damit war die Nothilfe-Aktion endgültig zu Ende. In der Begründung führte der Verwaltungsgerichtshof aus, dass er sich lediglich auf die Frage beschränkt hatte, ob das Verbot der Ausgabe von Arbeitsbestätigungen im

[184] Hans HOLLITSCHER: Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof vom 27. April 1933, zit. Nach: PASTER: Wörgl, 88–89.

[185] Gegenschrift des Bundeskanzleramts an den Verwaltungsgerichtshof, Wien, am 10. Juli 1933, 9 Seiten, 8.

[186] Gegenschrift des BKA an den Verwaltungsgerichtshof, 2.

[187] Gegenschrift des BKA an den Verwaltungsgerichtshof, 7.

[188] ROHRBACH: Freigeld, 126.

[189] Freiwirtschaft, Beilage für die Österreichische Freiwirtschafts-Bewegung, o.O. am Samstag, 25. November 1933.

Gesetze begründet war oder nicht. Die Fragen, ob es sich um eine volkswirtschaftlich sinnvolle Maßnahme handelt, ob sie währungspolitisch zweck- oder unzweckmäßig war oder der Belebung der Wirtschaft und der Sanierung der Gemeindefinanzen gedient habe, blieben im Urteil unberücksichtigt.^[190]

4.2.5.4 Unterguggenbergers Resümee

Lassen wir den Protagonisten der Nothilfe-Aktion resümieren:

"Daß mir die Geschichte hier verboten werden würde, das hab ich vorausgesehen! Ich hab's aber gemacht, weil ich der Welt ein Zeichen geben wollte, daß es möglich sei! Mir und der Welt hab ich es bewiesen! Jetzt muß diese Erkenntnis langsam in den Köpfen der Menschen reifen! Die Einführung der Eisenbahn hat man ja am Anfang auch erst verbieten wollen."^[191]

[190] Urteil des Verwaltungsgerichtshofs am 18. November 1933, abgedruckt in: Andreas KOIDL: Das Wörgler Experiment 1932/33 (Innsbruck 1995) 100–104.

[191] JÜLLIG: Wörgl im Schnee, 4.

4.3 ERGEBNIS UND NACHSPIEL

Die Ergebnisse des Experiments in Zahlen festzumachen, ist schwierig. Es hat keine wissenschaftliche Begleitung des Experiments gegeben, weshalb die Angaben von Autor zu Autor schwanken und sich zum Teil sogar widersprechen. Teile der Primärquellen, wie die Haushaltsabrechnung von 1933 sind während des Zweiten Weltkrieges verloren gegangen.^[192] Bei den angeführten Resultaten handelt es sich also um Näherungswerte.

4.3.1 Auswirkungen auf den Gemeindehaushalt

Die Ausgabe von AB-Scheinen hatte auf den Gemeindehaushalt sehr positive Auswirkungen. Zu Beginn der Ausgabe hatten die Bürger bei ihrer Gemeinde Steuerrückstände von ATS 118.000,-. Diese Rückstände wurden mittels des AB-Schein-Kreislaufes sukzessive abgebaut. Besonders zu Anfang des Monats, wenn die Leute, die AB-Scheine mit Marken hätten versehen müssen, zahlten sie, um der Devaluationsgebühr zu entgehen, ihre Steuern bzw. Steuerrückstände an die Gemeinde. In den ersten 8¹/₂ Monaten des Experiments 1932 stiegen die Einnahmen aus der Zahlung von Steuerrückständen im Vergleich zum Vorjahr um 53,8 Prozent.^[193] Die unmittelbar mit dem Freigeld-Umlauf zusammenhängenden Einnahmen hatten eher bescheidene Ausmaße, Alfred Hornung berechnete für den Versuchszeitraum die in Tabelle 4 abgebildeten Zahlen:

Umtauschgebühr und Notenverkauf für Sammlerzwecke	ATS	1.326,80
Verkauf von Aufwertungsmarken	ATS	678,73
SUMME	ATS	2.005,53

Tabelle 4: **Gemeindeeinnahmen unmittelbar durch den Freigeldumlauf** ^[194]

Der Freigeldumlauf gepaart mit dem Arbeitsbeschaffungsprogramm ermöglichte zusätzliche Investitionen der Gemeinde im Ausmaß von ca. ATS 150.000,-. Diese Zahl setzte sich aus von Wendel errechneten ATS 70.000,- für das Jahr 1932 und geschätzten (die Haushaltsabrechnungen gingen verloren) ATS 80.000,- für 1933 zusammen.

[192] Silvio UNTERGUGGENBERGER: Der Schwundgeldversuch von Wörgl (Dipl.-Arb., Wien 1957) 35.

[193] WENDEL: Gesellschaftspolitische Bedeutung, 38.

[194] Entnommen aus: HORNING: Das Ergebnis, 34.

4.3.2 Auswirkungen auf die Beschäftigung

Am Beginn der Notstandsarbeiten im August 1933 wurden zunächst 20 Männer beschäftigt. Nach sechs Wochen erhöhte sich die Arbeiterzahl auf 45 und nach weiteren sechs Wochen schließlich auf 60. Diese Anzahl von Arbeitern blieb bis zum Ende des Nothilfeprogramms im September 1933 durchgehend beschäftigt. Hinzu kamen 30–40 Indirekt-Beschäftigte, das heißt, Arbeiter, die in der Zubehör-Industrie Arbeit fanden.^[195] Fritz Schwarz errechnete, dass die Zahl der Arbeitslosen in Wörgl während der Nothilfe-Aktion um 25 Prozent gesenkt werden konnte und setzte sie ins Verhältnis zur Steigerung der Arbeitslosenrate um 19 Prozent in Österreich im gleichen Zeitraum. Diese Zahl wurde von fast allen nachfolgenden Autoren übernommen. Sie ist jedoch laut Thomas Wendel nicht korrekt, weil sie hinzugekommene Entlassungen in Wörgl während dem Jahr 1933 nicht berücksichtigt. Nach Einrechnung derselben ergibt sich ein 11 bis 16 prozentiger Rückgang der Wörgler Arbeitslosigkeit vom Sommer 1932 bis Sommer 1933. Diesen Werten kann nun der Österreichische Anstieg von 19 Prozent (Jahresdurchschnittswert 1932/33) gegenübergestellt werden.^[196]

Nach der Einstellung des Freigeldversuchs im September 1933 verringerten sich die Einnahmen der Gemeinde Wörgl, was zur Folge hatte, dass im Oktober 40 der Nothilfe-Arbeiter entlassen wurden. Im November mussten wiederum 40 Nothilfe-Arbeiter entlassen werden und wenige Monate später wurden alle zusätzlichen Gemeinde-Arbeiten eingestellt.^[197]

4.3.3 Auswirkungen auf die Privatwirtschaft

Nachdem für das Einkaufen außerhalb der Gemeinde Schillinge benötigt wurden, mussten dafür AB-Scheine in Schilling getauscht werden. Dies erfolgte aber unter einem Abzug von zwei Prozent des Nennwerts. Diese Maßnahme zielte darauf ab, die Bevölkerung zum Konsum innerhalb der Gemeinde anzuhalten. Durch diese Maßnahme und den schnellen Geldumlauf des Freigeldes, konnte der Warenumsatz in der Region wieder angekurbelt werden. Die Wörgler Betriebe konnten dadurch Waren für mindestens ATS 270.000,- zusätzlich absetzen. Die AB-Scheine waren fast neunmal sozialproduktwirksamer als die österreichischen Schillinge. Mindestens fünf Prozent an zusätzlich ermöglichtem Sozialprodukt können dem Freigeld zugeschrieben werden.^[198] Am meisten profitierten die kleinen Gewerbe-

[195] SCHWARZ: Experiment von Wörgl, 76.

[196] WENDEL: Gesellschaftspolitische Bedeutung, 42.

[197] UNTERGUGGENBERGER: Schwundgeldversuch, 45.

[198] WENDEL: Gesellschaftspolitische Bedeutung, 51.

treibenden (Bäcker, Metzger, Schuster usw.), weil die Arbeiter und Angestellten, die in AB-Scheinen bezahlt wurden, den Großteil ihres Geldes dort ausgaben.^[199] Die Auswirkungen auf die Großhändler ist schwer zu erkennen, weil sie auch in anderen Gegenden tätig waren und sich die Geschäftszahlen vermischten.

Obwohl sich durch den Verleih des am Deckungskontos einbezahlten Schillingbetrages die lokale Geldmenge ausweitete, kam es zu keinen beobachtbaren Preissteigerungen. Die Summe der umlaufenden AB-Scheine war zu klein, um preiswirksam zu werden. Laut Wendel hat das Experiment somit belegt, dass eine hohe Notenumlaufgeschwindigkeit nicht notwendigerweise einen Preisauftrieb verursacht.^[200] Die Beherbergungs-Branche profitierte indes von die Berühmtheit des Wörgler Experiments. Dadurch kamen etliche "Freigeldtouristen" in die Gemeinde, die teilweise längere Zeit blieben, um die Auswirkungen des Experiments kennen zu lernen.

4.3.4 Auswirkungen auf die Bevölkerung

Die psychologischen Auswirkungen des Experiments auf das Befinden der Bevölkerung sollen nicht unerwähnt bleiben. Inmitten einer massiven Wirtschaftskrise und österreichweit zunehmender Arbeitslosigkeit, auf die die meisten Betroffenen mit Resignation reagierten^[201], entstand durch die Aktion das Bewusstsein, dass "man" doch etwas machen konnte und es Auswege aus der Krise gab. Durch eine gemeinsame Anstrengung schaffte es die Gemeinde Wörgl, den nationalen Trend zu mehr Arbeitslosigkeit ins Gegenteil zu kehren. Es entstand das Bewusstsein, dass proaktives Handeln und nicht resignatives Warten auf Hilfe vom Staat zur Überwindung der Krise führen würden. Durch die internationale Aufmerksamkeit, die den Vorgängen in der Gemeinde zuteil wurde, wurde diese Sicht noch bestärkt. Hinzu kam die äußere Bedrohung von Seiten des Staats, der über die gesamte Dauer des Experiments darauf bedacht war, es zu beenden. (siehe dazu Kap. 4.2.5 "Ende der Aktion") All dies führte zu einer zuversichtlichen Grundtendenz in der Wörgler Bevölkerung, die sich zwar in der Rechnung eines Ökonomen nicht festhalten lässt, deren Einfluss auf derartige Rechnungen aber nicht unterschätzt werden darf.

Gerade und besonders am Höhepunkt der Wirtschaftskrise in Österreich, wo national eher Grund für Tristesse und Resignation als für Zuversicht und "Blick nach vorn" bestand (siehe Kap. 1.2 "Österreichs Wirtschafts-

[199] HORNING: Das Ergebnis, 40.

[200] WENDEL: Gesellschaftspolitische Bedeutung, 52.

[201] Marie JAHODA, Paul F. LAZARSFELD, Hans ZEISEL: Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziographischer Versuch (Wien 1960), 75.

lage 1932/33") kann diese Veränderung durchaus als Erfolg bewertet werden. ^[202] Auch die Zeitgenossen, waren sich dieses positiven Effekts des Nothilfs-Programms bewusst. So stand in dem Artikel **"Was nützen die Wörgler Arbeits-Wertscheine?"** in den Wörgler Nachrichten zu lesen: **"Je mehr Arbeitsgelegenheit, desto mehr Lohn = desto weniger Unterstützungsempfänger. Der Arbeiter, der durch die Krise allmählich zum Bettler wurde, kommt wieder zu Ehre und Wertschätzung, sein Gewinn an seelischen und moralischen Werten darf nicht unterschätzt werden. Wenn eine ganze Ortschaft zur solidarischen Abwehr gegen Krise, Not und Verelendung aufsteht, darf auch von einem Erfolg im Sinne der Zusammengehörigkeit und Kameradschaft gesprochen werden."** ^[203]

4.3.5 Internationale Epigonen

Bereits im September 1932 langte im Gemeindeamt von Wörgl eine Anfrage aus dem Fürstentum **Liechtenstein** ein. Die Fürstliche Regierung erkundigte sich nach der Natur der Nothilfe-Aktion mit dem Hinweis, dass sich **"eine ähnliche Aktion bei uns entfaltet"** ^[204]. Tatsächlich hatte die Ortschaft Triesen im Fürstentum Liechtenstein ebenfalls Ersatzgeld eingeführt. Die Aktion wurde aber bald darauf verboten. ^[205] In der **Schweiz** war die Freiwirtschaftsbewegung besonders stark und bereitete schon 1932 eine großangelegte Freigeldaktion auf kommunaler Ebene vor. In die Aktion waren über hundert Schweizer Gemeinden, darunter Biel, Luzern und Brienz eingebunden. Das Unternehmen wurde aber gestoppt, nachdem die Schweizer Notenbank klargemacht hatte, dass sie eine Missachtung des Notenbankprivilegs nicht dulden würde. ^[206] In **Frankreich** wurde 1933 in Paris eine Tauschgesellschaft gegründet, die ein eigenes Zahlungsmittel mit dem Namen "Valor" herausgab, das ebenfalls unter Umlaufzwang stand, d. h. mit gebührenpflichtigen Marken beklebt werden musste. Noch ehe die Aktion sich ausweiten konnte, wurde sie am 31. Juli 1935 ebenfalls verboten. In den Jahren 1956 und 1958 wurden von den französischen Gemeinden Lignièren-Berry und Marans ähnliche Aktionen gestartet. Die ausgegebenen Kaufgutscheine hießen "bon d'achat", doch waren die bons mit einem zu geringen Umlaufantrieb ausgestattet. Während die Gemeinde Marans den Versuch selbst einstellte, wurde die Aktion in Lignièren-Berry durch ein Verbot der Regierung de Gaulle beendet.

[202] MURALT: Wörgler Versuch, 285.

[203] Wörgler Nachrichten: Kitzbühel, am 13. August 1932.

[204] Regierung des Fürstentums LIECHTENSTEINS an das Bürgermeisteramt der Stadt Wörgel (sic): Vaduz, am 28. September 1932, 1 Seite.

[205] ONKEN: Ein vergessenes Kapitel der Wirtschaftsgeschichte, 11.

[206] ONKEN: Ein vergessenes Kapitel der Wirtschaftsgeschichte, 13.

FFF Freigeld in der Wirklichkeit!

„DAS WUNDER VON WÖRGL“

Der Kampf für und gegen das Freigeld wird von Tag zu Tag interessanter. Je länger je mehr schrumpfen die Einwände gegen ein Geld mit Umlaufrzwang auf kleine, technische Detailfragen zusammen. Die Gegner des Freigeldes erklären, wenn man ihnen alle sachlichen Einwände widerlegt hat, oft:

«Die Freigeldlehre ist wohl ein glänzend aufgebautes, logisch einwandfreies Gedankengebäude, aber ihre Durchführung wird an den praktischen Schwierigkeiten scheitern.»

In Bürgermeister M. Unterguggenberger lernen Sie den Mann kennen, der einen praktischen Versuch mit Freigeld gewagt hat. Er wird nun in freiem Vortrag über die Durchführung, die Erfahrungen, die ziffernmäßigen Ergebnisse, die Aufnahme bei der Bevölkerung usw. sprechen. — Fragestellung!

Oeffentlicher Vortrag

von Bürgermeister

M. Unterguggenberger

aus Wörgl (Tirol) über die

Erfahrungen mit dem Freigeld

in seiner Gemeinde

Donnerstag, 12. Oktober, 20 Uhr

Großer Saal des Gasthof zur Eisenbahn

EINTRITT: Vorverkauf Fr. -.80, Abendkasse Fr. 1.-

Vorverkauf bei: Frau Stadlin, Gasthof zur Eisenbahn; Reformhaus Müller, Bundesstraße, u. bei den Mitgliedern des S.F.B. in Zug, Cham, Bear, Aegeri

Schweizer Freiwirtschaftsbund

Ortsgruppe Zug

Ankündigung eines Vortrags von Bgm. Unterguggenberger

Der aus Frankreich stammende Geschäftsmann Georges Rosier startete 1958 in Porto Alegre, der Hauptstadt des **brasilianischen** Bundesstaates Rio Grande do Sul, ein Freigeldexperiment. Dort wurden umlaufgesicherte Kaufgutscheine, sogenannte "cautelas de compra" ausgegeben. In einer Stadt mit 600.000 Einwohnern war es aber besonders schwierig, einen unabhängigen, geschlossenen Kreislauf der cautelas entstehen zu lassen. Über Fortgang und Ende des Experiments liegen keine Angaben vor. ^[207]

Die weitaus größte Ausstrahlung übte das Wörgler Beispiel auf die Freigeldbewegung in den **Vereinigten Staaten** aus. Dort hatte sich der international angesehene Ökonom der Yale University, Irving Fisher, der Verbreitung des Freigeldgedankens verschrieben. Er sah darin das Mittel zur allgemeinen Kaufkraftstabilisierung und somit den Weg aus der Krise. 1932 brachte er gemeinsam mit seinem Assistenten ein Handbuch zum Thema Freigeld heraus, das im Jahr darauf auch ins Deutsche übersetzt wurde. ^[208] Insgesamt 450 US-amerikanische Städte und Gemeinden wandten sich wegen der Herausgabe von Freigeld an Fisher. Die mittlere Industriestadt Reading in Pennsylvania mit etwa 100.000 Einwohner wollte im März 1933 mit der Herausgabe von Freigeld beginnen, doch wurde der Druck von Notgeld von der neuen Regierung Roosevelt vorher untersagt. ^[209] Auch auf bundesstaatlicher Ebene gab es Bestrebungen. So wollte der Bundesstaat Oregon eine Ausnahmegenehmigung bei der Regierung erwirken, um 80 Millionen Dollar Freigeld für die Finanzierung öffentlicher Vorhaben auszugeben. Die New Deal Berater Roosevelts sahen die Ursachen der Krise aber nicht wie Fisher in der deflationären Kreditpolitik und der allgemeinen Verschuldung sondern glaubten, dass die Ursachen in den sozialen Missständen, der Überproduktion und der ungerechten Verteilung lagen. Deshalb beschloss die Regierung den Plan des Bundesstaates Oregon abzulehnen. ^[210]

Die Freiwirtschaftsbewegung in den USA schaffte es mit einem Gesetzesvorschlag bis vor den US-Kongress: Die Senatoren Petengill (Indiana) und Bankhead (Alabama) schlugen dem Kongress vor, ein Gesetz zu erlassen, dass die Ausgabe von einer Milliarde Dollar an Freigeld entsprechend der Vorschläge von Irving Fisher vorsah. Ziel wäre gewesen, den amerikanischen Markt wieder mit schnell umlaufendem Geld und die Konsumenten mit neuer Kaufkraft zu versorgen. Den Kern ihres Gesetzesvorschlages formulierten die beiden Senatoren folgend: **"Der Staat borgt eine Milliarde Dol-**

[207] ONKEN: Ein vergessenes Kapitel der Wirtschaftsgeschichte, 15–19.

[208] Irving FISHER: Stamp Scrip (NewYork 1933).

[209] Hans COHRSSSEN: Einer der auszog die Welt zu verändern. Erinnerungen eines Jahrhundertzeugen (Frankfurt 1996) 68–71.

[210] Hans R. L. COHRSSSEN: Geld- und steuerpolitische Ideen von Irving Fisher, Erinnerungen eines Mitarbeiters. In: Kredit und Kapital (1995/2) 298–312, 301–302.

lar oder einen anderen Betrag seinem Volke für die Zeit eines Jahres zurückzahlbar in Abzahlungen von zwei Cents per Woche während 52 Wochen. Das Schatzamt wird dadurch in keiner Weise belastet".^[211] Der Gesetzesantrag wurde vom Kongreß nicht angenommen.

Dennoch begannen 1933 zahlreiche US-amerikanischen Gemeinden und Städte mit der Ausgabe von Freigeld (stamp scrip). Doch wurde in den USA das Freigeld nicht in Gesells Sinne angewandt. Die Entwertung betrug zwei Prozent des Nennwerts pro Woche und war damit viel zu hoch angesetzt.^[212] Der Schweizer Freiwirt Fritz Schwarz empörte sich über den zu hohen Schwundsatz: **"Die Amerikaner hatten gar nicht begriffen, um was es ging"**.^[213] Dadurch ging der ursprüngliche Sinn der Strafgebühr verloren und die Aktion verkümmerte zu einer Geldbeschaffungsaktion der Gemeinden auf Kosten ihrer Bürger. Entsprechend kurz hielten sich die Versuche und wurden meist innerhalb eines Jahres beendet.^[214]

4.3.6 Umgang Wörgls mit seinem Erbe

Unmittelbar auf das Ende der Wörgler Freigeldaktion folgten der Bürgerkrieg, der Austrofaschismus, der Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich und schließlich der Zweite Weltkrieg. Dies ließ das Andenken an Unterguggenberger und sein Experiment zunächst in Vergessenheit geraten. Nach dem Krieg galt die Aufmerksamkeit mehr dem Wiederaufbau als dem Gedenken. In einem Brief an Rosa Unterguggenberger beklagte sich 1946 der deutsche Freiwirt Hans Klabunde über die Ignoranz des Wörgler Gemeinderats gegenüber der Wörgler Freigeldaktion.^[215] Doch wurde nach dem Krieg^[216] die bisherige **"Jahnstraße"**, in der Unterguggenbergers Wohnhaus stand, in **"Michael Unterguggenberger Straße"** umbenannt. 1951, im Jahr der Stadterhebung Wörgls, fand unter Mithilfe von Lia Rigler^[217], der Tochter Michael Unterguggenbergers, ein Freiwirtschaftlicher Kongress in Wörgl statt. Silvio Unterguggenberger verfasste 1957 seine Diplomarbeit an der Hochschule für Welthandel in Wien zum Thema: **"Der Schwundgeldversuch von Wörgl"**.^[218]

[211] Zit. Nach: Wörgler Nachrichten: Kitzbühel, am 26. August 1933.

[212] Gesell hatte eine Entwertung von ein Promille pro Woche vorgesehen, die US-amerikanischen Versuche lagen somit zwanzigfach über Gesells Vorschlag.

[213] SCHWARZ: Wörgl, 67.

[214] ONKEN: Ein vergessenes Kapitel der Wirtschaftsgeschichte, 16.

[215] Hans KLABUNDE: Brief an Rosa Unterguggenberger, Remscheid, am 26. Dezember 1946, 2 Seiten.

[216] Das genaue Jahr ist dem Autor nicht bekannt.

[217] Geb. Unterguggenberger, Taufname "Rosa Augusta".

[218] Silvio UNTERGUGGENBERGER: Der Schwundgeldversuch von Wörgl (Wien, 1957).

Im Jahre 1976 wurde anlässlich der 25 Jahres-Feier der Stadterhebung ein Denkmal zu Ehren Michael Unterguggenbergers enthüllt. Der Entwurf stammte von Lia Rigler. Es zeigt ein Relief seines Profils und trägt die Inschrift:

Michael Unterguggenberger
Bürgermeister 1931–1934
Freigeldexperiment
Wörgl 1932–1933



Auf dem Freiwirtschaftlichen Kongress in Wörgl 1983 wurde zum ersten Mal ein Michael-Unterguggenberger-Preis vergeben.^[219] Das Preisgeld in der Höhe von ATS 50.000,- wurde von der Raiffeisen-Bank Wörgl – der Nachfolgebank der Raiffeisenkasse Wörgl – gestiftet. Der Kongress wurde zum 50 Jahr Jubiläum des Freigeldexperiments organisiert und brachte mehrere hundert Freiwirtschaftler vom 12.–15. Mai 1983 nach Wörgl. Während des Festakts spielte die Stadtmusikkapelle den Unterguggenberger-Marsch, den Unterguggenberger selbst 1912 anlässlich des 10jährigen Gründungsjubiläums der Arbeitermusik komponiert hatte.^[220]

[219] PASTER: Wörgl, 28.

[220] o.A.: WÖRGL, Meilenstein und Erlebnis, in: Neue Ordnung für Kultur, Wirtschaft und Politik, Mitteilungsblatt der "Österreichischen Freiwirtschaftlichen Union" (33, Linz 1983) 1–3, 3.

In Wörgl und in Tirol wurde das "Wörgler Experiment" seit den 70er Jahren ein gerne rezitiertes Thema, wie etliche Artikel in der "Wörgler Rundschau" und der "Tiroler Tageszeitung" belegen (siehe Literatur). Anlass dafür waren oft Jubiläen, wie der fünfzigste Jahrestag der Erstausgabe von Silvio Gesells **"Natürlicher Wirtschaftsordnung"** oder der 90. bzw. 100. Geburtstag von Bgm. Unterguggenberger. Im Gemeindeamt Wörgl befindet sich ein Ordner, der alle Anfragen an die Gemeinde bezüglich des Freigeldexperimentes über die letzten sieben Jahrzehnte enthält. Dort finden sich Schreiben aus Kanada, Deutschland, der Schweiz, Frankreich und Österreich.

1980 wurde das Wörgler Heimatmuseum, das in der Zwischenkriegszeit bestanden hatte, wiedergegründet. Seit 1989 beinhaltet es auch eine kleine Freigeldausstellung, die seit 1996 beständig erweitert wird. 1999 kam ein japanisches Kamerateam vom Staatssender NHT nach Wörgl, um einen Report über das Wörgler Freigeld zu drehen. Das war kein Zufall. Japan durchlebte in den 80er Jahren eine große Bankenkrise ausgelöst durch den Zusammenbruch des Immobilienmarktes. Die Japaner begannen den Banken zu misstrauen und ihr Geld zu horten, weshalb die Kreditmöglichkeiten schrumpften, was die Nachfrage minderte und zu fallenden Umsätzen und Entlassungen führte. Um Auswege aus der Krise zu finden wurden neue Regionalwährungsmodelle entwickelt. Eines der Vorbilder dabei war das Modell von Wörgl. ^[221] Im Schuljahr 1999/2000 produzierten drei Schüler der Bundeshandelsakademie Wörgl als Maturaprojekt eine CD-Rom, die das Thema **"Das Wörgler Freigeldexperiment. Eine interaktive Reise durch die Zeit"** multimedial aufarbeitet. ^[222]

Auf der offiziellen Website der Gemeinde Wörgl wird das Freigeldexperiment auf mehreren Seiten behandelt. ^[223] Im Jahr 2003 wurde im historischen Wohnhaus von Michael Unterguggenberger das Unterguggenberger-Institut ^[224] gegründet, das sich den Aufbau eines Archives sowie das Sammeln und die Weitergabe von Wissen zum Thema ergänzende Währungen zum Ziel gesetzt hat. Das Jahr 2007 wurde vom Wörgler Gemeinderat unter das Motto "Freigeldjahr" gestellt. Mit Gemeinde-, Landes- und privaten Sponsorengeldern wird eine Reihe von Aktivitäten zur Erinnerung an das Freigeldexperiment von Wörgl durchgeführt. Dazu gehören u.a. die Videodokumentation "Michael Unterguggenberger und das Experiment von Wörgl", die Eröffnung eines Freigeldwanderwegs, die Aufführung des multimedialen "Unterguggenberger" Theaterstücks und die Auflage einer Freigeldjahr-Gedenkmünze.

[221] WENDEL: Wörgler Freigeldexperiment, 10–11.

[222] Anton BUCHAUER u.a.: Das Wörgler Freigeldexperiment. Eine interaktive Reise durch die Zeit (Wörgl 2000), CD-Rom.

[223] www.woergl.at > Geschichte & Fakten > Freigeldexperiment

[224] <http://www.unterguggenberger.org>

5 Bewertung

Wie bereits im Kapitel 4.2.4.1 "Medienberichte" angedeutet, wurde das Wörgler Experiment oft von Freiwirten als die praktische Bestätigung der Freiwirtschaftstheorie Silvio Gesells herangezogen. Dies ist jedoch nur in sehr beschränktem Ausmaß zulässig. Es wurden in Wörgl Teile des Freigeldgedankens implementiert, die Forderungen nach Freiland und Festwährung wurden jedoch nicht erfüllt (siehe auch Kap. 3.2 "Die Theorie von Freigeld, Freiland und Festwährung"). Das Wörgler Freigeld war weder alleiniges Zahlungsmittel (wie von Gesell vorgesehen) noch erstreckte sich der Umlauf der Noten auf ein ganzes Staatsgebiet. Einzig der Aspekt der Umlaufsicherung durch den Schwund kann also bewertet werden. Der Schwund erhöhte die Umlaufgeschwindigkeit auf ein vielfaches des herkömmlichen Schillings. Entgegen des nationalen Trends fiel die Arbeitslosigkeit und fand die Gemeinde zu einem ausgeglichenerem Budget. Durch die Nothilfe-Aktion konnte auch eine Solidarisierung innerhalb der Bevölkerung Wörgls erreicht werden. Eine Senkung des Zinsniveaus, wie sie sich der Theorie zufolge hätte einstellen müssen, trat aufgrund der lokalen Begrenztheit des Notenumlaufs nicht ein.

Die Kritiker der Freigeldtheorie schrieben den Erfolg der Aktion allein den hohen Steuerrückständen zu. Ohne die Rückstände wäre der Kreislauf schnell zusammengebrochen. Die Tiroler Tageszeitung "**Tiroler Anzeiger**" ging noch weiter und führte aus, dass "**... nur in den Fällen, wo die drei Voraussetzungen: Arbeitslosigkeit, Geschäftsstockung und Steuerrückstände vorliegen**", die Ausgabe von Freigeld zum Erfolg führen würde.^[224] Alfred Hornung sprach dem Experiment auch eine Ankurbelung des Wörgler Wirtschaftslebens ab^[226] und bezeichnete den monatlichen Schwund als "**eine verkappte Steuer (...), die als unsozial, ungerecht und ungleichmässig angesehen werden muss.**"^[227]

Ich möchte dieser Aussage widersprechen und mich vielmehr Thomas Wendel anschließen, der dem Freigeld die Fähigkeit zuspricht, in Wörgl "**latent vorhandene Kräfte**"^[228] mobilisiert zu haben. Die Ortswirtschaft ist somit aus sich selbst heraus erstarkt. Die Marken mussten zwar alle kleben, die am Monatsende im Besitz der Freigeldnoten waren, unabhängig von der Höhe ihres Einkommens, doch gelang es den meisten, der "verkappten Steuer" zu entgehen, indem sie am Monatsende ihre Gemeindesteuern bezahlten. Dadurch lassen sich auch die verhältnismäßig geringen Einnahmen aus dem Verkauf von Klebmarken erklären, die sich

[226] HORNUNG: Ergebnis des Wörgler Schwundgeldversuchs, 57.

[227] HORNUNG: Ergebnis des Wörgler Schwundgeldversuchs, 42.

[228] WENDEL: Gesellschaftspolitische Bedeutung, 57.

während der Gesamtlauzeit des Experiments auf ATS 678,73 beliefen (siehe dazu Kap. 4.3.1 "Auswirkungen auf den Gemeindehaushalt", Tabelle 4). Die Wörgler Aktion hat jedenfalls bewiesen, dass Geldhortungen, die in Deflationszeiten vorkommen, durch eine Geldumlaufsteuer erfolgreich begegnet werden kann.

In Wörgl vergingen zwischen dem Gemeinderatsbeschluss und der Untersagung der Aktion durch die Bezirkshauptmannschaft sechs Monate. Wie die Beispiele von anderen Gemeinden, die Freigeld einführten, zeigen, konnten Untersagungen auch viel schneller stattfinden. (siehe dazu Kap 4.2.4.4 "Ausbreitung der Aktion", Tabelle 3). Dies kann darauf zurückgeführt werden, dass die Bezirks- und Landesbehörden der Freigeldausgabe in Wörgl zunächst positiv gegenüberstanden und die Untersagung verzögerten. Erst durch die Interventionen der Nationalbank bei Finanzministerium und Bundeskanzleramt wurde die Exekution des Verbots beschleunigt.

Unbestritten stark ist die Ausstrahlung des Wörgler Beispiels. Noch heute berufen sich diverse Tauschringe (LETs in England, TALENT in der Schweiz, "Kreuzer" in Berlin Kreuzberg) auf den berühmten Wörgler Vorgänger. Die Tauschringe geben kein Geld aus, sondern vermitteln den Austausch von Angebot und Nachfrage im Wege geldloser Verrechnungen. Deshalb kommen sie bislang nicht in Konflikt mit den Notenbanken, weil geldlose Verrechnungen kein Geld bilden und somit nicht das Banknotenmonopol berühren.^[229] Die Tauschringe wurden in den 1990er Jahren zu einer Massenbewegung. Heute gibt es in England ca. 400 Tauschbörsen, im deutschsprachigen Raum sind es bereits über 200.^[230]

Abschließend kann gesagt werden, dass das Wörgler Freigeld nach dem abgeänderten Vorbild von Silvio Gesells Freigeld unter den Deflationsbedingungen der 30er Jahre in dem räumlich begrenzten Gebiet der Gemeinde Wörgl zu einer Belebung der Wirtschaft geführt hat. Bgm. Unterguggenberger und seiner Gemeinde war es gelungen, in den schlimmsten Jahren der Krise 1932/33 eine Trendumkehr zu erreichen. Dies ist vor allem der großen Tat- und Überzeugungskraft Unterguggenbergers zuzuschreiben. Durch seinen unentwegten Einsatz für die Freiwirtschaftsidee gelang es ihm, die Nothilfe-Aktion über die Lager- und Parteiinteressen hinweg zu propagieren. Am Ende trugen so alle im Gemeinderat vertretenen Parteien die Aktion mit. Dem Druck seiner eigenen Partei (der Sozialdemokratischen Partei), die Freigeldtheorie zu verwerfen, hielt er ebenso Stand wie dem Druck von den Bezirks-, Landes- und Bundesbehörden, die die Aktion untersagten. Tatsächlich ist es ihm nachhaltig gelungen, der Welt ein Zeichen zu geben.

[229] ONKEN: Modellversuche, 48.

[230] ROHRBACH: Freigeld, 140.

ANHANG

Unterguggenbergers 12-Punkte-Programm

Ein Vorschlag zur Aufrichtung der Österr. Volkswirtschaft:

1. Die Bundesregierung gibt über Beschluss des Nationalrates Staatsnoten im Betrage von S 300.000.000 (dreihundert Millionen) heraus, die zur Aufrichtung der österr. Wirtschaft wie folgt ausgestattet und verwendet werden:
2. Die Staatsnoten (zum Unterschied der Banknoten der Nationalbank) werden mit einer Notabgabe von monatlich 1 % des Nennbetrages belastet, d.h. besteuert und damit unter Umlaufzwang gestellt. Die Notabgabe ist mit einer am 15. jedes Monat fälligen Klebemarke zu entrichten.
3. Die Staatsnoten werden als allgemein gültiges Zahlungsmittel erklärt und dem Bundesministerium für soziale Verwaltung übergeben.
4. Ab 1. Oktober 1932 werden die Bezüge der Beamten des Bundes, des Bundesheeres, der Gemeinden, der Bundesbahnen, des Post- und Telegraphendienstes sowie die Bezüge aller Pensionisten und Rentner mit Staatsnoten voll ausbezahlt.
5. Die hiezu erforderlichen Staatsnoten werden von den zuständigen Verwaltungsstellen, beim Bundes-Ministerium für soziale Verwaltung angesprochen und mit Banknoten der österr. Nationalbank zum vollen Nennbetrage gekauft.
6. Die aus dem Verkaufe der Staatsnoten vereinnahmten Banknoten werden vom Bundesministerium für soziale Verwaltung, als verzinsliche Einlage, bei der österr. Nationalbank abgeführt bzw. eingelegt. Sofern die österr. Nationalbank für die steigenden Banknoten-Einlagen keine zinstragende Verwendung mehr haben sollte, sind Banknoten aus dem Verkehr zu ziehen, d.h. zur Verbesserung des Deckungsverhältnisses zu verwenden.
7. Da diese Massnahme den Banknoten-Umlauf allmählich auf einen Bruchteil senken wird, sind die dzt. bei der österr. Nationalbank erliegenden Deckungswerte (Gold, Zahlungsmittel fremder Staaten soweit es nach den Deckungsvorschriften zulässig ist, allmählich abzustoßen

bzw. nur mehr zum Zwecke des Ausgleiches von Auslandszahlungen zu verwenden.)

8. Der Ertrag der Notabgabe (Umlaufsteuer der Staatsnoten) wird der Abbürdung der öffentlichen Schuld gewidmet, die ja außerdem, durch die Minderung der Deckungswerte bei der österr. Nationalbank, wesentlich erleichtert werden wird.
9. Staatsnoten werden gegen Banknoten oder Zahlungsmittel fremder Staaten nur gegen Abzug von 5 % des Nennbetrages eingewechselt, welche Massnahme sich als Steuer auf Auslandsreisen und Import auswirken wird. Der Ertrag dieses Abzuges (Einfuhrsteuer) wird zum weiteren Abbau bestehender Steuern, besonders der Warenumsatzsteuer und der Lohnabgabe verwendet, wodurch die Inlandsproduktion verbilligt und die Ausfuhr gefördert wird. Der Wechselkurs ist selbstverständlich frei zu geben und darf durch keinerlei Währungsmaßnahmen beeinflusst werden.
10. Der mehrseitig und somit rasch erfolgende Abbau aller Schulden und die bei der Nationalbank ständig steigenden Banknoten-Einlagen machen Leihgelder frei und senken, nach dem Gesetze von Angebot und Nachfrage, den Zinsfuß. Hierdurch wird die Inlandsproduktion neuerlich verbilligt und die Ausfuhr erleichtert.
11. Die wichtigste Funktion der von der Regierung neu auszugebenden und laut P.3 in Umlauf zu setzenden Staatsnoten besteht aber darin, dass mit ihrer Hilfe die Preisbildung jeweils so geregelt werden kann und soll, dass für das Gleichbleiben der Waren-Durchschnittspreislage (Grosshandelsindex), absolute Sicherheit besteht und dass somit die Bundesregierung erst durch diese Einführung, die wichtige, Krisen ausschliessende Festwährung, verwirklichen kann. Um dies zu erreichen und sowohl Inflation als Deflation für immer unmöglich zu machen, bedarf es nur der Beobachtung des Grosshandelsindex, wobei bei steigendem Index mehr langsam umlaufende Banknoten (Nachfrage-senkung) bei fallendem Index mehr schnell umlaufende (besteuerte) Staatsnoten in Umlauf gesetzt, bzw. zur Auszahlung gebracht werden. Diese Maßnahme weicht von den bisherigen ständig ab, es wird damit die Nachfrage dem jeweiligen Angebot (Produktionsfähigkeit) angepasst nicht wie bisher, wo sich die Produktion ständig der immer mehr einschrumpfenden Nachfrage anpassen musste. Durch die vorgezeigte Vorgangsweise wird ein Wiederansteigen der Produktion ermöglicht und die weitere Verelendung aufgehalten. Erforderlichen Falls,

kann auch parallel mit den vorgezeigten Massnahmen, die Notabgabe nach Bedarf, jeweils erhöht oder erniedrigt werden.

12. Mit den vorgezeigten einfachen Mitteln wird erreicht: Festwährung-, krisenlose Wirtschaft mit Vollarbeit und vollständiger Aufsaugung der Arbeitslosen- allgemeine Entschuldung- schnelle Steigerung des Volksvermögens-, wachsender allgemeiner Wohlstand-, schliesslich die staatliche Unabhängigkeit und Bürgerfrieden.

Wörgl, 19. August 1932

Gez. Unterguggenberger

Literatur

Monographien, Aufsätze und Zeitschriftenartikel

Karl **BACHINGER**: Anmerkungen zur Wirtschaftspolitik der Ersten Republik, in: Christliche Demokratie (Wien 1/1983). 42–53.

Karl **BACHINGER**, H. **HEMETSBERGER-KOLLER**, Herbert **MATIS**: Grundriß der österreichischen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte (Wien 1987).

Claude **BOURDET**: Une nouvelle Mecque Economique. Wörgl ou l' "argent fondant", in: L'Illustration (Paris, 9. September 1933). 57–59.

Hans **BRAMBÖCK**: Das Experiment von Wörgl. Zum 99. Geburtstag von Altbürgermeister Michael Unterguggenberger, in: ohne Angabe (o.O., 1983), 9 Seiten.

Hans **BURGSTALLER**, H. K. **SONDEREGGER**: Die Rettung Österreichs – Das Wörgler Beispiel (= Aufwärts Schriften 1) (Kitzbühel 1933).

Felix **BUTSCHEK**: Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert. (Wien/Stuttgart 1985).

Felix **BUTSCHEK**: Statistische Reihen zu Österreichischen Wirtschaftsgeschichte (Wien 1996).

Hans R. L. **COHRSEN**: Geld- und steuerpolitische Ideen von Irving Fisher, Erinnerungen eines Mitarbeiters, in: Kredit und Kapital (1995/2) 298–312.

Hans R. L. **COHRSEN**: Mayor Unterguggenberger's Plan, in: New Outlook (o.O., März 1933) 42–44.

Hans R. L. **COHRSEN**: Einer der auszog die Welt zu verändern. Erinnerungen eines Jahrhundertszeugen (Frankfurt 1996).

Eduard **DALADIER**: Wirtschaftsreform und Freigeld, Abdruck von Daladiers Rede anlässlich dem Kongress der französischen Radikalsozialisten in Nantes 1935, in: Die Freiwirtschaft (Kitzbühel, o.J.) 7–31.

Silvio **GESELL**: Die Natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld (Nürnberg 1949). [Aktuelle Ausgabe 2007 im Verlag für Sozialökonomie, Kiel | SOZIALÖKONOMIE-SHOP www.sozialoekonomie.de]

Thomas H. **GRECO**: Local currencies past and present (o.O., 1994).

Josef **HOFMANN**: Prälat Franz Wesenauer – Ein Priesterleben 1904–1991, (Salzburg 1998).

Alfred **HORNUNG**: Das Ergebnis des Wörgler Schwundgeldversuchs. Ist Wörgl ein Freigeldexperiment? (Diss., Innsbruck 1934).

Hans **JÜLLIG**: Wörgl im Schnee (Manuskript, o.O, o.J), 5 Seiten.

Marie **JAHODA**, Paul F. LAZARSELD, Hans ZEISEL: Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziographischer Versuch (Wien 1960).

Hans **KERNBAUER** (u.a.): Die wirtschaftliche Entwicklung, in: Erika **WEINZIERL**, Kurt **SKALNIK** (Hrsg.): Österreich 1918–1938, Geschichte der Ersten Republik Band 1 (Graz Wien Köln 1983). 343–380.

Franz **KLEIN**: Wörgler Währung, in: Österreichischer Volkswirt 35/1933.

Andreas **KOIDL**: Das Wörgler Experiment 1932/33 (Dipl.-Arb., Innsbruck 1995).

Herbert **KOTSCHNIG**: Modell einer Volkswirtschaft mit Freigeld nach Silvio Gesell (Dipl.-Arb., Wien 1993).

R. K. **LINSKY**: Schwundgeld – nichts als Schwund? Erinnerung an eine Selbsthilfeaktion gegen Arbeitslosigkeit, in: CONTRASTE (o.O., 31/1992), 4 Seiten.

Mark **MAZOWER**: Dark Continent, Europe's twentieth century (London 1998).

Gerhard **MÜLLER**: Die wichtigsten Gegensätze innerhalb der sogenannten Schwundgeldtheoretiker (Diss., Wien 1959).

Alex von **MURALT**: Der Wörgler Versuch mit Schwundgeld, in: Ständisches Leben am (6, 1933). Nachdruck in: SCHMITT: Silvio Gesell, 275–288. siehe auch: <http://userpage.fu-berlin.de/~roehrigw/schmitt/text6.htm>

Josef **NUSSBAUMER**: Als Wörgl ein "Wallfahrtsort" für Volkswirtschaftler war, in: Gaismaier-Kalender (o.O. 1986) 81–83.

o.A.: NACHRUF auf Michael Unterguggenberger, in: Freiwirtschaft, Österreichische Freiwirtschaftliche Zeitung (44, Dornbirn 1936) 1–3.

o.A.: WÖRGL, Meilenstein und Erlebnis, in: Neue Ordnung für Kultur, Wirtschaft und Politik, Mitteilungsblatt der "Österreichischen Freiwirtschaftlichen Union" (33, Linz 1983) 1–3.

Gerhard **OBERKOFLER**: Die Tiroler Arbeiterbewegung von den Anfängen bis zum 2. Weltkrieg (= Materialien zur Arbeiterbewegung 13), (Wien 1979).

Werner **ONKEN**: Modellversuche mit sozialpflichtigen Boden und Geld. Lütjenburg 1997.

Werner **ONKEN**: Silvio Gesells Leben und Werk in der europäischen Geistesgeschichte, in: Internationale Vereinigung für Natürliche Wirtschaftsordnung, Gerechtes Geld – Gerechte Welt, Auswege aus dem Wachstumszwang und der Schuldenkatastrophe 1891–1991 (Lütjenburg 1992) 33–51.

Werner **ONKEN**: Ein vergessenes Kapitel der Wirtschaftsgeschichte – Schwanenkirchen, Wörgl und andere Freigeldexperimente, in: Zeitschrift für Sozialökonomie (57-58, 1983) 3–20.

Georg **OTTO**: ohne Titel, in: INWO (Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung), (Frankfurt 1999), <http://www.subventionsberater.de/marktlex/gesell.html>, 4 S., 2.

Bernhard **PASTER**: Das Schwundgeld von Wörgl – Versuch einer Deutung aus heutiger Sicht (Dipl.-Arb., Wien 1991).

Fritz **PFISTER**: Die Geldreform von Wörgl: Wie sie das Volk beurteilt, in: Geld und Arbeit (133, o.O. 1933). Zitiert nach: SCHWARZ: Wörgl, 54–59.

Albert **PICK**: Schwundgeld, in: Geldgeschichtliche Nachrichten (o.O. 1972) Nr. 29, 104–105.

Horst Claus **RECKTENWALD**: Wörterbuch der Wirtschaft (Stuttgart 1975).

Annette **RICHTER**: Das Wirtschaftswunder von Wörgl, in: Arbeit und Wirtschaft, Monatsschrift des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (3, o.O. 1983) 14–15.

Josef **RIEDMANN**: Tirol, in: Erika WEINZIERL, Kurt SKALNIK (Hrsg.): Österreich 1918–1938. Geschichte der Ersten Republik, 2. Band (Graz Wien Köln 1983), 961–1011.

Klaus **ROHRBACH**: Freigeld. Michael Unterguggenberger und das "Währungswunder von Wörgl" (Paderborn 2001).

Andreas **SCHIEFER**: Die Freigeldreform Silvio Gesells (Dipl.-Arb., Wien 1999).

W. **SCHMID**: Silvio Gesell – Die Lebensgeschichte eines Pioniers (Bern 1954).

Klaus **SCHMITT** (Hrsg.): Silvio Gesell – "Marx" der Anarchisten? Texte zur Befreiung der Marktwirtschaft vom Kapitalismus und der Kinder und Mütter vom patriarchalischen Bodenunrecht (Berlin 1989).

Fritz **SCHWARZ**: Das Experiment von Wörgl (Bern 1951).

Gerhard **SENF**: Chronik einer Legende: Die Freiwirtschaftsbewegung in Österreich, in: Zeitschrift für Sozialökonomie (28, Lütjenburg 1991) 19–30.

Gerhard **SENF**: Marktwirtschaft ohne Kapitalismus, in: Nikolaus PIPER (Hrsg.): Die großen Ökonomen, Leben und Werk der wissenschaftlichen Vordenker (Stuttgart 1996) 223–234.

Adele **STAHLBERGER-HORVAT**: Meilenstein und Erlebnis, in: Neue Ordnung für Kultur, Wirtschaft und Politik, Mitteilungsblatt der "Österreichischen Freiwirtschaftlichen Union" (33, Linz 1983) 1–4.

Dieter **STIEFEL**: Arbeitslosigkeit. Soziale, politische und wirtschaftliche Auswirkungen – am Beispiel Österreichs 1918–1938 (= Schriften zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Band 31), (Wien 1979).

Dieter **STIEFEL**: Die große Krise in einem kleinen Land (= Studien zu Politik und Verwaltung, Band 26), (Wien Köln Graz 1988).

Dieter **STIEFEL**: Konjunkturelle Entwicklung und struktureller Wandel der Österreichischen Wirtschaft in der Zwischenkriegszeit (= Forschungsberichte des Instituts für Höhere Studien, Nr. 135), (Wien 1978).

Silvio **UNTERGUGGENBERGER**: Der Schwundgeldversuch von Wörgl (Dipl.-Arb., Wien 1957).

Silvio **UNTERGUGGENBERGER**: Das Freigeldexperiment von Wörgl, in: Josef **ZANGERL**: Wörgl, ein Heimatbuch (o.O. 1998) 259–278.

Thomas **WENDEL**: Das Wörgeler Schwundgeldexperiment 1932–1933 - <http://www.ruhrgas.de/kontext/>, 11 Seiten, [online 6. April 2001 | 2007 nicht mehr aktiv]

Thomas **WENDEL**: Gesellschaftspolitische Bedeutung und technische Funktionsweise umlaufgesicherter Zahlungsmittelsysteme: die Schwundgeldexperimente von Wörgl 1932 und Cabricán 1994 im Vergleich (Dipl.-Arb., Berlin 1994).

Hans-Joachim **WERNER**: Geschichte der Freiwirtschaftsbewegung – 100 Jahre Kampf für eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus (Münster NewYork 1989).

Erich **ZÖLLNER**: Österreich. Sein Werden in der Geschichte (Wien 1961).

Zeitungsartikel

8 Uhr Blatt der Neuen Zeitung: Wien, 31. Mai 1933.

Arbeiter-Zeitung Basel: Basel, am 30. Oktober 1933.

Baseler Landwirtschaftliche Zeitung: Basel, am 1. November 1933.

Das 12 Uhr Blatt: Berlin, 18. April 1933.

Freiwirtschaft: Beilage für die Österreichische Freiwirtschaftsbewegung, o.O., am 30. September 1933.
Beilage für die Österreichische Freiwirtschaftsbewegung, o.O., am 25. November 1933.

Geld und Arbeit: Bern, im Juli 1933.

Letzte Politik: Leipzig, am 22. Juli 1933.

- Morgenpost:** Wien, am 20. Mai 1933.
- Neues Wiener Journal:** Wien, am 20. April 1934.
- Neue Zürcher Nachrichten:** Zürich, am 17. Oktober 1933.
- Tiroler Tageszeitung:** Innsbruck, am 25./26. Mai 1991.
- Tiroler Anzeiger:** Innsbruck, am 20. November 1933.
- Wiener Tag:** Wien, am 20. Juni 1933.
- Vossische Zeitung:** Frankfurt am Main, am 24. Mai 1933.
- Volkszeitung:** Innsbruck, am 5. Jänner 1933.
Innsbruck, am 4. September 1933.
Innsbruck, am 26. September 1933.
Innsbruck, am 20. November 1933.
- Wörgler Nachrichten:** Kitzbühel, am 16. Juli 1932.
Kitzbühel, am 23. Juli 1932.
Kitzbühel, am 6. August 1932.
Kitzbühel, am 13. August 1932.
Kitzbühel, am 28. August 1932.
Kitzbühel, am 21. Jänner 1933.
Kitzbühel, am 26. August 1933.
- Wörgler Rundschau:** o.O., am 19. Mai 1991.
o.O., am 14. August 1974.
o.O., am 28. August 1974.
o.O., am 11. September 1974.
o.O., Nr. 36/1976.
o.O., am 20. Dezember 1995.
o.O., am 10. Jänner 1996.

Ungedruckte Quellen

Die angegebenen Quellen ohne Signatur entstammen dem Archiv des Heimatmuseums Wörgl/Tirol.

Hans **CHORSSEN:** Brief an Bgm. Unterguggenberger, New Haven am 22. April 1933.

Anton **BUCHAUER**, Christine **FEGER**, Alexander **HUBER**, Alexandra **KRIFTA**, Josef **PFANDL:** Das Wörgler Freigeldexperiment. Eine interaktive Reise durch die Zeit (Wörgl 2000), CD-Rom.

Hans **HOLLITSCHER**: Brief an Bgm. Unterguggenberger, Wien am 14. April 1933, 3 Seiten.

KERSCHAGL: Brief an Generaldirektor-Stellvertreter Dr. Bartsch, Wien, am 22. Juli 1932.

Hans **KLABUNDE**: Brief an Rosa Unterguggenberger, Remscheid, am 26. Dezember 1946, 2 Seiten.

Regierung des Fürstentums **LIECHTENSTEINS**: Brief an das Bürgermeisteramt der Stadt Wörgel (sic): Vaduz, am 28. September 1932, 1 Seite.

JANETSCHKE: Brief an das Amt der Tiroler Landesregierung, Kufstein am 9. August 1932, 2 Seiten.

JANETSCHKE: Bescheid der Bezirkshauptmannschaft Kufstein, Kufstein am 5. Jänner 1933, 1 Seite.

JANETSCHKE: Schreiben an Bgm. Unterguggenberger, Kufstein am 27. Juli 1933, 2 Seiten.

Tiroler **LANDESARCHIV**: SATZUNGEN der Freiwirtschaftsgruppe Wörgl (Ortsgruppe Wörgl des Österreichischen Freiwirtschaftsverbandes in Innsbruck), 4 Seiten. Sig: 30 20 – XVIII 93d (Fasz. 418).

o.A.: Schreiben von der Notenbank Wien an die Zweigstelle Innsbruck, Wien, am 23. Juli 1933.

o.A.: Schreiben der Zweiganstalt Innsbruck an die Nationalbank: Innsbruck, am 27. Oktober 1932.

o.A.: Schreiben der Zweiganstalt Innsbruck an das Direktorium der Österreichischen Nationalbank, Innsbruck am 12. Juni 1933.

o.A.: Schreiben der Nationalbank an das Finanzministerium, Wien am 16. Juni 1933, 1 Seite.

o.A.: Gegenschrift des Bundeskanzleramts an den Verwaltungsgerichtshof, Wien, am 10. Juli 1933, 9 Seiten.

Österreichisches **STAATSARCHIV**: GZ: 212 837 – 6/1933.

GZ: 233 571 – 6/1933.

GZ: 24 5499 – 6/1933.

GZ: 184 179 – 6/1933.

GZ: 204 392 – 6/1933.

GZ: 141 017 – 6/1933.

TRAGSEIL: Bescheid vom Amt der Tiroler Landesregierung, Innsbruck am 22. Februar 1933, 1 Seite.

Michael **UNTERGUGGENBERGER:** Brief an Grazer Bgm. Vinzenz Muchitsch, Wörgl, am 6. Oktober 1932, 2 Seiten.

Michael **UNTERGUGGENBERGER:** Nothilfe Wörgl 1932. Nur Kurzbericht, Wörgl am 15. Oktober 1932, 2 Seiten.

Michael **UNTERGUGGENBERGER:** Berufungsbescheid and den Tiroler Landeshauptmann, Wörgl, am 18. Jänner 1933, 2 Seiten.

Michael **UNTERGUGGENBERGER:** Schreiben an die Bezirkshauptmannschaft Kufstein, Wörgl am 6. August 1933, 1 Seite.

Fritz **WEISS:** Brief an Bgm. Unterguggenberger, Wien, am 22. Mai 1933, 2 Seiten.

Auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise versuchte die österreichische Marktgemeinde Wörgl auf Initiative ihres Bürgermeisters Michael Unterguggenberger, auf kommunaler Ebene einen Ausweg aus der Deflationskrise und der Arbeitslosigkeit zu finden. Durch die Ausgabe von sogenanntem Freigeld wurde der Finanzierungsspielraum der Gemeinde erweitert, so dass ein Investitions- und Beschäftigungsprogramm durchgeführt werden konnte. Die Aktion beruhte auf der Geldreformtheorie von Silvio Gesell. Dieser hatte Anfang des 20. Jahrhunderts vorgeschlagen, Geld unter einen Umlaufzwang zu setzen, um das wirtschaftshemmende Horten von Geld zu verhindern. In diesem Sinne wurde das Wörgler Freigeld mit einer Entwertung von 12 % pro Jahr belegt. Tatsächlich gelang es in recht kurzer Zeit, die regionale Wirtschaft wieder in Gang zu bringen, den Gemeindehaushalt teilweise zu sanieren und die Arbeitslosenzahl zu vermindern.

Die Wörgler Selbsthilfeaktion befand sich aber nicht in Übereinstimmung mit der Geldpolitik der Österreichischen Notenbank und verstieß zudem gegen den Artikel 122 des Notenbankgesetzes, der das Geldausgabemonopol ausschließlich der Notenbank zusprach. Erst nach dem Durchlaufen aller Berufungsinstanzen wurde die Aktion am 18. November 1933 vom Verwaltungsgerichtshof endgültig untersagt.

Gleichwohl fand das Wörgler Freigeld danach noch Nachahmer in anderen Ländern. In der internationalen Fachliteratur gilt Wörgl als Beispiel für die erfolgreiche Umsetzung von einigen Komponenten der Reformtheorie von Silvio Gesell.

ISBN 978-3-87998-450-3



9 783879 984503